



10 | 2016

69. Jg., 20.–21. KW, 25. Mai 2016

# ifo Schnelldienst

## ifo Jahresversammlung

- 67. Jahresversammlung des ifo Instituts

*Clemens Fuest*

- Die Europäische Union am Scheideweg

*John Ryan*

- UK Referendum and Potential Brexit?

## Zur Diskussion gestellt

*Michael Wohlgemuth, Friederike Welter, Holger Schmieding, Franz Peter Lang, Bert Van Roosebeke*

- Austritt Großbritanniens aus der EU

## Forschungsergebnisse

*Eckart Bomsdorf*

- Einführung eines einheitlichen Rentenwertes in Ost und West

## Daten und Prognosen

*Niklas Potrafke und Markus Reischmann*

- Umfrage: Wie mit Griechenland umgehen?

*Alexander Butz und Klaus Wohlrabe*

- Ökonomen-Rankings 2015 von Handelsblatt, FAZ und RePEc

*Johanna Garnitz und Gernot Nerb*

- ifo Weltwirtschaftsklima hellt sich etwas auf

- Ausblick auf den ifo Branchen-Dialog 2016

## Im Blickpunkt

*Johanna Garnitz und Klaus Wohlrabe*

- ifo Managerbefragung: Flüchtlinge und ihre Integration

*Sandra Gschnaller, Jana Lippelt, Marie-Theres von Schickfus und Moritz Bohland*

- Kurz zum Klima: Die Arktis und der Klimawandel

*Klaus Wohlrabe*

- ifo Konjunkturtest April 2016

**ifo** Institut

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

an der Universität München e.V.

**ifo Schnelldienst** ISSN 0018-974 X (Druckversion)  
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,  
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Clemens Fuest, Annette Marquardt, Prof. Dr. Chang Woon Nam.

Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut.

Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

## ifo Jahresversammlung 2016

### 67. Jahresversammlung des ifo Instituts

3

Am 28. April 2016 fand die 67. Jahresversammlung des ifo Instituts in der Großen Aula der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) statt. Der öffentliche Teil stand unter dem Motto »Die Europäische Union am Scheideweg«. Zu Beginn seines Vortrags stellte ifo-Präsident *Clemens Fuest* die gegenwärtige Situation der Europäischen Union dar. Im Folgenden konzentrierte er sich auf die Europäische Währungsunion und schlug zur Bewältigung der Schuldenkrise im Euroraum die Einführung einer neuen Form von nachrangigen Staatsanleihen – *Accountability Bonds* – vor. Die nachfolgende Expertenrunde, an der neben *Clemens Fuest* *John Ryan*, London School of Economics and Political Science, *Quentin Peel*, Financial Times, und *Jeromin Zettelmeyer*, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, teilnahmen, vertiefte die Diskussion um die Zukunft der Europäischen Union unter Berücksichtigung eines möglichen Brexit.

### Die Europäische Union am Scheideweg – zur Zukunft der Europäischen Währungsunion

6

*Clemens Fuest*

### UK Referendum and Potential Brexit?

10

*John Ryan*

## Zur Diskussion gestellt

### Austritt Großbritanniens aus der EU: Kann die Europäische Union einen Brexit überstehen?

13

Am 23. Juni stimmen die Briten darüber ab, ob ihr Land Mitglied der Europäischen Union bleiben soll oder nicht. *Michael Wohlgemuth*, Open Europe Berlin, befürchtet, dass ein Brexit gerade für deutsche Vertreter einer ordnungspolitischen Wirtschaftsverfassung statt einer interventionistischen Wirtschaftsregierung »ein schwerer Schlag« wäre. *Friederike Welter*, Institut für Mittelstandsforschung, Bonn, sieht in Großbritannien den Hauptverlierer eines möglichen EU-Austritts. Verließe das Vereinigte Königreich die EU, würde das Land nicht nur seine Investitionsattraktivität verlieren, sondern unter Umständen auch Konzernsitze. Nach Ansicht von *Holger Schmieding*, Berenberg, könnte die Europäische Union einen Brexit ohne schwerwiegende wirtschaftliche Folgen überstehen. Sollten aber auch andere Länder der EU den Rücken kehren wollen, könnte der Schaden erheblich sein. Auch *Franz Peter Lang*, Technische Universität Braunschweig, sieht Europa und seine Wirtschaft deutlich weniger erschüttert, denn Verlagerungen wirtschaftlicher Aktivitäten von der Insel nach Europa würden mildernd wirksam. *Bert Van Roosebeke*, Centrum für Europäische Politik, Freiburg, sieht sogar die Gefahr, dass sich die Schotten als Folge eines Brexit für die Abspaltung vom Mutterland entscheiden könnten.

## Forschungsergebnisse

### Zügige Einführung eines einheitlichen Rentenwertes in Ost und West Anregungen zu einem »Rentenüberleitungsabschlussgesetz«

27

*Eckart Bomsdorf*

*Eckart Bomsdorf*, Universität zu Köln, skizziert ein Modell, das eine schnellere Anpassung des Rentenwertes Ost an den in den alten Ländern geltenden Rentenwert vorsieht, als den aktuellen Regeln nach zu erwarten ist, und gleichzeitig den Umrechnungswert abschafft, so dass eine vollständige Angleichung bei den Rentensystemen vorgenommen wird.

## Daten und Prognosen

### Wie soll mit der Krise in Griechenland umgegangen werden?

#### Eine Umfrage unter internationalen Experten

34

*Niklas Potrafke und Markus Reischmann*

Im Rahmen des Ifo World Economic Survey vom Herbst 2015 wurden Wirtschaftsexperten aus 113 Ländern befragt, wie mit der Krise in Griechenland umgegangen werden soll. Die Mehrheit der Experten war dagegen, dass Griechenland aus dem Euroverbund austreten sollte. Breite Zustimmung gab es dafür, dass der IWF Kredite für Griechenland bereitstellt.

### Anmerkungen und Kritik zu den Ökonomen-Rankings 2015 von Handelsblatt, FAZ und RePEc

37

*Alexander Butz und Klaus Wohlrabe*

Im September 2015 veröffentlichten das Handelsblatt und die Frankfurter Allgemeine Zeitung nahezu gleichzeitig ihre Ökonomen-Rankings. In dem Artikel werden neben einer Betrachtung von Methodik und Ansatz die drei Rankings verglichen und einer Kritik unterzogen.

### ifo Weltwirtschaftsklima helte sich etwas auf

45

*Johanna Garnitz und Gernot Nerb*

Das Klima in der Weltwirtschaft hat sich leicht verbessert. Der Ifo Indikator stieg im zweiten Quartal. Zwar verschlechterten sich die Beurteilungen der Experten zur Lage leicht, ihre Erwartungen waren jedoch positiver als im Vorquartal.

### Branchenentwicklungen und aktuelle Herausforderungen – Ausblick auf den Ifo Branchen-Dialog 2016

57

Am 9. November 2016 veranstaltet das Ifo Zentrum für Industrieökonomik und neue Technologien in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern zum 16. Mal den Ifo Branchen-Dialog. Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft diskutieren aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen aus branchenspezifischer Perspektive. Im Blickpunkt der diesjährigen Tagung stehen die Zuwanderung und der demographische Wandel.

## Im Blickpunkt

### Managerbefragung

61

*Johanna Garnitz und Klaus Wohlrabe*

Im Mittelpunkt der Managerbefragung im April stand das Thema Integration von Flüchtlingen in deutschen Betrieben. Das Haupthindernis sind fehlende Sprachkenntnisse.

### Kurz zum Klima: Die Arktis als Getriebene und Treiberin des Klimawandels

65

*Sandra Gschnaller, Jana Lippelt, Marie-Theres von Schickfus und Moritz Bohland*

Der Beitrag gibt einen Überblick über die Chancen und Risiken des Klimawandels für die Bevölkerung und Anrainerstaaten der Arktis.

### ifo Konjunkturtest April 2016 in Kürze: Die deutsche Wirtschaft bleibt in einem moderaten Aufschwung

71

*Klaus Wohlrabe*

Der Ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft ist im April minimal gesunken. Die Unternehmen waren zwar etwas weniger zufrieden mit ihrer aktuellen Geschäftslage. Ihre Erwartungen hellten sich aber weiter auf.

Am 28. April 2016 fand die 67. Jahresversammlung des ifo Instituts in der Großen Aula der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) statt. In der Mitgliederversammlung am Vormittag, bei der sich auch Clemens Fuest als neuer Präsident des ifo Instituts vorstellte, berichtete Hans-Werner Sinn, Alt-Präsident des ifo Instituts, über die Aktivitäten des Instituts im Jahr 2015. Der von ifo-Vorstandsmitglied Meinhard Knoche vorgetragene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 wurde einstimmig beschlossen und der Vorstand einstimmig entlastet.

Zum Abschluss der Mitgliederversammlung – nach der Wahl der Kuratoriumsmitglieder – wurde der Preis der Gesellschaft zur Förderung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung (Freunde des ifo Instituts) e.V. verliehen. Er ging an Suphi Şen, wissenschaftlicher Mitarbeiter im ifo Zentrum für Energie, Klima und erschöpfbare Ressourcen, für seinen im Jahr 2015 im *European Economic Review* veröffentlichten Aufsatz »Corporate Governance, Environmental Regulations, and Technological Change«, in dem er den Einfluss von Regulierung auf das Innovationsverhalten und das wirtschaftliche Wachstum von Firmen untersuchte. Prof. Rolf Tschernig, Vorsitzender des Nutzerbeirats des ifo Instituts, hielt die Laudatio und überreichte im Anschluss daran zusammen mit Prof. Roland Berger, Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung (Freunde des ifo Instituts) e.V., und Clemens Fuest die Auszeichnung.

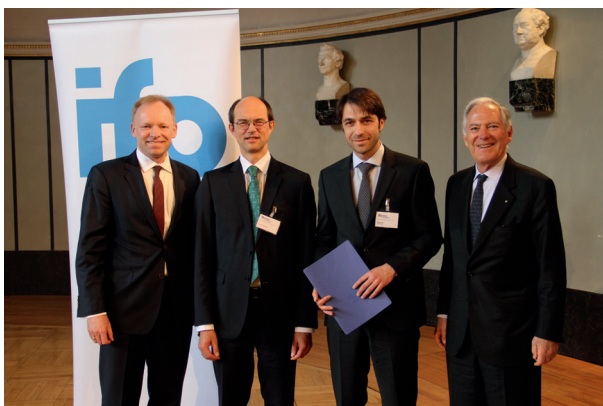
Der Preis des ifo Instituts für besondere Erfolge im Management von Drittmittelprojekten ging an das Projektteam Oliver Falck, Marcus Drometer, Katrin Oesingmann, Joachim Ragnitz, Markus Reischmann, Marina Riem, Thomas Steinwachs, Michael Weber, Timo Wollmershäuser und Erdal Yalcin – unterstützt von Dagmar Bach und Franziska Hartinger – für die erfolgreiche Bearbeitung des von der Croation Statehood Foundation in Auftrag gegebenen Beratungsprojekts »Short- and long-term policy requirements to strengthen sustainable growth and employment in Croatia«. Stellvertretend für das Gesamtteam nahm Timo Wollmershäuser,

kommissarischer Leiter des ifo Zentrums für Konjunkturforschung und Befragungen, den Preis entgegen.

Einen Sonderpreis für besondere Leistungen wurde an Gitta Mortasawi vergeben, die seit weit über 20 Jahren den Satz der »Branchen special«-Berichte verantwortet. Ihr ist es zu einem wesentlichen Teil zu verdanken, dass in dieser langen Phase sämtliche Berichte pünktlich und mit einwandfreier graphischer Qualität fertiggestellt wurden.

Zu Beginn des öffentlichen Teils der ifo Jahresversammlung, die unter dem Motto »Die Europäische Union am Scheideweg« stand, begrüßte Prof. Bernd Huber, Präsident der LMU, Clemens Fuest als neuen ifo-Präsidenten und neuen Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft und Nationalökonomie an der LMU und wünschte ihm viel Erfolg sowie eine glückliche Hand in seinem neuen Amt. Im Anschluss sprach Bernd Huber Hans-Werner Sinn seinen Dank für dessen Leistung für das ifo Institut und die Volkswirtschaftliche Fakultät der LMU aus und wünschte ihm für die Zukunft alles Gute. Diesen Wünschen schloss sich Dr. Peter-Alexander Wacker, Vorsitzender des Verwaltungsrats des ifo Instituts, an. Auch Hans-Werner Sinn drückte noch einmal seine Freude darüber aus, dass Clemens Fuest als sein Nachfolger gewonnen werden konnte. Mit Clemens Fuest verbinde ihn sehr viel, beide seien sie Finanzwissenschaftler, hätten viel miteinander diskutiert und die Probleme in ähnlicher Form gesehen. Sinn unterstrich, dass es keinen Ökonomen in Europa aus der Finanzwissenschaft gebe, der so viele Veröffentlichungen in den Top-Journals habe wie Clemens Fuest, insbesondere nicht in der Zeitschrift *Journal of Public Economics*. Das sei schon sehr herausragend. Fuest sei im Übrigen jemand, der in seiner Forschung mikroökonomisch fundiert sei. Als Finanzwissenschaftler beherrsche er auch die Institutionenanalyse und wisse um ihre Relevanz.

Zu Beginn seines Vortrags dankte Clemens Fuest für die einführenden Worte seiner Vorredner sowie die Unterstützung, die er durch sie bisher erfahren habe. Hans-Werner Sinn dankte er insbesondere für dessen Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, von der nicht zuletzt auch



Clemens Fuest, Rolf Tschernig, Suphi Şen, Roland Berger



Clemens Fuest, Timo Wollmershäuser





Bernd Huber

er, Fuest, profitiert habe. Die gegenwärtige Situation der Europäischen Union sieht Fust als schwierig an. Wachsende separatistische Strömungen in den meisten Ländern zielen auf eine Desintegration, die EU befinde sich seit sechs bzw. sieben Jahren – je nachdem wann man den Beginn sehe – in der Eurokrise, und eventuell stehe der Austritt Großbritanniens – der Brexit – aus der EU bevor. Fuest konzentrierte sich im Folgenden auf die Europäische Währungsunion. Seinen Ausführungen nach habe es bei der Überwindung der Verschuldungskrise im Euroraum durchaus Fortschritte gegeben, aber es bestehe nach wie vor Anpassungsbedarf. Zudem zeigten sich bei den Anstrengungen zur Sanierung der Staatsfinanzen Ermüdungserscheinungen und politische Widerstände. Die fiskalpolitische Governance, also die Koordinierung der Fiskalpolitik und die Überwachung und Korrektur der Schuldenpolitik, habe erhebliche Mängel, so dass gegenwärtig die Defizite in einigen Ländern – Frankreich, Italien, Spanien und Portugal – weiter steigen. Deshalb sei es erforderlich, die fiskalpolitischen Regeln weiter zu reformieren, wobei es keine weitere Aufweichung der Verschuldungsregeln gehen dürfe.

Zur Bewältigung der Schuldenkrise im Euroraum schlug Clemens Fuest die Einführung einer neuen Form von nachrangigen Staatsanleihen – Accountability Bonds – vor. Damit die Kosten vertragswidrig hoher Staatsverschuldung nicht mehr auf die Steuerzahler anderer Länder abgewälzt werden können, sollten nachrangige Staatsanleihen eingeführt werden, die nicht von der Europäischen Zentralbank angekauft werden können. Ab einer Neuverschuldung von 0,5% des BIP sollten die Staaten nur noch nachrangige Anleihen ausgeben können. Wenn die Staatsschuldenquote 120% überschreitet, fallen dabei die Zinszahlungen aus, die Anleihen werden automatisch verlängert, bis diese Schwelle wieder unterschritten wird. Wenn ein Land ein ESM-Programm beansprucht, fallen die Anleihen ganz aus. Dies führt dazu, dass die Gläubiger stärker haften und nicht die Steuerzahler, vor allem nicht die Steuerzahler anderer Länder.

Die nachfolgende Expertenrunde vertiefte die Diskussion um die Zukunft der Europäischen Union. Unter dem Motto »The



John Ryan, Clemens Fuest, Quentin Peel, Jeromin Zettelmeyer

European Union at a Crossroads« gaben Prof. John Ryan, London School of Economics and Political Science, Quentin Peel, Financial Times, und Jeromin Zettelmeyer, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, kurze Eingangsstatements ab.

John Ryan, Politikwissenschaftler an der London School of Economics and Political Science, stellte das bevorstehende Referendum der Briten über den Verbleib des Landes in der EU in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Er wies darauf hin, dass die Briten schon immer »Euroskeptiker« waren und unter der Regierung von Margaret Thatcher auch eher nur »zögerliche« Europäer wurden. Der Ausgang der Abstimmung am 23. Juni sei nicht vorhersagbar, ebenso wenig wie die Konsequenzen eines Brexit für Großbritannien und die EU. Auch nach einem Brexit werde die Europäische Union der wichtigste Handelspartner Großbritanniens bleiben. Eine zentrale Frage sei es aber, was mit den 3 Millionen EU-Bürgern, die in Großbritannien leben, und mit den 2 Millionen Briten, die in den anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union leben, geschehe. Ein Risiko sieht Ryan darin, dass das britische Beispiel eine Kettenreaktion nach sich ziehen und auch andere EU-Länder zu Austrittsbestrebungen ermutigen könnte.

Ein Brexit könnte, führte Quentin Peel, Financial Times, aus, nicht nur für die Briten, sondern auch für die EU gefährlich sein. Im Moment sei das Lager der Brexit-Befürworter und das der Brexit-Gegner etwa gleich auf. Entscheidend für den Ausgang des Referendums sei die Wahlbeteiligung. Würden sich die Jungen nicht an dem Referendum beteiligen, werde es ein Votum für den Brexit geben, da die ältere Bevölkerung eher Euroskeptiker seien. Es seien vor allem die Engländer, die gegen die EU stimmen werden, während die Schotten und die Iren eher zu dem Pro-EU-Lager gehörten. Und auch die Personen mit einer höheren Bildung seien her gegen einen Brexit, die Bevölkerungsschicht mit eher niedrigerer Bildung würde dagegen eher für den Austritt stimmen. Ein Brexit würde insbesondere die Finanzmärkte verunsichern und könnte die Anti-EU-Kräfte in den anderen Mitgliedsländern ermutigen.

Für Jeromin Zettelmeyer, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, ist vor allem das Wachsen des Nationalismus, den man eigentlich in der Nachkriegsperiode überwunden zu haben glaubte, gepaart mit Ressentiments gegen die Europäische Union ein Problem. Neben einer ökonomischen sei auch eine politische Abhilfe für die Währungsunion nötig. Auch sollte weniger Anstrengung darauf verwendet werden, Ländern Regeln aufzuzwingen, die sie nicht wollen, sondern größere Anstrengungen darauf, Entscheidungen auf gemeinsame Institutionen zu verlagern und zu größerer Marktdisziplin zurückzukehren.

Eine Kurzversion des Vortrags von Prof. Dr. Clemens Fuest und das Statement von Prof. John Ryan sind hier im Anschluss veröffentlicht.

### ifo Jahresversammlung 2016 im Internet

Alle Vorträge, die bei der ifo Jahresversammlung präsentiert wurden, und die Beiträge der Podiumsdiskussion sind auf unserer Website als Videomitschnitte vollständig dokumentiert.

Videomitschnitte unter:

<http://mediathek.cesifo-group.de/player/macros/cesifo/mediathek?content=6691479&idx=1&category=2503868425>

Öffentlicher Teil der 67. ifo Jahresversammlung

#### Grußwort

**Prof. Dr. Bernd Huber**

Präsident der Ludwig-Maximilians-Universität München

**Dr. Peter-Alexander Wacker**

Vorsitzender des Verwaltungsrats des ifo Instituts

**Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn**

Alt-Präsident des ifo Instituts

#### »Die Europäische Union am Scheideweg«

**Prof. Dr. Clemens Fuest**

Präsident des ifo Instituts

#### »The European Union at a Crossroads«

**Prof. John Ryan**

London School of Economics and Political Science

**Quentin Peel**

Financial Times

**Jeromin Zettelmeyer, Ph.D.**

Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

#### Diskussion

**Prof. Dr. Clemens Fuest**

**Prof. John Ryan**

**Jeromin Zettelmeyer, Ph.D.**

Moderation: Quentin Peel



Prof. Dr. Clemens Fuest  
Präsident des ifo Instituts

## Abstract

Bei der Überwindung der Verschuldungskrise im Euroraum hat es Fortschritte gegeben, aber nach wie vor besteht Anpassungsbedarf. Bei den Anstrengungen zur Sanierung der Staatsfinanzen zeigen sich Ermüdungserscheinungen und politische Widerstände. Die fiskalpolitische Governance, also die Koordinierung der Fiskalpolitik und die Überwachung und Korrektur der Schuldenpolitik, hat erhebliche Mängel. Der Europäische Fiskalpakt sieht vor, dass die Mitgliedstaaten ihre Haushaltsdefizite in Richtung der Höchstgrenze eines strukturellen, also um Konjunkturreffekte bereinigten Defizits von 0,5% des BIP abbauen. Tatsächlich steigen die strukturellen Defizite in vielen Ländern.

Deshalb ist es erforderlich, die fiskalpolitischen Regeln weiter zu reformieren. Dabei darf es nicht um eine weitere Aufweichung der Verschuldungsregeln gehen. Das Ziel besteht darin, ihre Wirksamkeit zu steigern. In diesem Vortrag wird vorgeschlagen, eine neue Klasse von nachrangigen Staatsanleihen (Accountability Bonds) einzuführen.<sup>1</sup> Accountability Bonds stellen die Zinszahlungen ein und ihre Laufzeit verlängert sich automatisch, wenn die Schuldenquote eines Landes 120% des BIP übersteigt. Sie verlieren ihren Wert endgültig, wenn das emittierende Land ein ESM-Programm beginnt. Mitgliedstaaten, deren laufendes strukturelles Defizit die Höchstgrenze von 0,5% des BIP überschreitet, müssen die überschießende Verschuldung durch Accountability Bonds finanzieren.

Durch Accountability Bonds wird verhindert, dass einzelne Mitgliedstaaten über den Weg solidarischer Haftung im Rahmen von ESM-Programmen oder durch Anleihenkäufe der EZB die Kosten übermäßiger Verschuldung auf die Gemein-

schaft der Euro-Mitgliedstaaten abwälzen können. Dadurch wird die fiskalpolitische Koordinierung in Europa gestärkt und durch ein Element der Marktdisziplin ergänzt.

## Einleitung

Die Verschuldungskrise im Euroraum beschäftigt Europa mittlerweile seit fast sieben Jahren. Sie begann im Herbst 2009, als öffentlich wurde, dass das Defizit im griechischen Staatshaushalt viel größer war als zuvor berichtet. Einen ersten Höhepunkt erreichte die Krise im Frühjahr 2010 mit den Rettungskrediten für Griechenland, es folgten weitere Rettungsaktionen für Portugal, Irland und Spanien. In den folgenden Jahren mussten die Menschen in den Krisenstaaten tiefe wirtschaftliche Einschnitte hinnehmen. Die Bürger im Rest der Währungsunion haben währenddessen erlebt, dass ihre Länder große Haftungsverpflichtungen auf sich genommen haben, obwohl bei der Gründung der Währungsunion versprochen worden war, dass kein Mitgliedstaat verpflichtet werden könnte, für die Schulden anderer Staaten zu haften. Außerdem übernahm die EZB zunehmend die Rolle, die finanzielle Lage der Krisenstaaten zu stabilisieren. Das hat ihr die Kritik eingetragen, ihr Mandat zu überschreiten.

In den Jahren der Krise hat die Politik in Europa erhebliche Anstrengungen unternommen, die ökonomische Entwicklung der Eurozone zu stabilisieren und Reformen einzuleiten, die verhindern sollen, dass die Eurokrise sich wiederholt. Das wirft die Frage auf, ob man heute davon sprechen kann, dass die Krise überwunden ist, wenn man von der Sondersituation in Griechenland absieht. Um diese Frage zu beantworten, muss man zwei Aspekte in den Blick nehmen. Der eine ist die Entwicklung makroökonomischer Größen wie Wachstum, Beschäftigung, Schulden und Preise. Sind die notwendigen Anpassungen erfolgt, wächst die Wirtschaft in den Krisenstaaten, sinkt die Arbeitslosigkeit, geht die Staatsverschuldung zurück? Der andere Aspekt betrifft die institutionellen Regeln, die »Govern-

\* Kurzfassung des Vortrags zur Jahresversammlung des ifo Instituts am 28. April 2016

<sup>1</sup> Ausführlich dargestellt wird das Reformkonzept in: Fuest, C., F. Heinemann und C. Schröder (2016), Reformen für mehr fiskalische Eigenverantwortung der Euro-Staaten: Das Potenzial von »Accountability Bonds«, Studie für die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw). Die Studie erscheint in Kürze.



ance« der Währungsunion. Sind die Institutionen der Eurozone so reformiert worden, dass wir für die Zukunft mehr Stabilität erwarten können?

### Ökonomische Anpassungen und die Sanierung von Banken und Staatsfinanzen

Die globale Finanzkrise und die Verschuldungskrise im Euroraum haben zu einem Einbruch des Wirtschaftswachstums geführt, von dem sich die Eurozone nur langsam erholt. Erst im Jahr 2015 hat die Eurozone die Wirtschaftsleistung des Vorkrisenjahres 2008 wieder erreicht. Unter den Mitgliedstaaten sind die Entwicklungen sehr unterschiedlich. Während sich Deutschland vergleichsweise schnell erholt hat und schon im Jahr 2011 die Wirtschaftsleistung des Jahres 2008 wieder übertraf, sind andere Mitgliedstaaten noch weit davon entfernt, den Einbruch auszugleichen. Das Bruttoinlandsprodukt Italiens liegt heute 7% unterhalb des Niveaus des Jahres 2008 und nicht höher als bei Einführung des Euro.

Erhebliche Anpassungen hat es bei den Leistungsbilanzdefiziten gegeben. Alle Peripheriestaaten weisen mittlerweile eine annähernd ausgeglichene Leistungsbilanz auf oder sogar Leistungsbilanzüberschüsse. Das ist vielfach mit Konsumverzicht und sinkenden Importen erkauft worden, teilweise aber auch mit gesteigerten Exporten. Im Bereich der Lohnstückkosten, einem wichtigen Indikator für wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, hat es in Spanien, Portugal, Griechenland und Irland erhebliche Anpassungen gegeben. Diese Anpassungen sind aber zu einem erheblichen Teil durch einen Rückgang der Beschäftigung erreicht worden. Jedoch keine Rückgänge der Lohnstückkosten wurden in Italien und Frankreich erzielt; dort hat es weniger Entlassungen gegeben, aber eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wurde nicht erreicht. In Deutschland steigen die Lohnstückkosten seit einigen Jahren schneller als vor der Krise, was immerhin dazu beiträgt, Differenzen in der Wettbewerbsfähigkeit abzubauen.

Im Finanzsektor ist die Entwicklung in den verschiedenen Mitgliedstaaten sehr heterogen. Ein ungelöstes Problem sind die nach wie vor hohen und wachsenden notleidenden Kredite, die in Italien und Portugal gut 15% der gesamten Kredite ausmachen.

Bei der Sanierung der Staatsfinanzen zeigen sich Ermüdungserscheinungen. Im Laufe der Krise ist die Staatsschuldenquote im Euroraum insgesamt von 65% des BIP im Jahr 2007 auf knapp 95% im Jahr 2014 angestiegen. Die laufenden Budgetdefizite, die in der Krise sehr stark angestiegen waren, sind in vielen Ländern bis zum Jahr 2014 teils erheblich reduziert worden. Die Bereitschaft, diesen Kurs fortzusetzen, schwindet aber. In Spanien wird das

strukturelle (also um Konjunkturreffekte bereinigte) Budgetdefizit von 1,7% des BIP im Jahr 2014 nach Schätzungen der Europäischen Kommission bis 2017 auf 2,5% ansteigen, in Portugal im gleichen Zeitraum sogar von 1,4% auf 3,5%.

Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund der Tatsache zu sehen, dass die Belastung der Staatshaushalte mit Zinskosten in den letzten Jahren deutlich gesunken ist und voraussichtlich weiter sinken wird.

Der Europäische Fiskalpakt sieht eigentlich vor, dass alle Mitgliedstaaten ihre Budgetdefizite schrittweise auf 0,5% des BIP reduzieren müssten. Die politischen Widerstände gegen eine weitere Rückführung der Defizite steigen aber. Politiker wie der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi sprechen sich öffentlich immer wieder für eine Kehrtwende hin zu einer höheren Neuverschuldung des Staates aus. Mit den Vorgaben der europäischen fiskalpolitischen Regeln ist das nicht vereinbar. Das wirft die Frage auf, ob und wie die Governance der Fiskalpolitik in der Währungsunion derzeit funktioniert und ob Reformbedarf besteht.

### Die »Governance« der Fiskalpolitik in der Eurozone

Die zweite Dimension der Krise betrifft die institutionelle Gestalt der Währungsunion, ihre »Governance«-Strukturen. Vor der Krise ruhte die Governance der Eurozone auf zwei Säulen: Die erste Säule ist die Europäische Zentralbank (EZB). Sie ist unabhängig und hat ein klares Mandat: Sie soll für Preisniveaustabilität sorgen, die Finanzierung von Staatshaushalten ist der EZB verboten. Die zweite Säule ist der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt. Er sieht vor, dass die Mitgliedstaaten eine solide Fiskalpolitik verfolgen und die Staatsverschuldung begrenzen. Die Staatshaushalte sollen ausgeglichen sein, es ist vorgesehen, dass die Budgetdefizite maximal 3% des BIP betragen. Diese Grenze war gedacht als Obergrenze in Krisenzeiten. Die Mitgliedstaaten sollten ihre Haushalte in normalen Zeiten ausgleichen und bei schlechter Konjunktur die Möglichkeit haben, Defizite bis zu einer Höhe von maximal 3% zuzulassen. So heißt es im 1997 vereinbarten Stabilitäts- und Wachstumspakt:

»Indem die Mitgliedstaaten an dem mittelfristigen Ziel eines nahezu ausgeglichenen Haushalts oder eines Haushaltsüberschusses festhalten, können sie normale Konjunkturschwankungen bewältigen und zugleich bewirken, dass das Defizit des öffentlichen Haushalts innerhalb des Referenzwerts von 3% des BIP gehalten wird.«<sup>2</sup>

<sup>2</sup> VERORDNUNG (EG) Nr. 1466/97 DES RATES vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken, Erwägungsgrund 4.

Der im Jahr 2012 zusammen mit dem Rettungsschirm ESM beschlossene Europäische Fiskalpakt sieht ebenfalls vor, dass die Mitgliedstaaten für ausgeglichene Staatshaushalte im Sinne der Begrenzung des strukturellen Haushaltsdefizits auf höchstens 0,5% des BIP sorgen. In den Jahren seit der Gründung der Währungsunion haben fast alle Mitgliedstaaten systematisch gegen die Verpflichtung zu ausgeglichenen Staatshaushalten verstoßen und auch die Höchstgrenze für Budgetdefizite von 3% des BIP immer wieder überschritten. In der EU insgesamt ist diese Grenze seit dem Jahr 1999 159-mal überschritten worden. 50 dieser Überschreitungen konnten durch eine Rezession (sinkendes Bruttoinlandsprodukt) gerechtfertigt werden, in 109 Fällen gab es keine solche Rechtfertigung. Trotzdem wurden nie Sanktionen verhängt. Stattdessen wurden die Regeln zunehmend aufgeweicht, indem Ausnahmen für Staaten gewährt werden, die bestimmte öffentliche Investitionen tätigen oder Strukturformen durchführen. Wenn einzelne Mitgliedstaaten Zusagen, die sie in ihren Stabilitätsprogrammen machen, nicht einhalten, hat das bis heute praktisch keine Konsequenzen.

All das wirft die Frage auf, wie der institutionelle Rahmen der Währungsunion reformiert werden kann, um für eine bessere Einhaltung der vereinbarten Regeln zu sorgen. Aktuelle Reformkonzepte aus den europäischen Institutionen wie beispielsweise der »Vier-Präsidenten-Bericht«<sup>3</sup> oder der »Fünf-Präsidenten-Bericht«<sup>4</sup> sehen vor, die Koordination der Fiskalpolitik und der Wirtschaftspolitik insgesamt zu vertiefen und gleichzeitig fiskalische Versicherungsmechanismen wie etwa eine europäische Arbeitslosenversicherung zu erreichen sowie eine gemeinsame Haftung für Staatsschulden einzuführen.

Angesichts der geringen Effektivität der bestehenden, mehrfach reformierten Koordinations- und Überwachungsverfahren muss man bezweifeln, dass diese Verfahren ohne eine grundlegende Neuorientierung hinreichend wirksam sein können. Sicherlich könnten sie die mit einer erweiterten gemeinsamen Haftung für Staatsschulden einhergehenden Fehlanreize zur Ausdehnung der Verschuldung nicht eindämmen.

### Ein Reformvorschlag: Accountability Bonds

Es ist dringend erforderlich zu verhindern, dass es zu neuerlichen Fehlsteuerungen in der Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten kommt und die fiskalpolitischen Regeln, die zur Verschuldungskrise beigetragen haben, weiterhin systematisch überschritten werden. Deshalb ist es notwendig, Elemente

<sup>3</sup> Van Rompuy, Herman, (2012), Towards a genuine Economic and Monetary Union, Report to the European Council Meeting, December 13–14, in close collaboration with José Manuel Barroso, Jean-Claude Juncker and Mario Draghi.

<sup>4</sup> Juncker, Jean-Claude (2015), Completing Europe's Economic and Monetary Union, Five Presidents' Report, June, in close cooperation with Donald Tusk, Jeroen Dijsselblom, Mario Draghi and Martin Schulz.

der Gläubigerhaftung und damit der Marktdisziplinierung mit den Verfahren der fiskalpolitischen Koordinierung zu kombinieren. Das leistet das Konzept der »Accountability Bonds«<sup>5</sup>.

Accountability Bonds sind eine neue Form von Staatsanleihen mit folgenden Eigenschaften: Sie sind gegenüber ausstehenden und künftig zu emittierenden »normalen« Anleihen nachrangig. Sie fallen endgültig aus, wenn es bei normalen Anleihen Ausfälle gibt oder wenn ein Land ein ESM-Programm beginnt. Wenn die Staatsschuldenquote eines Landes 120% des BIP überschreitet, gibt es ein Zinsmoratorium und automatische Prolongation, bis die Schuldenquote wieder unterschritten wird. Sie werden nicht von der EZB erworben und dürfen von Banken nur mit hinreichender Eigenkapitalunterlegung gehalten werden.

Die Mitgliedstaaten der Eurozone verpflichten sich, unter folgenden Bedingungen Accountability Bonds auszugeben. Im Europäischen Fiskalpakt haben die Mitgliedstaaten der Eurozone (und alle EU-Staaten außer Tschechien und dem Vereinigten Königreich) sich verpflichtet, das strukturelle Haushaltsdefizit auf 0,5% des BIP zu beschränken. Staaten, deren Defizit das mittelfristige Budgetziel überschreiten, finanzieren die überschießende Verschuldung mit Accountability Bonds. Spanien weist im Jahr 2015 beispielsweise ein strukturelles Haushaltsdefizit von 2,5% auf. Das Land müsste also nach diesem Reformkonzept Schulden in Höhe von 2% des BIP in Form von Accountability Bonds aufnehmen. Staaten, die sich an die gemeinsam vereinbarten Defizitregeln halten, müssten keine Accountability Bonds einsetzen. Accountability Bonds haben eine Laufzeit von fünf Jahren und werden überrollt, so lange Staaten eine Verschuldungsquote in »normalen Anleihen« von über 60% des BIP haben. Für die bereits ausstehenden Staatsanleihen ändert sich gegenüber dem Status quo nichts.

Um zu verhindern, dass Staaten gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nachrangige Anleihen ausgeben müssen, können durch die Emission einer »Reserve« in besseren Zeiten Vorkehrungen getroffen werden. Für Staaten mit aktuell hohen Budgetdefiziten können Übergangsregeln in der Form greifen, dass für einige Jahre höhere, aber verbindliche und sinkende Grenzen für die mit herkömmlichen Anleihen zu finanzierenden Haushaltsdefizite vereinbart werden.

Der Unterschied zu anderen Konzepten, die mit vor- und nachrangigen Staatsanleihen oder Elementen einer partiellen Solidarhaftung arbeiten, liegt darin, dass Accountability Bonds zum einen nicht an Bestandsgrößen, sondern an Stromgrößen (laufendes Defizit) ansetzen und so vermieden wird, dass größere Bestände an Staatsanleihen plötzlich nachrangig werden, hohe Kursverluste erleiden und kaum

<sup>5</sup> Fuest, C., F. Heinemann und C. Schröder (2016), Reformen für mehr fiskalische Eigenverantwortung der Euro-Staaten: Das Potenzial von »Accountability Bonds«, Studie für die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw).

refinanzierbar werden. Zum anderen beinhaltet das Konzept der Accountability Bonds keinerlei neue Elemente einer Solidarhaftung für Staatsschulden.

Die Tatsache, dass Accountability Bonds höhere Ausfallrisiken haben als herkömmliche Staatsanleihen, führt zu der Frage, welche Investoren bereit sein könnten, diese Bonds zu kaufen. Darüber kann man nur spekulieren, da die Anleihen derzeit nicht existieren. Es existieren allerdings andere Anleihen, die mehr oder weniger hohe Ausfallrisiken haben, beispielsweise konvertierbare Bankanleihen (Cocos) oder vergleichsweise riskante Mittelstandsanleihen. Sicherlich würde die Möglichkeit, Accountability Bonds abzusetzen, vom emittierenden Land abhängen. Wenn Deutschland oder auch Frankreich die Emittenten wären, gäbe es sicherlich Investoren, die bei entsprechend hoher Rendite zugreifen würden. Höher verschuldete Länder könnten Schwierigkeiten haben, Investoren zu finden, aber diese Länder wären dann gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, damit sie die europäischen Fiskalregeln wieder einhalten. Genau das ist das Ziel. Alternativ könnten sie einen Antrag für ein ESM-Programm stellen, aber dieses Programm würde vermutlich ebenfalls eine sehr schnelle Rückkehr zur Einhaltung der gemeinsam vereinbarten Regeln vorsehen.

es zu einer weiteren Aufweichung der gemeinsamen Verschuldungsregeln und letztlich zu weichen Budgetrestriktionen kommt. Dazu kann das Konzept der Accountability Bonds einen wichtigen Beitrag leisten.

### Was wird mit Accountability Bonds erreicht?

1. Die durch die bestehenden Elemente der Solidarhaftung (ESM, OMT-Programm der EZB) verursachten Fehlanreize zu übermäßiger Verschuldung werden zumindest teilweise korrigiert. Kosten einer Verschuldung über die auf europäischer Ebene vereinbarten Grenzen hinaus werden dem Verursacher angelastet, sie werden nicht auf Steuerzahler anderer Länder abgewälzt.
2. Die Überwachung und Einhaltung der europäischen Verschuldungsregeln werden gestärkt. Es wird für die Mitgliedstaaten der Eurozone deutlich schwerer (und teurer), Vorgaben der europäischen Koordination der Fiskalpolitik zu übertreten oder zu ignorieren.
3. Die Steuerzahler in der Eurozone werden davor geschützt, für Überschuldung anderer Länder haften zu müssen.
4. Gläubiger von Staaten werden an den Kosten von Überschuldungskrisen beteiligt.
5. Eine Destabilisierung des gesamten Marktes für Staatsanleihen, die bei der expliziten Einführung von Gläubigerhaftung befürchtet wird, tritt nicht ein.

### Schlussfolgerungen

Eine nachhaltige Überwindung der wirtschaftlichen Krise des Euroraums erfordert Reformen in vielen Bereichen der Wirtschaftspolitik, nicht nur in der Fiskalpolitik. Es ist gleichwohl wichtig, im Bereich der Fiskalpolitik zu verhindern, dass



Prof. John Ryan  
London School of Economics and  
Political Science

The EU referendum vote on 23 June 2016 represents the biggest political decision British voters will make in their lifetime. The vote is happening at a time of deep concern over the democratic deficit in the EU, amidst the Eurozone crisis and a threat of Greece exiting the Eurozone or defaulting on its debts. Will the Eurozone break up or will it survive? Will it survive but become smaller or will the Eurozone become more integrated? What the Eurozone urgently needs is a recovering world economy, but it is unlikely to get it anytime soon. The slowing Chinese and emerging economies along with the continuing problems in the Eurozone with the exception of Germany are a concern. Instead the global economy resembles the Titanic without lifeboats, threatened by negative interest rates, quantitative easing and high global debt ratios combined with the migrant crisis and a questionable refugees swap deal between the EU and Turkey. The agreement with Turkey will also have an impact on the UK referendum debate. In comparison with the four president's report in 2012, the five president's 2015 report is less ambitious with regards to the development of European Monetary Union. Any substantive reform will have to wait until after the French presidential and German federal elections in 2017.

The long-standing discord over Europe within the Conservative party is going back to the days of Margaret Thatcher. More recently it has led to the rise of the UK Independence Party (UKIP). The level of knowledge about the EU in Britain is extremely low. In comparative terms, the UK scores worse than other EU member states. In May 2015, around 1,000 British people were asked three basic questions about the EU: 84% could get at least one answer right. This may not sound too bad, except that only one other member state did worse. A mere 27% of British people got all three answers right – placing the UK second from last again.

Not, of course, that a lack of knowledge is confined to the general public. A recent survey of UK MPs also highlighted their ignorance about the EU. When asked which country held the presidency

of the Council of the European Union, 61% of respondents admitted they did not know (it was Luxembourg at the time).

It is clear British society suffers from an identity crisis not unlike those that have hit other western countries in the wake of globalisation and the 2008 financial crisis. Fragmentation is spreading everywhere as nations become more inward-looking and worried about how the world is changing.

Another complication is political: the rise of nationalism in Scotland and the effect of Brexit on the survival of the United Kingdom. In 2014, Scotland voted in its own referendum to remain in the UK; but the nationalists won almost all of Scotland's seats in the general election eight months later. With Scottish opinion much more pro-European than in England, many believe that Brexit would lead to another referendum on independence. Prime Minister David Cameron could be remembered as the prime minister who helped break up the UK (and possibly Europe). How did the British relationship with Europe develop over the last 70 years, following the end of the Second World War?

## The phase of scepticism 1945–1975

UK scepticism is not a recent phenomenon. History shows that three spheres of interest originally governed the British official attitude. The UK's relationship to the United States, the Commonwealth and then Europe. Europe became more important to the UK as became more successful economically and to lesser extent politically.

Key dates include:

- 1957: The EEC (The Treaty of Rome)
- 1961 and 1967: British applications for EEC membership
- 1963 and 1967: French veto against British membership
- 1971: Third British application for EC membership

1973: Britain becomes a member of the EC under Prime Minister Edward Heath, arguably the most pro-European British leader

1974: Harold Wilson's Labour party defeated Edward Heath's Conservatives. Labour promised that it would give the British people the final say on EEC membership, which would be binding on the Government – through the ballot box – on whether the UK accept the terms and stay in or reject the terms and come out.

1975: In the referendum Britain votes in favour of continued membership (66% voter turnout, 2/3 said yes)

### Britain: The Reluctant European

Britain became the Reluctant European under Margaret Thatcher (1979–1990) who was known for her confrontational style, she negotiated a budget rebate for Britain. She was in favour of enlargement, but resisted closer European integration as well as the exchange rate mechanism (ERM). Thatcher wanted floating exchange rates instead. Britain became a member of the ERM in 1990, against Margaret Thatcher's wishes. A month after Britain had joined the ERM, Margaret Thatcher had to resign as prime minister. Successor John Major (1990–1997) was more pro-European (in style at least). He represented the British view of widening rather than deepening European integration.

Under Major in December 1991 the Maastricht Treaty was signed. On 16 September 1992 »Black Wednesday« which saw the UK exit from the Exchange Rate Mechanism. This event is not only deeply engrained in the memory of older politicians like then-Finance Minister Norman Lamont, but also among the younger ones like Prime Minister Cameron who was a special adviser to the Finance Minister.

The on-going recession and a split within the Conservative Party concerning the EU dominated UK politics before the 1997 general election which the Conservatives lost.

Prime Minister Tony Blair (1997–2007), New Labour, had a more pro-European stance. Blair was keen to play a leading, constructive role in Europe. He and New Labour were less sceptical towards the EU. But declining popularity due to the Iraq war weakened his premiership. Finance minister Gordon Brown, who later succeeded Blair as Prime Minister (2007-2010) was rather lukewarm regarding the EU.

David Cameron (2010 – 15) was elected in a coalition government with the pro-European Liberal Democrats until the Conservative party won a majority in May 2015. Cameron duly submitted his requests for renegotiation to his European partners in November 2015, and by February 2016 an agreement was reached at the European Council under the four headings of Cameron's requests.

1. Position of non-Eurozone member states. Discrimination between Euro and non-Euro economic actors prohibited.

2. Competitiveness. Better regulation, lowering of administrative burdens.

3. Social benefits and free movement of workers. Safeguard mechanism, restricting non-contributory in-work benefits for four years. Member states control over benefits for non-active EU migrants.

4. Sovereignty. Ever-closer union of peoples not a legal basis for extending EU competences. All member states do not have to aim at a common destination, with recognition that the UK does not want further political integration. Role of national parliaments enhanced with a new 'red card' mechanism (55% of vote trigger).

### Life after Brexit: What are the UK's options outside the European Union?

It is highly uncertain what the UK's future would look like outside the EU, which makes Brexit a leap into the unknown. After Brexit, the EU would continue to be the world's largest market and the UK's biggest trading partner. A key question is what would happen to the three million EU citizens living in the UK and the two million UK citizens living in the EU under a Brexit scenario? There are economic benefits from European integration, but obtaining these benefits comes at the political cost of giving up some sovereignty. Inside or outside the EU, this trade-off is inescapable. Britain has a number of options to consider if it was to come to Brexit.

One option is to join the European Economic Area (Norway model). This would minimise the trade costs of Brexit, but it would mean paying about 83% of what the UK is currently contributing to the EU. It would also require keeping current EU regulations (without having a seat at the table when the rules are decided). Another option is negotiating bilateral deals with the EU (Switzerland model). Switzerland still faces regulation without representation and pays about 40% as much as the UK to be part of the single market in goods. But the Swiss have no agreement with the EU on free trade in the services industry, an area where the UK is a major exporter.

A further option is going it alone as a member of the World Trade Organization (WTO). This would give the UK more sovereignty at the price of less trade and a bigger fall in income, even if the UK were to abolish tariffs completely.

Brexit would allow the UK to negotiate its own trade deals with non-EU countries. But as a medium size country, the UK would have less bargaining power than the EU. Canada's trade deals with the United States show that losing this bargaining power could be costly for the UK. To make an informed decision on the merits of leaving the EU, voters need



to know more about what the UK government would do following Brexit.

There are alternative post-Brexit future scenarios for UK-EU relations with varying economic and political consequences. It starts with the alternative that maximises economic integration between the UK and the EU and then moves to options with successively lower degrees of integration.

The EU has made clear to non-members such as Norway and Switzerland that they can have full access to the single market only if they accept most of its rules, including the free movement of people, and contribute to the EU budget. In other words, a Britain outside the Union would gain little in terms of »sovereignty«; on the contrary, it would lose its vote and influence over the terms of its participation in the single market. Meanwhile, rival financial centres such as Paris and Frankfurt would seize the chance to establish rules that would help them win back business from London.

#### Four things we know about EU referendum campaigns

**1. Referendum outcomes are hard to predict.** Current opinion polls do not allow us to project the outcome. Referendum voting is less settled than voting behaviour in general elections. Party identification matters less, campaign effects matter more. Of the 54 EU referendums: 12 went against the position of the government. The referendum campaign will update public information about Britain in the EU.

**2. Turnout matters.** EU referendums have been won or lost depending on the ability of the two camps to mobilise. Strong mobilisation on both sides is needed. It is unclear whether the »remain« or »leave« side will benefit from high turnout.

**3. Priming Effects.** Voters think about the question on the ballot in terms of what is at the forefront of their minds on voting day. The »Leave« camp will benefit from the high salience of the immigration issue. The »Remain« camp will benefit from positive economic outlook.

**4. Referendum.** This referendum is a high risk strategy, always at the mercy of events, offering either a modest upside or a catastrophic downside. Even if this referendum does not trigger Brexit, it may not provide closure. There is a ticking »neverendum« bomb: A Treaty change transferring power from the UK to the EU institutions will require another referendum.

#### What are actual mechanics of leaving?

The UK would trigger Article 50 of the EU Treaty shortly after a vote to leave. That would set the clock ticking for a withdrawal agreement to be reached within two years, or

else the UK would revert to the default trade arrangement with the EU governed by WTO rules.

By unanimity, two years consultation can be extended. A huge body of national law will need to be revised. The negotiations with the EU will have to bring decisions on what »out« actually implies in terms of trade relations.

#### What does UK Brexit mean for Germany?

Without the UK, EU decision-making may become slightly simpler, particularly in areas where unanimity is required such as most taxes and social security. This would not necessarily be a net positive, however, if the decisions taken more swiftly and easily without the UK as an EU member were significantly worse than those taken with difficulty and significant delays with the UK as an EU member. The geopolitical consequences of Brexit might not appear immediately but both the UK and the EU will be weakened.

Clearly, the weight of the »market-friendly/liberal« block in the EU (whose current core members include the UK, the Netherlands, Sweden, Denmark, and Estonia) would decline, potentially making the EU less market-friendly. The EU budget would also have to do without UK financial contributions.

But the real political risk is that Brexit would set a new and awkward precedent. It could trigger chain reactions, such as a backlash against any notion of »ever closer union«, even where this makes obvious sense, as in the areas of defense, foreign policy, defending the external boundaries of the EU, and certain aspects of environmental policy. Brexit could also encourage national exit movements elsewhere.

The Czech Republic, Hungary, Poland and Slovakia have been critical of Germany's migrant policy. Voters in Spain, Portugal, Greece and Ireland have recently also supported political parties of more radical options that have gained support as voters turn away from the old political establishment.

Although a British withdrawal from the EU wouldn't turn Germany into a hegemon, it could become isolated. It could increase the perception of German dominance and with it the pressure to form coalitions to counterbalance German power. Paradoxically, therefore, Germany could actually become weaker – that is, less able to get what it wants – in an EU without the UK. Meanwhile, expectations of Germany would probably increase further.

# Austritt Großbritanniens aus der EU: Kann die Europäische Union einen Brexit überstehen?

13

Am 23. Juni 2016 stimmen die Briten darüber ab, ob ihr Land Mitglied der Europäischen Union bleiben soll oder nicht. Welche ökonomischen Folgen sind bei einem Brexit zu erwarten, und wie wirkt sich die Entscheidung auf die Zukunft der Europäischen Union aus?

## Nach einem Brexit: Heikle Optionen für Großbritannien und die EU

Jede Trennung nach über 40 Jahren Partnerschaft ist Ausdruck eines Scheiterns. Das gilt auch für die Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU. Ob es tatsächlich zur Trennung, zum Brexit, kommt, ist noch keineswegs sicher. Die Umfragen sehen mal »remain«, mal »leave« leicht vorne; die Wettbüros zeigen dagegen an, dass Brexit derzeit noch als das unwahrscheinlichere Ergebnis angesehen wird.

Briten gelten als Skeptiker und Pragmatiker; politische Abenteuer lieben sie nicht. Auch Winston Churchill sah »Europa« nie als Herzensangelegenheit, sondern vielmehr als Zweckbündnis. Großbritannien trat 1973 einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bei und tat danach auch viel zur Förderung des Binnenmarktes und des Freihandels Europas. Aus der EWG wurde indes eine »immer engere« Wirtschafts-, Sozial-, Währungs- und Subventionsunion – für die meisten Briten ein allzu »enges« Bündnis, das den ursprünglichen Zweck der pragmatischen Verfolgung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen zudem aus dem Auge verloren hat. Den Status quo der Mitgliedschaft halten sie deshalb heute – auch nach den Zugeständnissen, die David Cameron im Februar erzielen konnte – für unbefriedigend. Aber sie wissen auch, dass ein Austritt ein »Sprung ins Ungewisse« wäre; zumal sich das »Leave«-Lager nicht einig ist, wie es danach weitergehen soll und kann.

### Pragmatismus wäre gefragt

Sowohl Großbritannien als auch die EU könnten einen Brexit recht gut überstehen, wenn sich beide Seiten als nüchter-

ne Pragmatiker verhielten, die eine beiderseits gütliche Scheidung suchen, welche hilft, jeweils das Gesicht zu wahren und die »mutual gains from trade and joint commitment« aufrechtzuerhalten. Das Problem ist nur, dass es post-Brexit eine komplexe Vielzahl asymmetrischer Win-win-Lösungen gibt und am Ende zu einer Gefangenendilemmasituation kommen könnte.

Für die EU wäre ein Brexit ein historisch einmaliger Schock. Erstmals würde ein Land, noch dazu als Folge ausdrücklichen Volkswillens, aus der Union austreten. Sowohl die ökonomischen als auch die politischen Folgen hängen sehr davon ab, wie danach mit dem »abtrünnigen« Partner umgegangen wird. Artikel 50 EUV legt nur das formale Prozedere fest, wie in (mindestens) zwei Jahren die Modalitäten des Austritts verhandelt werden sollen – wobei am Ende der Europäische Rat, das EU-Parlament und nationale Parlamente das Ganze mehrheitlich absegnen müssen. Bis dahin bleibt Großbritannien Mitglied mit allen Rechten und Pflichten – nur Camerons Deal vom Februar gilt dann nicht mehr. Und: bis in Großbritannien echte Rechtssicherheit herrscht, nachdem die nationalen Gesetze angepasst und neue Handelsverträge ausverhandelt sein werden, könnte es weitere fünf bis sieben Jahre dauern. Die Briten sind via EU-Mitgliedschaft an 33 Freihandelsabkommen mit insgesamt 62 Nicht-EU-Staaten beteiligt. Somit hängen derzeit 63% des britischen Außenhandels direkt und indirekt mit der EU-Mitgliedschaft zusammen (nach erfolgreichen EU-Abkommen mit Kanada, Singapur und den USA wären es 78%).

### Zwei relative einfache und rasche »Lösungen«

Um die Zeit der Unsicherheit zu verkürzen, stehen nur zwei relativ rasche, einfache, etablierte Lösungen zur Verfügung: das



Michael Wohlgemuth\*

\* Prof. Dr. Michael Wohlgemuth ist Direktor der Denkmanufaktur Open Europe Berlin und Professor für politische Ökonomie an der Universität Witten/Herdecke.

EWR-Modell und das WTO-Modell. Im ersten Fall würde Großbritannien (zumindest als erster Schritt) einem etablierten Club mit enger etablierter Bindung zum EU-Binnenmarkt beitreten: dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Wie Norwegen (nebst Island und Liechtenstein) hätten die Briten dann freien Zugang zum EU-Binnenmarkt, ohne selbst EU-Mitglied zu sein. Das wäre wohl schon einmal besser als das »Schweizer Modell«, das die für Großbritannien bedeutsamen Dienstleistungen und Finanzdienstleistungen weitgehend unberücksichtigt lässt. Gleichzeitig müsste Großbritannien (wie Norwegen oder die Schweiz) aber dann auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit von EU-Bürgern wie bisher akzeptieren, ebenso wie den ganzen regulatorischen Besitzstand (»acquis communautaire«) der EU, der mit dem Binnenmarkt zu tun hat – ohne jedoch über dessen Inhalt weiter mitbestimmen zu können. Die ökonomischen Risiken wären zwar überschaubar; der Mangel an nationaler Souveränität, der vielen Brexit-Befürwortern schon jetzt ein Arg ist, würde indes durch »regulation without representation« eher noch zunehmen.

Deshalb wollen manche Brexit-Befürworter wie der aktuelle Lordkanzler Michael Gove auch lieber ein Modell ganz ohne EU-Binnenmarktregeln. Großbritannien wäre dann zwar politisch unabhängig von der EU; die 63% seines EU-abhängigen Außenhandels würden dagegen auf normalen WTO-Status zurückfallen und wieder mit Zöllen und Handelshemmnissen belegt. Radikale Liberale würden für diesen Fall empfehlen, durch einseitige Handelsliberalisierung die Wohlstandsgewinne des Außenhandels zu sichern und durch weitere radikale Deregulierung Großbritannien zu einer Art »Singapur« Europas zu machen. Das politisch durchzusetzen, scheint mir freilich sehr unwahrscheinlich. Schließlich ist man schon auf Seiten des »Leave«-Lagers hier sehr gespalten: Viele sind hier eher protektionistisch gestimmt und wollen die neue Souveränität gerade zur Begrenzung von Zuwanderung und ausländischem Wettbewerb (etwa in der Stahlbranche) nutzen.

### »Prêt à porter« oder »tailor-made«?

Da die beiden »Prêt-à-porter«-Lösungen (EWR und WTO) den meisten Briten wohl nicht passen würden, da sie entweder politisch oder ökonomisch zu unbequem sind, werden sie sicher versuchen, eine maßgeschneiderte bilaterale Lösung zu finden. Hierfür gilt vielen das EU-Kanada-Abkommen CETA als Modell, wobei freilich auch hier der Bereich Dienstleistungen und vor allem Finanzdienstleistungen zusätzlich zu verhandeln wäre.

Und: Maßschneidern kostet Zeit. Das CETA-Abkommen geht inzwischen ins siebte Jahr – und ist noch immer nicht ratifiziert. Nun könnte man argumentieren, dass Großbritannien als jahrzehntelanges Mitglied der EU ja ohnehin schon mit EU-Regulierungen vertraut ist. Wenn es einen Großteil des relevanten *acquis* weiter beibehalten will, sollte es recht

schnell ein Freihandelsabkommen mit der EU abschließen können. Dieses »wenn« ist jedoch bereits kein kleines; schließlich ist die Klage gegen eine Überregulierung aus Brüssel ja eine der Hauptklagen der »Brexiters«. Hinzu kommt das zweite »wenn«: wenn auch seitens der EU jede Menge pragmatischer Goodwill vorausgesetzt werden kann.

Vielen Beamten in Brüssel und vielen Regierungen in der EU war das »Rosinenpicken« der Briten schon immer ein Ärgernis. Großbritannien hat sich anfangs der Sozialcharta nicht angeschlossen und tut dies noch heute etwa für die Währungsunion, den Schengen-Raum und die Zusammenarbeit bei Asyl und Zuwanderung. Den Briten nach einem Austritt freien Zugang zum Binnenmarkt und gleichzeitig sehr weitgehende Selbstbestimmung zu gewähren, wäre aus polit-ökonomischen Gründen riskant. Das Beispiel könnte Schule machen!

### Ansteckungseffekte

Eine Umfrage von Ipos MORI vom 9. Mai 2016 in neun EU-Ländern zeigt, dass viele Bürger (45%) der EU ein »EU-Referendum« auch in ihrem Land befürworten und 33% dann auch für einen EU-Austritt stimmen würden. In Italien (48%) und Frankreich (41%) scheint die EU-Ablehnung derzeit nahezu so groß wie in Großbritannien. Griechenland, Österreich, Ungarn, Dänemark oder die Niederlande waren an der Umfrage nicht beteiligt. Doch auch hier macht sich eine Anti-EU-Stimmung breit, die es so noch nie gegeben hat; zudem gibt es dort rechts- und linkspopulistische Parteien im Aufwind, die einen Brexit als willkommenen Anlass nutzen können, um ihrerseits (und mit weitaus schrilleren Tönen) gegen die EU Stimmung zu machen.

Das könnte genau dann gelingen, wenn die EU (Kommission, Parlament, Rat) den Briten post-Brexit sehr weit entgegenkommt. Rein ökonomisch-pragmatisch wäre es zwar beiderseits vorteilhaft, nach einem Brexit den Freihandel zwischen EU und Großbritannien nicht plötzlich künstlich zu beschränken (zumal die Briten ein klares Handelsbilanzdefizit mit der EU aufweisen). Politisch-strategisch liegen die Dinge dagegen anders. Sollte sich der Eindruck ergeben, dass ein EU-Austritt nur geringe ökonomische Nachteile hat, die durch politische (bzw. populistische) Vorteile der zurückgewonnenen Souveränität aufgewogen werden können, dann könnte der Brexit tatsächlich Schule machen. Andere Länder könnten mit einem EU-Referendum drohen, um Sonderbehandlungen oder die Duldung von Verstößen gegen EU-Recht zu erlangen. Ihre Bevölkerung könnte am Ende den Versuchungen eines neuen politischen und ökonomischen Nationalismus unterliegen und für den Austritt stimmen.

Nicht nur »EUKraten« wollen das verhindern. In einem Worst-case-Szenario könnte die EU als historisch einzigar-

tiges Projekt der rechtlich vereinbarten, demokratisch legitimierten und zudem ökonomisch sinnvollen grenzüberschreitenden wirtschaftlichen und politischen Integration tatsächlich scheitern. Das können sich nur nationalistische Träumer von rechts und links wünschen.

### »Großer Sprung nach vorn«?

Aber auch strenge »Pro-Europäer« wittern bei einem Ausscheiden Großbritanniens Morgenluft. In Brüssel und in Paris gibt es durchaus Stimmen, die froh wären, wenn die sich stur gegen die »immer engere Union« stemmenden Briten von der Bühne verschwänden. Dies wird als Gelegenheit gesehen, nun in der Eurozone und der EU als ganzer den »großen Sprung nach vorn« in eine politische Union, Sozialunion oder Fiskalunion zu wagen. Gerade in den Mitgliedstaaten des Club Med wünscht man sich mehr Europa im Sinne von verstärkter Steuerharmonisierung, eigenen EU-Steuern, Vergemeinschaftung der Schulden der Eurozone, eine gemeinsame europäische Arbeitslosenversicherung und Einlagensicherung, mehr interventionistische Industriepolitik und weniger liberale Handelspolitik.

Es ist arg zweifelhaft, ob eine solche europäische Wirtschaftsregierung geeignet wäre, wirtschaftliche Kohäsion und politische Akzeptanz zu fördern. Genau das Gegenteil könnte der Fall sein.

Gerade für deutsche Vertreter einer ordnungspolitischen Wirtschaftsverfassung statt einer interventionistischen Wirtschaftsregierung wäre der Brexit ein schwerer Schlag. Die Machtverhältnisse im Rat würden sich so verschieben, dass die eher an Marktöffnung, Freihandel und wirtschaftspolitischer Selbstverantwortung interessierten Länder in vielen Fällen nunmehr ohne Sperrminorität dastünden. Unter dem neuen Verfahren der qualifizierten Mehrheitsentscheidung könnten Deutschland und seine nordeuropäischen Gleichgesinnten ohne die Stimmen der Briten systematisch von den Ländern überstimmt werden, die eher an einer EU als Transferunion interessiert sind als an offenen Märkten.

Die Europäische Union kann einen Brexit überstehen – sie wäre aber eine deutlich andere.

### Literatur

Open Europe (2015), »What if ...? The consequences, challenges and opportunities facing Britain outside the EU«, verfügbar unter: <http://openeurope.org.uk/intelligence/britain-and-the-eu/what-if-there-were-a-brexite/>.

Open Europe (2016), »Where next? A liberal, free-market guide to Brexit«, verfügbar unter: <http://openeurope.org.uk/intelligence/britain-and-the-eu/guide-to-brexite/>.



Friederike Welter\*

### Brexit: Ausgang ungewiss – aber Großbritannien würde nach einem Austritt mehr verlieren als die EU-Partner

In einem Interview im Frühjahr dieses Jahres betonte der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders seine Hoffnung auf einen Brexit, da dies seiner Ansicht nach zu einer Initialzündung für andere europäische Staaten werden könnte, gleichfalls aus der EU auszutreten. Zugleich hob er hervor, dass er schon längst das Ende der Europäischen Union gekommen sehe (vgl. Bloomberg-Interview mit Geert Wilders). Doch würde der europäische Gedanke tatsächlich nach einem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union zerbrechen?

### Was ein Brexit ökonomisch für Großbritannien bedeuten würde

Ob sich die Briten am 23. Juni tatsächlich für einen Brexit entscheiden, ist aktuell völlig offen. Noch immer ist die Zahl der Unentschiedenen groß. Das Zünglein an der Waage wird letztlich die Frage sein, ob der wirtschaftliche Pragmatismus über die von den Europagegnern beschworenen politischen Autonomiebestrebungen siegt.

Die Befragungen in Großbritannien unterstreichen, dass bei den exportorientierten Unternehmen kein Zweifel am Nutzen des grenzüberschreitenden Handels innerhalb der EU besteht. Deutlich negativer ist dagegen die Stimmung gegenüber der EU bei den britischen binnenmarktorientierten Unternehmen, da sie – ebenso wie die Unternehmen mit regionalem Fokus in den anderen EU-Staaten – einem höherem Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind. Denn dies zwingt sie, ihre Produkte und Dienstleistungen sowie ihre Geschäftsprozesse und Wertschöpfungsketten stetig zu optimieren. Gelingt ihnen dies, stärken sie nicht nur ihre

\* Prof. Dr. Friederike Welter ist Präsidentin des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn und zugleich Inhaberin des Lehrstuhls Management kleiner und mittlerer Unternehmen & Entrepreneurship in Siegen.



nationale Marktposition, sondern sie schaffen auch die Grundlagen für die erfolgreiche Erschließung von Auslandsmärkten innerhalb und außerhalb der EU.

Die Vorteile der wirtschaftlichen Integration sind den Briten durchaus bewusst. Darüber hinaus teilen sie prinzipiell auch den europäischen Gedanken eines gemeinsamen Erbes universaler Werte. Als der britische Premierminister David Cameron für den Fall seines Sieges im Wahlkampf ein Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU ankündigte, hat er daher sicher nicht erwartet, dass es zu einem so knappen Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Europabefürwortern und den Gegnern kommen könnte. Dies belegt nicht zuletzt seine Kampfansage zu Beginn des EU-Gipfels am 18. Februar dieses Jahres in Brüssel: So gab er zwar fulminant an, »für Britannien kämpfen zu wollen«. Zugleich äußerte er aber auch seine Überzeugung, dass »mit gutem Willen und harter Arbeit ein guter Deal für das Land« geschafft werden könne. Und tatsächlich: Wenn man sich den damaligen Forderungskatalog und die schließlich erzielten Kompromisse ansieht, so stellt man fest, dass den Briten insbesondere der politische Integrationsprozess zu weit geht. Dies belegen auch die Umfragen unter britischen Wirtschaftsvertretern: So gaben im September 2015 rund 47% der Mitglieder der Federation of Small Business an, für einen Verbleib in der EU zu stimmen – 40,9% zeigten sich hingegen für einen Brexit offen. 10,7% waren zu diesem Zeitpunkt noch unentschieden. Allerdings war für die jeweilige Entscheidung ausschlaggebend, ob das Unternehmen auf dem EU-Binnenmarkt aktiv war und ob es EU-Bürger beschäftigte (vgl. Federation of Small Business, 2015).

Auch der britische Industrieverband konstatierte in den vergangenen Monaten mehrfach, dass die Mitgliedschaft in der EU einerseits teuer sei, man Kompromisse mit den anderen Staaten schließen müsse und sich die EU noch stärker auf ihre Wettbewerbsfähigkeit fokussieren könnte. Andererseits bedeute die EU-Mitgliedschaft aber auch, dass der gemeinsame Binnenmarkt der britischen Wirtschaft den freien Zugang zu über 500 Mio. Verbrauchern eröffne, was immerhin achtmal mehr sei, als wenn sie nur die britischen Verbraucher erreichen könnten (vgl. Confederation of British Industry 2015, S. 2). Auch dürfte man weder die Macht der EU als Handelspartner gegenüber den Wirtschaftsmächten USA und China verkennen noch die Tatsache, dass die meisten Direktinvestitionen auf der britischen Insel aus den europäischen Partnerstaaten kämen. Verließe das Vereinigte Königreich die EU, würde das Land nicht nur seine Investitionsattraktivität verlieren, sondern unter Umständen auch Konzernsitze, mutmaßte zudem der britische Unternehmensförderer Global Counsel (vgl. Global Counsel 2015) – nicht zuletzt dürfte auch das britische Finanzzentrum in London an Bedeutung (und Unternehmen) verlieren – möglicherweise zugunsten Frankfurts.

### **Noch spekulativ: Großbritanniens Handelsbeziehungen zur EU nach einem Brexit**

Stimmt das britische Volk am 23. Juni für den Ausstieg Großbritanniens aus der EU, beginnt zunächst ein Verhandlungsprozess über die rechtlichen Konsequenzen des Austritts. Hierfür haben die EU und Großbritannien zwar maximal zwei Jahre Zeit, kommen die Parteien in dieser Zeit jedoch nicht zu einem Ergebnis, muss der Europäische Rat über eine Verlängerung abstimmen.

In dieser Zeit müsste dann die britische Regierung entscheiden, in welcher Form sie zukünftig mit der Europäischen Union in Handelskontakt stehen möchte: Würde sie das Schweizer Modell bevorzugen, hätten die britischen Unternehmen nur noch dort Zugang zum europäischen Binnenmarkt, wo sie auch die EU-Gesetze akzeptieren. Würde Großbritannien nur noch über das EWR-Abkommen mit der EU im Handelskontakt bleiben, unterläge es weiterhin einem einheitlichen Wettbewerbsrecht und den Normen auf dem europäischen Festland – allerdings ohne Mitspracherechte. Solch ein Status dürfte für die Briten nicht erstrebenswert sein, zielt die Kritik an der EU doch mehr auf die politischen Bereiche, denn auf die wirtschaftlichen.

Würde das Vereinigte Königreich noch nicht einmal über das EWR-Abkommen mit der EU im Handelskontakt bleiben, müsste die britische Regierung einen neuen Vertrag mit der EU aushandeln. Die Folgen wären wahrscheinlich restriktivere Handelsvorgaben, veränderte Wettbewerbsbedingungen, eingeschränkte Niederlassungsrechte und (Arbeitnehmer-)Freizügigkeit. Aus diesem Grund hat die Confederation of British Industry (CBI) Anfang 2016 auch einen schriftlichen Aufruf veröffentlicht, in dem der britische Arbeitgeberverband gemeinsam mit europäischen Partnerverbänden (u.a. dem Bundesverband der Deutschen Industrie BDI sowie der Arbeitgebervereinigung BDA) eine »wettbewerbsfähigere EU« forderte (vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 2016a).

### **Welche Konsequenz der Brexit für den deutschen Mittelstand hätte**

Noch ist nicht nur der Ausgang des Referendums unklar, sondern auch, welche der oben dargestellten Handelsbeziehungen die britische Regierung zur Europäischen Union aufbauen würde. Prinzipiell gilt jedoch: Je stärker die neu zu etablierenden Handelsbeziehungen zwischen der EU und Großbritannien vom Status quo abweichen, desto größer werden die Wirtschaftseinbußen für alle Beteiligten, also auch für den deutschen Mittelstand sein. Schließlich unterlägen beispielsweise die exportwilligen Unternehmen – ebenso wie auch die britischen und alle anderen EU-Unternehmen – gesonderten Zollverfahren und unter Umständen auch höheren Zöllen. Dazu treten die Wechselkursrisi-



ken und die nicht-tarifären Handelshemmnisse. Unter Umständen müssten die deutschen Mittelständler wieder sowohl für den EU-Raum als auch für Großbritannien unterschiedliche Produktvarianten erstellen, die wiederum in den beiden Wirtschaftsräumen separate Zulassungs- und Prüfverfahren zu durchlaufen hätten. All dies würde zu steigenden Kosten führen und daher die Bereitschaft insbesondere der mittelständischen Unternehmen reduzieren, mit Großbritannien Handelsbeziehungen zu pflegen oder gar neu einzugehen.

Strukturbedingt würde in Deutschland insbesondere das exportorientierte produzierende Gewerbe unter einem Brexit leiden. Der Sektorale Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes zufolge entfielen 2011 allein rund 8% der EU-Exporte (mit einem Mindestvolumen von 500 000 Euro) von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die in diesem Bereich tätig sind, auf Großbritannien. Größeres Gewicht als Exportzielländer innerhalb der EU haben für die KMU gleichwohl Frankreich, die Niederlande, Österreich und Italien. Darüber hinaus erschließen auch kleine und mittlere Unternehmen verstärkt wachstumsträchtige Zielländer außerhalb der Europäischen Union, so dass sie Exportrückgänge infolge eines Brexit partiell kompensieren könnten (vgl. Kranzusch und Holz 2013, S. 19 ff.).

Ergänzend dazu müssten die mittelständischen Unternehmen die entstehenden Nachteile sowie die höheren Transaktionskosten durch (nicht-preisliche) Wettbewerbsvorteile auf anderen Gebieten ausgleichen, wie beispielsweise Erhöhung des Kundennutzens, integrierte Pakete von Produkten und Dienstleistungen sowie After-Sales-Dienstleistungen, wenn sie nicht selbst eine Verringerung ihrer Gewinnspannen in Kauf nehmen wollen.

Aber auch binnenmarktorientierte mittelständische Unternehmen, wie zum Beispiel Zulieferer in der Automobilbranche oder im Maschinenbau, wären von einem EU-Austritt Großbritanniens betroffen – ebenso die Metallerzeugung, die Elektronikbranche und die Lebensmittelerzeuger (vgl. Bertelsmann Stiftung 2015, S. 5).

Eher erleichtert über einen Brexit dürften hierzulande deutsche inlandsmarktorientierte Unternehmen und so mancher wirtschafts- und rechtsberatende Freiberufler sein, da sie von der verminderten Konkurrenz im Inland profitieren. Schließlich wären dann auch die britischen Unternehmen von höheren Transaktionskosten und die britisch-amerikanischen Großkanzleien von einem schwierigeren Marktzutritt betroffen. Allerdings könnten dann auch deutsche Unternehmer nicht mehr kurzerhand den Unternehmenssitz nach Großbritannien verlagern, wenn beispielsweise eine Sanierung bzw. Restrukturierung ihres in finanzielle Engpässe geratenen Unternehmens nach britischem Recht einfacher erscheint.

## Warum die EU Großbritannien braucht – und Großbritannien die EU

Aus wirtschaftlichem Blickwinkel ist zu hoffen, dass die Einsicht in die ökonomischen Vorteile die Briten am 23. Juni letztlich zu einem Verbleib in der EU bewegt. Von einem starken gemeinsamen Binnenmarkt profitieren schließlich die (wettbewerbsfähigen) Unternehmen – gleich welcher Größe – in allen europäischen Mitgliedstaaten. Denn ein wesentlicher Vorteil des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs innerhalb der EU ist, dass er den Unternehmen ermöglicht, zusätzliche (kulturell und rechtlich ähnlich geprägte) Absatzmärkte ohne hohe Transaktionskosten zu erschließen. Zudem befähigen die Auslandserfahrungen, die innerhalb der EU gewonnen werden, sie dazu, auch auf geographisch entfernten Auslandsmärkten aktiv zu werden. Dieses Internationalisierungsmuster ist besonders für mittelständische Unternehmen von Relevanz, die mit qualitativ hochwertigen Produkten relativ enge Nischenmärkte bedienen und daher von einer möglichst weiten Internationalisierung ihrer Unternehmensaktivitäten profitieren.

Die mit dem europäischen Binnenmarkt verbundenen wirtschaftlichen Vorteile sind somit nicht nur eine wichtige Voraussetzung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und ihren Erfolg auf ausländischen Märkten, sondern letztendlich auch für die Sicherung der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrt. Käme es zum Brexit, wären die Folgen für die britische Wirtschaft daher auch deutlich negativer als für die verbliebenen EU-Staaten. So hat jüngst die OECD errechnet, dass das Bruttoinlandsprodukt in Großbritannien bis 2020 um 3% niedriger ausfiele als bei einem Verbleib innerhalb der EU; bis 2030 wären Einbußen von 5% anzunehmen. Der Grund: Nicht nur das geringere Handelsvolumen mit dem europäischen Kontinent und die nachlassenden Direktinvestitionen kämen zum Tragen, sondern auch Kapitalflucht, Verringerung des Wettbewerbs, Produktivitätsverluste und der Rückgang qualifizierter Arbeitskräfte (vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 2016b).

Hinzu kommt, dass eine starke EU im globalen Kontext eindeutig mehr erreichen kann als jede Volkswirtschaft für sich alleine. Im Zuge der Globalisierung und des technischen Fortschritts wird die Verflechtung der nationalen Volkswirtschaften und der Makroregionen auf jeden Fall noch weiter zunehmen. In die anstehenden Verhandlungen zur Ausgestaltung der weltweiten (Frei-)Handelsbedingungen können die Interessen der außenhandelsorientierten EU-Länder aber nur dann wirkungsvoll eingebracht werden, wenn sie abgestimmt und gebündelt in den Prozess eingespeist werden.

## Die EU nach einem Brexit

Aktuell lässt sich nur spekulieren, wie sich der Brexit auf die Europäische Union auswirken könnte, falls es tatsächlich

dazu kommt. Schließlich steht auch die Ankündigung der schottischen Regierung im Raum, dass diese Region auf jeden Fall in der EU bleiben möchte. Wäre eine Folge des Brexit, dass Schottland ein weiteres Referendum zum Austritt aus dem Vereinigten Königreich anstrebt?

Kommt es dennoch zum Austritt der zweitgrößten Volkswirtschaft in der EU, würde die deutsche Bundesregierung einen starken Partner in der europäischen Gemeinschaft verlieren. Dadurch fiel es der deutschen Regierung innerhalb der EU schwerer, auf die Ausgestaltung von marktwirtschaftlich orientierten Rahmenbedingungen, Bürokratieabbau und die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips zu bestehen. Schließlich haben die Briten als traditionelle Verfechter von Marktwirtschaft und Freihandel in der Vergangenheit oft gemeinsam mit Deutschland und ähnlich gesonnenen Staaten ein Gegengewicht zu Mitgliedstaaten gebildet, die in höherem Maße Staatsinterventionen und die (übermäßige) Zentralisierung von (wirtschafts-)politischen Kompetenzen auf der EU-Ebene befürworten.

Ob hingegen das Brexit-Beispiel Schule machen würde, wie es die Europagegner hoffen, bleibt letztlich abzuwarten. Denkbar ist auch, dass die zu erwartenden negativen wirtschaftlichen Folgewirkungen für Großbritannien eher den Zusammenhalt der europäischen Länder stärken würden.

## Literatur

Bertelsmann Stiftung (2015), *Brexit – Mögliche wirtschaftliche Folgen eines britischen EU-Austritts*, Policy Brief 15/5, Gütersloh.

Bloomberg (2016), »Populist Wilders says EU is finished as he leads Dutch Polls«, verfügbar unter: <http://www.bloomberg.com/news/articles/2016-01-14/dutch-populist-wilders-says-eu-finished-netherlands-must-leave>.

Confederation of British Industry (2015), *Choosing our Future. Why the European Union is good for Business, but how it should be better*, verfügbar unter: <http://news.cbi.org.uk/news/cbi-makes-case-for-being-in-a-reformed-eu/choosing-our-future/>.

Federation of Small Business (2015), *A Study of FSB member's views on the UK's membership of the European Union*, verfügbar unter: <http://www.fsb.org.uk/LegacySitePath/policy/assets/fsb%20eu%20research%20project%20-%20september%202015.pdf>.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2016a), »Alles, nur kein Brexit: Europas Unternehmen verbünden sich«, 17. Februar, 17.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2016b), »Brexit-Debatte belastet die Briten«, 28. April, 20.

Global Counsel (2015), *Brexit: The impact on the UK and the EU*, London.

Kranzusch, P. und M. Holz (2013), *Internationalisierungsgrad von KMU. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung*, IfM-Materialien Nr. 222, Bonn.



Holger Schmieding\*

## Brexit: Das Risiko des Jahres

Ein Schicksalstag für Europa? Am 23. Juni stimmen die britischen Wähler über den Verbleib ihres Landes in der Europäischen Union ab. Meinungsumfragen sagen einen knappen Ausgang voraus, das Risiko eines britischen Austritts (»Brexit«) liegt unseres Erachtens bei 35%.

Selbstverständlich könnte die Europäische Union einen Brexit ohne schwerwiegende Folgen überstehen. Aus wirtschaftlicher Sicht kann sich der Schaden für die anderen 27 EU-Länder in engen Grenzen halten. Ob die EU dennoch in schwere Turbulenzen geraten oder glimpflich davon kommen würde, hängt vor allem von den politischen Reaktionen auf einen Brexit ab. Sollte es zu einem Dominoeffekt kommen und sollten auch andere Länder der EU den Rücken kehren wollen, könnte der Schaden erheblich sein. Mit etwas Geschick wird Europa dies vermutlich doch abwenden können.

## Auf die Wahlbeteiligung kommt es an

Das Referendum entscheidet sich vermutlich mit der Wahlbeteiligung. Während manche Briten leidenschaftlich gegen die EU wettern und auf jeden Fall für den Austritt stimmen werden, interessiert sich die Mehrheit der Briten bisher kaum für dieses Thema. Bei einer geringen Wahlbeteiligung von nicht mehr als 50% dürfte deshalb das Brexit-Lager obsiegen. Geben dagegen zwei Drittel oder mehr der Briten ihre Stimme ab, dürfte dies den Verbleib in der EU sichern. Denn dann wären viele der oft jüngeren Wähler dabei, die sich zwar nicht leidenschaftlich für das Thema interessieren, die im Zweifelsfall aber doch eher zum Status quo neigen. Das Brexit-Risiko von 35% beruht auf der Annahme, dass eine lebhaftere Wahlkampagne letztlich genügend Wähler an die Urnen bringen wird.

\* Dr. Holger Schmieding ist Chefvolkswirt bei Berenberg.

## Wesentliche Fakten

Bevor wir die möglichen Folgen eines britischen Austritts näher beleuchten, sollten wir uns einige grundlegende Fakten vor Augen führen:

- Großbritannien erwirtschaftet 17% der Wirtschaftsleistung der EU insgesamt, 83% entfallen auf die anderen 27 Mitglieder.
- Für die anderen EU-Länder ist Großbritannien nach den USA der zweitwichtigste Handelspartner außerhalb der Eurozone. Zusammen verdienen die EU 27 etwa 4% ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) durch Ausfuhren nach Großbritannien. Aus britischer Sicht ist die Abhängigkeit dagegen weit größer. 45% aller britischen Ausfuhren gehen in die EU. Das entspricht 14% des britischen BIP.
- Insgesamt belief sich der britische Fehlbetrag aus dem Handel mit Gütern und Dienstleistungen mit der EU 27 im Jahr 2015 auf 37 Mrd. GBP. Ein Riesendefizit im Handel mit Gütern von 125 Mrd. GBP wird dabei durch einen britischen Überschuss bei Dienstleistungen von 89 Mrd. GBP nicht ganz ausgeglichen.
- Viele Unternehmen aus Übersee nutzen Großbritannien als Standort für ihr Europageschäft. So hat sich der Großraum London zum Dienstleistungszentrum für Europa entwickelt.

Sobald Großbritannien nach einem hypothetischen Sieg der EU-Gegner beim Referendum am 23. Juni formell einen Antrag auf Austritt aus der EU stellt, beginnt eine bis zu zweijährige Übergangsfrist, um über die Modalitäten der Scheidung zu verhandeln. Während dieser Zeit ist Großbritannien noch Mitglied der EU und an die Verträge gebunden. Sollte es in diesen zwei Jahren keine Einigung geben, kann Großbritannien danach einseitig austreten. Das Ergebnis von Austrittsverhandlungen mit der EU müsste von allen 27 anderen EU-Mitgliedern gebilligt werden.

## Mögliche Folgen eines Brexit

Bei den Folgen eines britischen Austritts aus der EU müssen wir vier verschiedene Aspekte unterscheiden: (1) den kurzfristig möglichen Konjunkturschock, (2) die langfristigen Verluste, (3) die Konsequenzen für die künftige Ordnung des Gemeinsamen Marktes und (4) die Risiken für den politischen Zusammenhalt der anderen 27 EU-Mitglieder.

### *Kurzfristiger Konjunkturschock*

Ein britisches Votum für den Austritt aus der EU würde eine große Unsicherheit über die politische und wirtschaftliche Zukunft Großbritanniens auslösen. Können sich beide Seiten schnell auf eine einvernehmliche Scheidung einigen, oder würde dem Beschluss ein langer Streit über die künftigen

Wirtschaftsbeziehungen folgen? Auch Sorgen um ein Auseinanderbrechen Großbritanniens (wird Schottland ein weiteres Referendum über seine Unabhängigkeit abhalten?) sowie der EU (werden andere Länder dem britischen Beispiel folgen?) würden die Konjunktur belasten. Während Großbritannien in eine leichte Rezession rutschen könnte, dürfte auch der Aufschwung in der restlichen EU einen erheblichen Dämpfer erhalten. Vermutlich würde die EU-Wirtschaft im zweiten Halbjahr höchstens noch mit jeweils 0,2% gegenüber Vorquartal statt mit 0,4% zulegen können. Vor allem Investitionen könnten betroffen sein. Wie lange diese Phase anhalten und wie ausgeprägt die Verluste sein werden, hängt vor allem davon ab, ob und wann die Unsicherheit nachlassen kann.

### *Langfristige Folgen für die europäische Wirtschaft*

Als vergleichsweise kleiner Wirtschaftsraum ist Großbritannien weit mehr auf den Zugang zum großen EU-Markt angewiesen als die EU 27 vom Zugang zum britischen Markt. Das gibt der EU 27 eine verhältnismäßig starke Verhandlungsposition. Während die EU 27 ein erhebliches Interesse daran haben wird, Großbritannien im Gemeinsamen Markt für Güter zu belassen, gilt dies nicht für Dienstleistungen, bei denen Großbritannien einen komparativen Vorteil hat. Zudem geht es bei Dienstleistungen nicht nur im Finanzsektor um politisch weit sensiblere Regulierungen als bei Gütern. Durch den Brexit wird die City of London aus EU-Sicht von einem »Onshore«- zu einem »Offshore«-Finanzzentrum. Sofern Großbritannien nicht garantiert, auch bei Dienstleistungen künftig alle Regeln der EU voll zu beachten, ohne selbst diese Regeln beeinflussen zu können, dürfte die EU den britischen Zugang zum Gemeinsamen Markt für Dienstleistungen beschränken.

Der eingeschränkte Handel mit Dienstleistungen mit Großbritannien würde auch in der EU 27 auf Dauer zu Effizienzverlusten führen. Diese würden aber dadurch gemildert, dass sich bisherige Handels- und Investitionsströme verlagern dürften. Zum einen werden einige Dienstleistungsunternehmen Teile ihres europa-orientierten Geschäfts aus Großbritannien in die EU 27 verlegen. Zum anderen werden angesichts des Risikos künftiger Streitigkeiten zwischen den Briten und der EU 27 auch einige Industrieunternehmen voraussichtlich verstärkt in der EU 27 statt in Großbritannien investieren, um sich den Zugang zum großen EU-Markt zu verlässlich zu sichern.

### *Eine weniger liberale EU?*

Nach einem Brexit würde der EU eine wichtige liberale Stimme fehlen. Bei der Regulierung des Marktes könnten sich so verstärkt etatistische Positionen durchsetzen, wie sie oftmals Frankreich zugeschrieben werden. Auf Dauer könnte

ein stärkerer Regulierungs- und Vereinheitlichungsdruck das Potenzialwachstum der EU 27 etwas beeinträchtigen. Allerdings dürfte dieser Effekt gering sein. Zum einen sind die Regeln für den Markt ja bereits weitgehend festgezurr. Sie zu ändern ist erfahrungsgemäß schwierig. Deshalb wird sich nach einem Brexit wenig an den Regeln des Marktes ändern. Ein weniger liberaler Ansatz könnte erst ganz langsam zur Geltung kommen. Zum anderen setzen sich auch die Briten bisher nicht immer für besonders liberale Lösungen ein. Wenn es um erhebliche Eigeninteressen heimischer Unternehmen geht, können auch britische Unterhändler protektionistische Regeln durchsetzen. Das Fehlen des britischen Einflusses dürfte deshalb überschaubare Folgen für Schärfe und Güte der Regeln des Binnenmarktes haben.

Insgesamt üben die gemeinsamen Regeln und Regulierungen, auf denen der Markt beruht, nur einen geringen Einfluss auf das wirtschaftliche Schicksal der EU-Mitgliedstaaten aus. Das deutsche Beispiel zeigt dies sehr anschaulich. Als Deutschland nach der Wiedervereinigung im Reformstau steckte und Unternehmen die Standortflucht ergriffen, galt es wirtschaftlich als »krankler Mann Europas«. Nachdem Deutschland seine Malaise mit dem Reformpaket der »Agenda 2010« kuriert hatte, stieg das Land zum neuen Wachstumsmotor der EU auf. Das wirtschaftliche Schicksal eines Landes hängt weit mehr von der heimischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik als von den Regeln für den Gemeinsamen Markt ab. Mit einer durchgreifenden Arbeitsmarktreform könnte sich beispielsweise Frankreich nach deutschem Vorbild sanieren, ohne dass dafür auch nur eine Brüsseler Regel geändert werden müsste.

### *Das politische Risiko: Zerbricht die EU?*

Würde das britische Beispiel Schule machen? Dies wäre die eigentliche Gefahr, die von einem Brexit ausgehen könnte. Seit der großen Finanzkrise von 2008/2009 gewinnen Populisten auf beiden Seiten des Atlantiks an Zulauf. Bei allen Unterschieden eint die Populisten von rechts und links eine tiefe Abneigung gegen die Eliten »da oben« sowie gegen Freihandel. Beim Rechtspopulismus kommt noch eine Aversion gegen Einwanderung hinzu.

Der zunehmende Populismus hat wenig mit der EU oder dem Euro zu tun, wie ein Blick auf die Erfolge von Donald Trump und Bernie Sanders bei den US-Vorwahlen zeigt. Während das laute Poltern gegen »die da oben in Washington« jedoch nicht den Bestand der USA gefährdet, könnten Wahlsiege der EU-Gegner in Europa letztlich das Ende der europäischen Integration einleiten.

In einigen EU-Ländern wie Österreich, den Niederlanden und Frankreich erreichen Anti-EU-Rechtspopulisten in Umfragen oder einigen Regionalwahlen bereits 30–35% der Stimmen. Es ist damit zu rechnen, dass diese Populisten

nach einem Brexit noch lautstarker als bisher für ihre Länder ebenfalls Volksabstimmungen über einen Verbleib in der EU und/oder dem Euro fordern würden. Könnten die Briten nach einem Austritt weiterhin alle Vorteile des Gemeinsamen Marktes genießen, ohne sich an den Pflichten und Kosten beteiligen zu müssen, würde das einen falschen Anreiz setzen. Auch deshalb würden die anderen EU-Mitglieder gegenüber Großbritannien im Falle eines Brexit vermutlich eine harte Linie bei den Scheidungsverhandlungen einnehmen.

Ob es zu politischen Kettenreaktionen kommen wird, die den Fortbestand der Europäischen Union gefährden können, lässt sich vorab schwer beurteilen. Die Fliehkräfte innerhalb der EU haben in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen. Bisher hat die EU jedoch jede Krise überstanden. So haben von den fünf Ländern, die nach 2010 zeitweise Hilfe beantragen mussten, vier ihre Hilfsprogramme wieder erfolgreich verlassen (Spanien, Portugal, Irland und Zypern). Dass Griechenland weiterhin in der Krise steckt, hat wenig mit Europa, aber viel mit der wirtschaftsfeindlichen Politik der dort seit Anfang 2015 regierenden Koalition aus Links- und Rechtspopulisten zu tun. Im Sommer 2015 hat allerdings sich gezeigt, dass sich Europa mittlerweile gut vor Ansteckungsgefahren schützen kann, die vom kleinen Griechenland ausgehen. Insgesamt zeigt der Rückblick auf die Eurokrise, dass die Eurozone sich unter Druck als anpassungsfähig erwiesen hat.

Wir erwarten, dass sich die EU in einer durch einen Brexit ausgelösten Krise zwar wandeln, aber nicht zerbrechen wird. Nahezu alle wesentlichen politischen Parteien in Deutschland sowie große Teile der politischen Elite Frankreichs sind sich weiterhin der historischen Erfahrung bewusst, dass die enge deutsch-französische Zusammenarbeit im Rahmen gemeinsamer europäischer Institutionen die Grundlage für Wohlstand und Frieden in Europa ist. Nach einem britischen Votum für einen Brexit dürfte es deshalb eine deutsch-französische Initiative geben, den Zweifeln am Zusammenhalt der EU und der Eurozone durch eine vertiefte Integration in einigen wichtigen Bereichen zu begegnen. Auf der Ebene der EU 27 dürfte dies vor allem im Bereich des Kampfes gegen Terrorismus sowie allgemein in der Sicherheits-, Außen- und Verteidigungspolitik sichtbar werden. Für die Ebene der Eurozone könnten Paris und Berlin einige Vorschläge aufgreifen, die die »fünf Präsidenten« der wichtigsten europäischen Institutionen in ihrem gemeinsamen Bericht im Juni 2015 unterbreitet haben. Dazu könnten auch einige Schritte hin zu einer Fiskalunion gehören. In einer Krise könnten einige Vorschläge wie beispielsweise eine stärkere Kontrolle nationaler Haushalte im Gegenzug zur Möglichkeit, sich dann teilweise über gemeinsame Anleihen zu finanzieren, auf die Agenda kommen, die ohne den Druck einer Krise politisch nur schwer durchzusetzen sind. Sofern Deutschland und Frankreich voran gehen, dürften sich viele weitere Mitgliedsländer dem anschließen wollen. Einige



könnten es dagegen vorziehen, auf die Vorteile und Pflichten einer derart vertieften Integration zu verzichten.

Das Endergebnis wäre vermutlich eine vertiefte Zusammenarbeit in einem Kerneuropa, das sich um Deutschland und Frankreich gruppiert, innerhalb eines lockeren Verbundes mit anderen EU-Staaten darum herum. Allerdings blieben die Risiken erheblich. Zum einen ist nicht sicher, dass eine vertiefte Integration alle politischen Hürden in Deutschland und Frankreich nehmen würde. Sollte dies beispielsweise eine Volksabstimmung in Frankreich erfordern, wäre der Ausgang zumindest unsicher. Zum anderen wird es selbst im günstigsten Fall noch einige Jahre dauern, bis bei rückläufiger Arbeitslosigkeit in weiten Teilen der EU die Strahlkraft der Anti-EU-Populisten wieder abnehmen wird. Auch wenn die EU den Schock eines Brexit vermutlich ohne allzu große Schäden verkraften könnte, werden die Zeiten vorerst unruhig bleiben.



Franz Peter Lang\*

## Der »Brexit«: Rückschritt für Europa in der Welt, den die EU verkraften kann

### Die Europäische Union ist unverzichtbar!

Die austrittswilligen Kritiker der Europäischen Union blenden aus, dass der seit Jahrzehnten laufende Integrationsprozess dank Freihandel, freiem Dienstleistungs- und freiem Kapitalverkehr sowie freiem Personenverkehr Europa und damit auch Großbritannien, beachtliche Wohlstandsgewinne gebracht hat. Diese sind überall in Europa, auch an der Peripherie der EU, in Gestalt der hervorragenden Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur real geworden. Auf deren Grundlage war es dank der gewonnenen Freiheiten vielen Menschen möglich u.a. durch Migration, an der Entwicklung zu partizipieren (vgl. Lang 2013).

Die im Vergleich zu den nationalen Volkswirtschaften größere EU ist aber auch aus weltpolitischer Sicht langfristig von existenzieller Bedeutung. Ohne sie würden die nationalen Volkswirtschaften nicht nur nach ihren Bevölkerungsgrößen, sondern auch nach ihrer Wirtschaftskraft sogar hinter indische (Maharashtra hat 112 Mio. Einwohner) oder chinesische Provinzen (Sichuan hat 82 Mio. Einwohner) zurückfallen. Der sich ohnehin abzeichnende relative und absolute Bedeutungsverlust Europas in der Weltwirtschaft, der Anteil Europas an der globalen Wertschöpfung wird bis 2050 auf 10% (1950, 30%) schrumpfen, würde fahrlässig beschleunigt.

Als Nebeneffekt sind supranationale Fusionen und Kooperationen von Unternehmen entstanden, und Arbeitskräfte haben sich dank der gewonnenen Mobilität grenzüberschreitend gesamteuropäisch eingerichtet. Diese erhebliche Reallokation von wirtschaftlichen Aktivitäten und die durch Agglomerations-effekte entstandenen wirtschaftlichen Entwicklungspole sind die Grundlage der integrationsbedingten Prosperität. Die komplexen Verknüpfungen von Know-how und Wirtschafts-

\* Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang, TU Braunschweig und eufom European University for Economics & Management, Luxembourg.



interessen sind heute vollkommen anders als vor Beginn des Integrationsprozesses. Sie könnten ohne erheblichen Schaden auch nicht annähernd in ihren Anfangszustand zurückgeführt werden (vgl. Stange 1994). Eine Rückentwicklung des Gemeinsamen Marktes würde darum weit mehr Probleme mit sich bringen als das allgemein beklagte Weiterwinkeln der europäischen Integrationspolitik, die allerdings, im langfristigen Interesse Europas, transparenter, dynamischer und konsequenter gestaltet werden müsste.

Dass nicht nur Großbritannien erhebliche Nachteile aus einem Austritt schultern müsste, ist nicht zuletzt durch die Stellungnahme des IWF allgemein bekannt. Welche speziellen Wirkungen hätte der Brexit jedoch auf die verbleibende EU?

### **Die Finanzplätze der EU würden profitieren!**

Die City of London sieht sich gern als Finanzplatz No. One der Weltwirtschaft. Erfolgreiche Jahrzehnte haben diesen Wirtschaftszweig für die britische Volkswirtschaft stetig wichtiger werden lassen. So bietet die Finanzbranche in Großbritannien ca. 1,4 Mio. Jobs und erwirtschaftet 12% der britischen Einkommensteuern.

Das Britische Pfund, traditionsreiches und von den Brexit-Befürwortern hoch gepriesenes Symbol früherer Größe und wirtschaftlicher Stabilität des Empire ist jedoch geradezu als Menetekel künftiger Schwäche bereits unmittelbar nach der Bekanntgabe des 23. Juni als Tag des Referendums kurzzeitig auf seinen tiefsten Stand seit 2009 abgestürzt und benötigte erhebliche Zeit, um sich wieder halbwegs zu erholen. Goldman Sachs erwarten sogar, dass das Britische Pfund dauerhaft bis zu 20% verlieren könnte. Dies könnte die Finanzmärkte erheblich verunsichern und würde darüber hinaus die Wechselkursentwicklung, den Handel und den Dienstleistungsverkehr nicht unbeeinträchtigt lassen.

Der Finanzplatz London, noch die Europazentrale international tätiger Bankhäuser, wäre nach Erwartungen der Bankenwelt selbst sehr stark betroffen. So plant z.B. HSBC im Fall des Brexit eintausend gegenwärtig noch in London tätige Investmentbanker nach Paris zu versetzen. Auch die Europäische Zentralbank würde einen erheblichen Teil ihrer Transaktionen und Mitarbeiter abziehen. Zweifellos würden sich auch andere europäische und internationale Großbanken zumindest teilweise diesem Rückzug aus London anschließen und sei dies nur, um in das als Finanzplatz ebenfalls nicht unbekannt, ähnlich liberale Dublin zu wechseln. Die neuerlich unter Kapitalmangel leidenden arabischen, russischen und chinesischen »Ölscheichs«, traditionelle Fans des Finanzplatzes London, werden diese Lücke kaum schließen, sondern eher andere »sichere« Plätze mit Diskretion suchen, die es auch in Europa gibt.

Aus dem britischen Finanzsektor würden somit durch den Brexit sowohl erhebliche Umsätze als auch wohldotierte Arbeitsplätze an Standorte in der EU verlagert.

### **Europäische Wertpapiere würden sich behaupten!**

An den Wertpapierbörsen ist die Nervosität in Erwartung des Abstimmungstermins bereits seit längerem gestiegen. Verunsicherte fürchten mit guten Gründen wirtschaftliche Schäden in einem Großbritannien außerhalb der EU, da fast die Hälfte seiner Exporte in den Binnenmarkt der Union geht. Auf der Importseite bezieht es jedoch nur ca. 20% seiner Importe aus dem Gemeinsamen Markt und ist somit kein sonderlich bedeutender Kunde, der zudem bei Abwertung des Pfundes sogar schwächeln würde.

Anleger in Aktien von DAX-Konzernen könnten dies gelassen sehen, denn diese erwirtschaften im Durchschnitt weniger als 5% ihrer Umsätze in Großbritannien. Allerdings gibt es einige Ausnahmen. Dazu gehören Energieerzeuger wie E.ON und RWE, die ihre Kraftwerkskapazitäten mit ca. 20% in Großbritannien auslasten. Bei HeidelbergCement und BMW fallen 10%, bei Linde 9%, bei Daimler 8% und bei Volkswagen 6% der Gesamtumsätze in Großbritannien an. Sie wären von einer dauerhaften Abwertung des Britischen Pfundes somit durchaus betroffen.

Da der britische Markt für die meisten Unternehmen in Europa im Vergleich zu den USA oder zu Ostasien jedoch klein ist, würden Umsätze und Gewinne der Mehrheit deutscher Konzerne und damit die Börsenkurse ihrer Aktien durch einen Brexit eher gering beeinträchtigt. Sie könnten durch austrittsbedingt umsteigende Anleger aus Großbritannien sogar gestärkt werden.

### **Die europäische Industrie würde profitieren!**

Verlöre Großbritannien aber durch seinen Austritt den freien Zugang zum europäischen Binnenmarkt, so dürfte sich mittel- und langfristig der Handel durch Abschöpfungen der EU (variable Zölle) und regulatorischen Hürden verteuern. Die meisten britischen Handelsgüter gehören jedoch nicht zu jenen exklusiven Gütern, die man nicht auch als Substitute für vormals britische Exporte in der EU herstellen könnte. Der intraindustrielle Handel im Binnenmarkt würde einen raschen Umstieg von Importen aus Großbritannien auf Imports Substitute aus dem Binnenmarkt sogar begünstigen. Britische Industriegüter, die man auch nach einem Ausscheiden aus dem Binnenmarkt sozusagen um jeden Preis importieren müsste, sind im britischen Exportportfolio dagegen rar.

Die Hoffnung, eine dauerhafte Abwertung des Britischen Pfundes, die auf den weltweit über Arbitrage verflochtenen Devisenmärkten nicht nur gegenüber dem Euro eintreten würde, könnte den Export in den Gemeinsamen Markt stabilisieren oder sogar fördern, ist trügerisch. Die damit ebenfalls verbundene Verteuerung der britischen Importe würde über Rohstoff- und Vorleistungsimpote, insbesondere angesichts der bestehenden engen Produktionsverflechtung mit der europäischen Industrie, die britischen Produktionskosten erhöhen. Die austrittsbedingten Nachteile im Export müssten dann durch deutlich niedrigere Erzeugerpreise kompensiert werden, was aber Kostensenkungen voraussetzt.

Die durch Abwertung des Pfundes bei Konsumgüter- und Dienstleistungsimpoten (u.a. dem Tourismus) über Preissteigerungen ebenfalls negativ betroffenen britischen Arbeitnehmer würden unverzichtbare Lohnsenkungen als Folge des Brexit gewiss nicht mit patriotischer Begeisterung aufnehmen. Vielmehr sprechen viele Gründe dafür, dass sie, ebenfalls zur Nostalgie neigend, in alte Streikgewohnheiten zurückfallen würden.

Der wahrscheinliche Ausfall britischer Touristen an beliebten Ferenzielen in den südlichen Regionen der EU wäre ein lokal ebenfalls nicht zu unterschätzender negativer Nebeneffekt des Brexit.

In der Ära der Gütermarktintegration ist es in nicht unerheblichem Umfang zu supranationalen Unternehmenszusammenschlüssen und Kooperationen zwischen britischen und kontinentalen Unternehmen gekommen. Diese würden durch die skizzierten Veränderungen vor neue interne Probleme gestellt, die wiederum Restrukturierungsmaßnahmen oder Standortüberlegungen weg von der Insel notwendig machen könnten.

Bislang profitierte Großbritannien stark von inner- und außereuropäischen Direktinvestitionen. Investoren sahen bisher das für europäische Verhältnisse relativ liberale Großbritannien als Brückenkopf zum Binnenmarkt und schätzten den Standort als Werkbank für Europa (z.B. amerikanische und ostasiatische Autokonzerne). Der Brexit würde diesen Standortvorteil beseitigen. Dies ist ein weiterer Grund dafür, dass bisher in Großbritannien residierende Unternehmen ihre Standorte in den Raum des Gemeinsamen Marktes verlegen würden und Direktinvestitionen zunehmend in die EU fließen könnten. In Luxemburg gibt es bereits eine »Task Force«, die bei der Sicherung solcher Optionen akquisitorisch tätig werden soll.

Ein Brexit wäre für die europäische Industrie somit durchaus vorteilhaft, indem sie sich im Binnenmarkt zu Lasten ihrer britischen Konkurrenten zusätzliche Marktanteile und Direktinvestitionen sichern könnte. In bestimmten Sektoren, z.B. beim Massentourismus, könnte es aber auch Einbußen geben.

### **Der Fall Schottland wäre zu beherrschen!**

Von Bedeutung für die EU ist auch die mögliche Entwicklung Schottlands (Nordirlands?), das EU-freundlich eingestellt sein soll. Ein Brexit könnte dort separatistischen Bestrebungen neuen Auftrieb geben und womöglich in einem zweiten Anlauf die Sezession vom Vereinigten Königreich herbeiführen. Nach dem erfolgten Austritt aus Großbritannien müsste Schottland allerdings einen neuen Antrag auf Aufnahme in die EU stellen. Dies wäre jedoch ein Luxusproblem, bei dem vor allem zu klären wäre, ob Schottland mit einer eigenen Währung beitreten wollte. Sollte es den Euro des Europäischen Währungsraums übernehmen wollen, so müsste die Fixierung des Einstiegswechselkurses gelöst werden. Dies erscheint aber gegenwärtig genauso relevant, wie die Frage, ob Schottland als Monarchie oder als Republik beitreten würde.

### **Demonstrationseffekte und langwierige Verhandlungen haben Eigenwirkungen**

Ein Brexit könnte auch bei anderen europamüden Mitgliedsländern wie Italien (48% der Wahlberechtigten befürworten gegenwärtig einen Austritt), Frankreich (41%) oder Schweden (39%) zu einer Verstärkung der Neigung führen, die EU zu verlassen. In weiteren EU-Staaten stellen die Demoskopen große Minderheiten fest, die mit einem Austritt liebäugeln, weil sie politische Versäumnisse und bürokratische Intransparenzen der Eurokraten und der nationalen Regierungen auf die EU und ihre politischen Instanzen projizieren.

Im Austrittsprozess treten jedoch weitere Unsicherheiten durch die zu erwartenden langwierigen Verhandlungen zu den rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Formalien des Austritts auf, da es für diesen keinen Präzedenzfall gibt. Nach Einschätzung von britischen Diplomaten müssten darüber hinaus ca. 30 Handelsabkommen mit ca. 50 Partnerländern neu abgeschlossen werden. Zwischen der Abstimmung und dem endgültigen Austritt könnten darum bis zu zwei (vielleicht mehr) Jahre verstreichen. Ohne bilaterale Sonderabkommen mit der EU bzw. ihren Mitgliedsländern würde Großbritannien im Außenhandel wie die Volksrepublik China behandelt. Für den Zeitraum zwischen 2017 und 2020 könnte sich das britische Wachstum hierdurch zusätzlich deutlich vermindern, was nicht ohne Rückwirkungen auf die EU bliebe.

Hierdurch könnte es in Großbritannien durchaus auch zu einem politischen Sinneswandel kommen, der trotz Austrittsvotum über Verbesserungen des Britenrabatts zu einem Verbleib Großbritanniens in der EU führt.

### **Fazit: Europe wins, Britain loses**

Würden die Briten im Juni für den EU-Austritt stimmen, so würde dessen Exekution ihnen wirtschaftlich erheblich scha-

den. Europa und seine Wirtschaft würden dagegen wirtschaftlich deutlich weniger erschüttert, denn Verlagerungen wirtschaftlicher Aktivitäten von der Insel nach Europa würden mildernd wirksam. Die Abwesenheit der eigenwilligen Briten würde den politischen Willensbildungsprozess in der EU wohl kaum entspannen, da es aktuell im Osten und im Süden der Union genügend nicht minder eigenwillige Mitglieder gibt. Die Europäische Union könnte somit wirtschaftlich den Brexit durchaus gut überstehen.

Wenn es ihr jedoch nicht gelingt, den Europäerinnen und Europäern die wirtschaftlichen Vorteile der EU und ihres Binnenmarktes und den weltpolitisch auf lange Sicht notwendigen Aspekt der Größe im internationalen Rahmen deutlich zu machen, dürfte der Fortgang der aktuellen Sezession Europa zur globalen Randerscheinung werden lassen.

### Literatur

Lang, F. P. (2013), »Integration durch Systemwettbewerb: Ein besserer Weg zu einer lebensfähigen Union?«, in: G. Popow et al. (Hrsg.), *Wirtschaft und Technologie im Dienst der Gesellschaft*, Technische Universität Sofia, Sofia, 29–49.

Stange, A. (1994), *Zollunion versus Gemeinsamer Markt*, Duncker & Humblot, Berlin.



Bert Van Roosebeke\*

### Brexit und die Folgen für die EU

Wer die für den britischen Humor so typische Absurdität schätzt, kommt demnächst auf seine Kosten: Am 23. Juni stimmen die Briten über den Verbleib ihres Landes in der Europäischen Union ab. Alle sind sich ob der enormen Bedeutung der Abstimmung einig. Allerdings: Egal wie sie ausgeht, die konkreten Folgen sowohl für das Vereinigte Königreich als auch für die restlichen Mitgliedstaaten der EU sind weitestgehend unklar.

Votieren die Briten für den Verbleib, treten die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs der EU vom 19. Februar 2016 in Kraft. Diese sind weitestgehend bedeutungslos und müssen teilweise im Anschluss an das Referendum vom EU-Gesetzgeber (Rat und Europäisches Parlament) überhaupt erst angenommen werden (vgl. Van Roosebeke 2016). Ob dies bei der geplanten vorübergehenden Einschränkung von Sozialleistungen für Einwanderer in das Vereinigte Königreich gelingen wird, ist offen. Erheblicher Widerstand ist jedenfalls von den Vertretern Osteuropas zu erwarten. Ebenfalls offen ist, ob die dann beschlossene Regelung einer anschließenden Prüfung durch den Europäischen Gerichtshof überhaupt standhält. Einige Elemente der Beschlüsse vom Februar sollen bei der nächsten Vertragsänderung in die EU-Verträge aufgenommen werden. Ein äußerst ambitioniertes Unterfangen, wenn man sich vor Augen führt, dass dies in mehreren Mitgliedstaaten mit Referenden einhergeht.

Votieren die Briten gegen den Verbleib, betreten wir Neuland. Artikel 50 des EU-Vertrags sieht für diesen Fall vor, dass die EU-Kommission mit der britischen Regierung ein Abkommen verhandelt. Das Abkommen regelt die künftige Beziehung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, insbesondere inwieweit die Briten Zugang zum EU-Binnenmarkt erhalten. Für die konkreten wirtschaftlichen, aber auch politischen Auswirkungen eines Brexits wird dieses Abkommen entscheidend sein.

\* Dr. Bert Van Roosebeke ist Fachbereichsleiter am Centrum für Europäische Politik, Freiburg.

Das Abkommen muss von den verbleibenden 27 Mitgliedstaaten der EU mit einer qualifizierten Mehrheit von 72% (mindestens 20 Mitgliedstaaten) angenommen werden, die außerdem 65% der Bevölkerung der verbleibenden Mitgliedstaaten vertreten müssen. Diese hohe Zustimmungshürde – im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren üblich ist eine qualifizierte Mehrheit von 55% (16 Mitgliedstaaten) – könnte die Verhandlungen durchaus in die Länge ziehen. Der EU-Vertrag sieht zwar eine Verhandlungsdauer von maximal zwei Jahren vor. Danach finden die EU-Verträge (und damit der Binnenmarktzugang) auf das Vereinigte Königreich keine Anwendung mehr. Allerdings können die EU und das Vereinigte Königreich diese Frist einstimmig beliebig verlängern.

### Dilemma für die EU

Zusätzlich zu der hohen Zustimmungshürde sprechen aber auch noch andere Faktoren für eine längere Hängepartie. Bei den Verhandlungen über das Post-Brexit-Abkommen befinden sich gleich mehrere Mitgliedstaaten der EU (allerdings auch das Vereinigte Königreich) in einem Dilemma. Einerseits haben viele Mitgliedstaaten aus wirtschaftlichen Gründen ein Interesse daran, dem Vereinigten Königreich einen umfassenden Zugang zum EU-Binnenmarkt zu gewähren. Andererseits dürfte einigen Mitgliedstaaten daran gelegen sein, den Preis des Ausstiegs in die Höhe zu treiben, um Nachahmer abzuschrecken.

Das Vereinigte Königreich weist ein konstant hohes Leistungsbilanzdefizit von zuletzt 5% des BIP auf. Die für das Vereinigte Königreich wichtigsten sechs europäischen Importeure sind (Stand: 2013) in unterschiedlichem Ausmaß von den Exporten in das VK abhängig. Besonders relevant sind Exporte in das Vereinigte Königreich für Irland (24% der irischen Exporte gehen in das VK), Frankreich (12%), Spanien (11%), die Niederlande (9%), Belgien und Deutschland (jeweils 8%) sowie Italien (6%). Einige dieser Mitgliedstaaten dürften sich demnach für eine enge Anbindung des Vereinigten Königreichs an den EU-Binnenmarkt einsetzen. Dazu kommt, dass das Vereinigte Königreich sein Leistungsbilanzdefizit in erheblichem Maße durch ausländische Direktinvestitionen finanziert (vgl. IWF 2016). Diese stammen zu 46% aus der EU (vgl. Bank of England 2015). Um eine Entwertung dieser Investitionen zu verhindern, dürfte der politische Druck in einigen Mitgliedstaaten dahingehend steigen, dem Vereinigten Königreich einen großzügigen Zugang zum EU-Binnenmarkt zu gewähren. Für die britische Konjunktur ist die Binnennachfrage sehr wichtig. Längere Verhandlungen mit der EU könnten die für das Vereinigte Königreich wichtige private Nachfrage schwächen und sich negativ auf die Importnachfrage auswirken. All dies sind Argumente, die eigentlich eine rasche Einigung über ein Abkommen notwendig machen.

Bloß: Wie kann die EU ein solches Abkommen gestalten, ohne gleichzeitig ihre eigene Existenz in Frage zu stellen? Peinlich genug für sie, wenn sich ihr drittgrößter Mitgliedstaat in Zeiten globaler Herausforderungen wie Flüchtlingskrise, Terrorismus, Finanzmarktstabilität und Klimapolitik nicht von den Vorteilen einer EU-Mitgliedschaft überzeugen lässt.

Gut möglich, dass ein Brexit die Debatte über den Geburtsfehler der EU neu beflügelt: Der EU fehlt ein allgemein akzeptiertes Ziel. Welchen Mehrwert genau suchen die Mitgliedstaaten in der EU? Ein einheitliches Erwartungsbild der Mitgliedstaaten ist kaum vorhanden. Stattdessen lassen sich (mindestens) drei Gruppen identifizieren: Einige Mitgliedstaaten streben eine weitergehende politische Integration an, andere wollen allenfalls eine wirtschafts- und/oder fiskalpolitische Integration (in der Eurozone), und wieder andere wollen die Integration in der EU beschränken oder gar zurückdrehen.

Bei allorts florierender Euro(pa)-Skepsis wird zumindest die (immer kleiner werdende) Gruppe der Integrationsbefürworter großen Wert darauf legen, die negativen Folgen des Austritts für das Vereinigte Königreich spür- und sichtbar zu machen. Schließlich soll ein Mitgliedstaat die »politischen Ideale« der europäischen Integrationsidee nicht einfach ausklammern und stattdessen »nur« die ökonomischen Vorteile genießen können. Diese Mitgliedstaaten dürften zu verhindern versuchen, dass das Brexit-Modell Vorbildcharakter erlangt. Mit einer Binnenmarktanbindung des Vereinigten Königreichs über den Europäischen Wirtschaftsraum (European Economic Area, EEA) dürften diese Mitgliedstaaten gut leben können. Das stolze Königreich würde sich dort in einer Gruppe mit Norwegen, Island und Liechtenstein wiederfinden. London müsste den umfassenden EU-Binnenmarktzugang teuer bezahlen: Verkraftbar wäre wohl am ehesten der jährliche EEA-Beitrag an die EU, der geringer wäre als der heutige Nettobeitrag der Briten an die EU. Viel schmerzhafter aber: London müsste jede künftige EU-Regulierung übernehmen, ohne diese aber in Brüssel mitgestalten zu können. Diese Aufgabe der nationalen Souveränität, in Norwegen »Fax-Demokratie« genannt, passt wohl kaum ins Weltbild der Brexit-Befürworter.

### Kerneuropa?

Möglich, dass sich als Folge des Brexit aus der Interessenlage der Integrationisten und derjenigen Mitgliedstaaten, die eine weitere Integration der Eurozone anstreben, eine gemeinsame Strategie bildet: Die wirtschafts- und/oder fiskalpolitische Integration (in welcher Form auch immer) der Eurozone als »Kerneuroprojekt«. Allerdings: Auch nach einem Brexit stehen einer weiteren Integration der Eurozone erhebliche juristische und politische Hürden im Wege. Nicht zuletzt ist fraglich, ob die Bevölkerung der Eurostaaten solche Än-



derungen überhaupt mittragen will. Klar ist aber auch: Nach einem Brexit sinkt nicht nur das Gewicht der Vertreter einer marktorientierten Wirtschaftspolitik. Auch das politische Gewicht der Nicht-Eurostaaten in der EU sinkt dramatisch. Wirtschaftliches Schwergewicht unter den Nicht-Eurostaaten wäre dann Schweden, das in seiner Wirtschaftskraft mit Belgien vergleichbar ist. Dies dürfte zuallererst für den Finanzplatz London gefährlich werden. So ist es der Europäischen Zentralbank schon länger ein Dorn im Auge, dass große Teile des in Euro nominierten Derivatehandels und des Devisenhandels in London, und damit außerhalb des Euro-raums, stattfinden. Paris und Frankfurt hätten sicherlich nichts dagegen, diese Geschäfte zu übernehmen. Entscheidend dafür wird der Fortbestand des EU-Passes sein, der EU-weite Finanzgeschäfte (von London aus) auch ohne Niederlassung in anderen Mitgliedstaaten ermöglicht. Ohne EU-Pass dürfte das Festland für viele Finanzdienstleister an Attraktivität gewinnen. Als EEA-Mitglied könnte das Vereinigte Königreich den EU-Pass aber weiter in Anspruch nehmen; allerdings nur zum Preis, jegliche künftige EU-Gesetzgebung im Bereich der Finanzmarktregulierung eins zu eins übernehmen zu müssen – ohne diese mitverhandeln zu können. Kaum vorstellbar, dass der Finanzplatz London in einem solchen Szenario mittelfristig keine Schäden nimmt.

### Gefahr für die EU?

In ihrer bestehenden Form gefährdet wäre die EU, wenn sich in den Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich die Gruppe derjenigen Mitgliedstaaten durchsetzt, die die europäische Integration schwächen wollen. Möglicherweise geben sich diese Mitgliedstaaten mit einer EU als Zollunion oder gar Freihandelszone zufrieden. Ein erster Schritt in diese Richtung könnten bilaterale Abkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sein, wie sie bereits mit der Schweiz existieren. Besonders interessant für London: Die bestehenden Abkommen mit der Schweiz sehen keine automatische oder dynamische Anpassung der schweizerischen Gesetzgebung an die sich stets ändernde EU-Gesetzgebung vor. Obwohl es durchaus im Interesse beider Parteien liegen kann, die bei Vertragsschluss vorhandene Gleichwertigkeit der Gesetzgebung auch bei einer Rechtsentwicklung aufrechtzuerhalten (vgl. Direktion für europäische Angelegenheiten 2016), sind solche Rechtsanpassungen (hier: durch London) nicht zwingend. Gut vorstellbar, dass das Vereinigte Königreich angesichts seiner ökonomischen Relevanz in solchen Fragen etwas forscher auftritt als die Schweiz. Und genau darin liegt die Gefahr für die EU: Lässt sie dies durchgehen, könnten auch andere Mitgliedstaaten diesen Weg einschlagen und ähnliche Privilegien in Anspruch nehmen. Macht das Beispiel aber Schule, bekommt die EU zunehmend ein Autoritätsproblem. Dass es überhaupt so weit kommt, scheint heute nicht wahrscheinlich. Zum einen hat die EU den Appetit auf bilaterale Abkom-

men ohne dynamische Rechtsangleichung schon länger verloren (vgl. Rat der EU 2013). Zum anderen ist kaum denkbar, dass 20 Mitgliedstaaten diesen Weg einschlagen werden. So viele sind für die Annahme des Abkommens im Rat notwendig.

### Fazit

Am ehesten dürfte ein Brexit das Vereinigte Königreich treffen. Den Bestand der oft geschmähten EU-Regulierung werden die Briten wohl kaum loswerden, wenn sie auf den Binnenmarktzugang nicht verzichten wollen. Dass sie sich auch künftiger EU-Regulierung – an deren Gestaltung sie nicht länger beteiligt wären – beugen müssen, erscheint darüber hinaus sehr wahrscheinlich, wenn sie die Bedeutung des Finanzplatzes London wahren wollen. Und: Gut möglich, dass sich die Schotten als Folge eines Brexits für die Abspaltung vom Mutterland entscheiden. Das sind düstere Aussichten. Vielleicht entscheiden die Briten nach Abschluss der Verhandlungen mit der EU in wenigen Jahren in einem neuen Referendum darüber, ob sie denn wirklich die EU verlassen wollen.

### Literatur

Bank of England (2015), *EU Membership and the Bank of England*, Oktober 2015, verfügbar unter: <http://www.bankofengland.co.uk/publications/Documents/speeches/2015/euboe211015.pdf>.

Direktion für Europäische Angelegenheiten der Schweizer Eidgenossenschaft (2016), *Die Europapolitik der Schweiz*, März 2016, verfügbar unter: [https://www.eda.admin.ch/content/dam/dea/de/documents/fs/00-FS-Europapol-lang\\_de.pdf](https://www.eda.admin.ch/content/dam/dea/de/documents/fs/00-FS-Europapol-lang_de.pdf).

Internationaler Währungsfonds (2016), *IMF Country Report No. 16/57, United Kingdom: Staff Report on Article IV Consultation*, Februar 2016, verfügbar unter: <http://www.imf.org/external/pubs/cat/longres.aspx?sk=43722.0>.

Rat der EU (2013), *Schlussfolgerungen des Rates zu den Beziehungen zwischen der EU und den EFTA-Ländern*, Ratsdokument 5010/13 vom 8. Januar 2013.

Van Roosebeke (2016), *cepAdhoc: Brexit – Die Gipfelergebnisse*, Centrum für Europäische Politik, 22. Februar 2016, verfügbar unter: <http://www.cep.eu/de/eu-themen/details/cep/brexit-die-gipfelergebnisse.html>.



»Das gesetzliche Rentensystem hat sich auch in den neuen Ländern bewährt. Wir führen in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein.« (Koalitionsvertrag 2009 S. 84) So stand es bereits im 2009 zwischen CDU, CSU und FDP abgeschlossenen Koalitionsvertrag und ein ähnlicher Passus findet sich im Koalitionsvertrag der gegenwärtigen Bundesregierung. **Passiert ist bisher nichts. Im Folgenden wird ein Modell skizziert, das eine schnellere Anpassung des Rentenwertes Ost – und entsprechend auch anderer Rechengrößen der gesetzlichen Rentenversicherung wie der Beitragsbemessungsgrenze – an den in den alten Ländern geltenden Rentenwert vorsieht, als den aktuellen Regeln nach zu erwarten ist, und gleichzeitig den Umrechnungswert abschafft, so dass eine vollständige Angleichung bei den Rentensystemen vorgenommen wird und somit in Deutschland ein einheitliches Rentenrecht gilt.**

#### Die Ausgangslage

1991/92 wurde bei der weitgehenden Übertragung des in den alten Ländern geltenden Rentenrechts auf die neuen Länder u.a. dem Umstand Rechnung getragen, dass im Beitrittsgebiet historisch gesehen die Einkommen auf einem niedrigeren Niveau lagen und für absehbare Zeit weiter liegen würden. Dieses geschah dadurch, dass der gegenüber dem Rentenwert<sup>1</sup> niedrigere ostdeutsche Rentenwert bzw. das niedrigere ostdeutsche Durchschnittseinkommen durch einen sogenannten Umrechnungswert<sup>2</sup>, der die niedrigeren Ansprüche erhöhte, kompensiert werden sollte. Dadurch sollte, vereinfacht gesagt, erreicht werden, dass die ostdeutschen Rentenversicherten trotz niedrigeren Rentenwertes Ost bei gleich hohem sozialversicherungspflichtigem Entgelt wie die westdeutschen Rentenversicherten dieselben Rentenansprüche erwerben.

Unter anderem durch eine sogenannte Schutzklausel, die sichert, dass der Rentenwert Ost um mindestens denselben Prozentsatz wie der Rentenwert steigt, ist mittlerweile der Rentenwert Ost schneller gestiegen als der Höherbewertungsfaktor

reduziert worden ist, d.h., es hat durch den Umrechnungswert eine Überkompensation stattgefunden. Dies führt beispielsweise dazu, dass 2015 »die ostdeutschen Rentenversicherten bei gleich hohem Entgelt um 8,5% höhere Rentenansprüche als die westdeutschen Versicherten« erwerben (vgl. Deutscher Bundestag 2015, S. 103), ab 1. Juli 2016 liegt diese Überkompensation bei rund 8%.<sup>3</sup> Das Rentensystem Ost ist daher in positivem Sinne pervertiert, weil entgegen der politischen Zielsetzung an manchen Stellen mehr als eine Angleichung der Ansprüche stattgefunden hat. Würde das bisherige System weitergeführt, so würden die aktiv in Ostdeutschland Rentenversicherten weiterhin eindeutig bevorzugt. Zudem würde aus gegenwärtiger Sicht der Rentenwert Ost voraussichtlich frühestens 2025 den dann im Westen geltenden Rentenwert erreichen (vgl. Deutscher Bundestag 2015, S. 47). Die Bundesregierung geht in ihren Modellrechnungen sogar davon aus, dass es bis zum Jahr 2030 dauert, bis in den neuen Ländern eine vollständige Anpassung an das Lohnniveau in den alten Ländern stattgefunden hat (vgl. Deutscher Bundestag 2015, S. 35); demnach würde erst dann der Umrechnungswert den wirkungsneutralen Wert 1 annehmen bzw.

\* Prof. Dr. Eckart Bomsdorf, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln.

<sup>1</sup> Wie üblich wird unter dem Rentenwert immer der für die in den alten Ländern erworbenen Ansprüche verwendete Rentenwert verstanden. Der Rentenwert Ost bezieht sich dann auf die in den neuen Ländern erworbenen Ansprüche. In den Tabellen und Abbildungen wird der einfacheren Lesbarkeit halber der Rentenwert für die alten Länder durchgehend als Rentenwert West bezeichnet.

<sup>2</sup> Zur Höhe des Umrechnungswertes vgl. Anlage 10 zum SGB VI. Diese Größe wird von Reimann (2015, S. 42) Umrechnungsfaktor genannt. Im Folgenden wird er seiner Wirkung entsprechend auch als Höherbewertungsfaktor bezeichnet.

<sup>3</sup> 2016 erhalten Versicherte mit 36 267 Euro Jahresbruttoentgelt (vorläufiges Durchschnittsentgelt West 2016) in den alten Ländern einen Entgelt-punkt gutgeschrieben; das entspricht unter Berücksichtigung des ab 1. Juli 2016 geltenden Rentenwertes 30,45 Euro. Bei einer in den neuen Ländern versicherten Person ergeben sich bei demselben Jahresbruttoentgelt durch den Umrechnungswert von 1,1479 nicht ein Entgelt-punkt, sondern 1,1479 Entgeltpunkte. Multipliziert mit dem Rentenwert Ost von 28,66 Euro, resultiert ein Anspruch von 32,90 Euro, dieser liegt damit um gut 8% über dem Anspruch einer in den alten Ländern beschäftigten versicherungspflichtigen Person.

der Wert entfallen können. Es besteht also doppelter Handlungsbedarf: Zum einen muss der Rentenwert Ost schneller angepasst, zum anderen der Höherbewertungsfaktor zügig auf den Wert 1 zurückgeführt und damit dann überflüssig werden.<sup>4</sup>

Mit der zum 1. Juli 2016 wirksam werdenden Erhöhung der Rentenwerte hat sich die Lücke zwischen dem Rentenwert und dem Rentenwert Ost deutlich verringert. Sie beträgt noch 1,79 Euro, und damit liegt der Rentenwert Ost nur noch knapp 6% unter dem Rentenwert. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob die Unterschiede in den Einkommen zwischen den östlichen und westlichen Bundesländern die bisherige Betrachtungsweise überhaupt noch rechtfertigen. Beispielsweise gibt es strukturell bedingt auch größere Unterschiede in den Durchschnittseinkommen zwischen einem Land wie Baden-Württemberg oder Bayern und einem Land wie Schleswig-Holstein.<sup>5</sup>

Die teilweise Trennung des Rentenrechts in Ost und West führt mitunter zu kaum verständlichen Konstellationen. Nicht nur, dass für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des DIHK nach dem Prinzip des Beschäftigungsortes das Rentenrecht Ost zur Anwendung gelangt, gibt es Bundesministerien wie das Auswärtige Amt, für das dieses weitgehend auch gilt, während die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des Bundestages im Regelfall unter das Rentenrecht der alten Länder fallen. Vollends absurd wird es, wenn für die Beschäftigten der Deutschen Rentenversicherung Bund in Berlin, je nachdem wo der Beschäftigungsort in Berlin liegt, unterschiedliche Arten der Berechnung der Entgeltpunkte gelten.

### Den Angleichungsprozess Ost-West beschleunigen

#### »Angleichungsprozess Ost-West fortsetzen

Der Fahrplan zur vollständigen Angleichung, gegebenenfalls mit einem Zwischenschritt, wird in einem Rentenüberleitungsabschlussgesetz festgeschrieben:

Zum Ende des Solidarpaktes, also 30 Jahre nach Herstellung der Einheit Deutschlands, wenn die Lohn- und Gehaltsangleichung weiter fortgeschritten sein wird, erfolgt in einem letzten Schritt die vollständige Angleichung der Rentenwerte. Zum 1. Juli 2016 wird geprüft, wie weit sich der Angleichungsprozess bereits vollzogen hat und auf dieser Grundlage entschieden, ob mit Wirkung ab 2017 eine Teilangleichung notwendig ist.« (Koalitionsvertrag 2013, S. 74).

<sup>4</sup> In der knappschaftlichen Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung steht die vollständige Anpassung ebenfalls noch aus, während in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung eine Anpassung der Rechengrößen bereits vor über 15 Jahren stattgefunden hat.

<sup>5</sup> Es könnte sogar die Idee aufkommen, dass den Frauen ein Höherbewertungsfaktor zusteht.

Seit Jahren gibt es immer wieder Vorschläge für die vollständige Anpassung bzw. Zusammenführung des in den östlichen und des in den westlichen Ländern geltenden Rentenrechts speziell des Rentenwertes (vergleiche z.B. Reimann 2015; Ragnitz 2012; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2008, S. 365 ff.; sowie die Übersicht bei Steffen 2008). Die Umsetzung dieser Vorschläge scheiterte unter anderem daran, dass sie politisch nicht durchsetzbar waren, da sie die ostdeutschen Rentenversicherten entweder deutlich zu gut oder aber deutlich schlechter als nach der aktuellen Regelung behandelten. Außerdem waren beispielsweise vor zehn Jahren die Unterschiede in den Durchschnittseinkommen und Rechengrößen der ostdeutschen und westdeutschen Rentenversicherten einfach zu groß, so dass sich die seinerzeit diskutierten Vorschläge technisch auch nicht einfach um- bzw. durchsetzen ließen.

Eines muss a priori akzeptiert werden, eine echte Anpassung beider Systeme wird zwar langfristig, aber nicht kurzfristig kostenneutral sein – es sei denn, den ostdeutschen Rentenversicherten und Rentnern werden größere Zugeständnisse zugemutet.

Das im Folgenden vorgestellte Modell geht von dem im Koalitionsvertrag der gegenwärtigen Bundesregierung aufgestellten Ziel aus und versucht eine systemgerechte Lösung zu finden. Prämisse bei einer Lösung sollte es sein, dass es zu keiner grundsätzlichen Schwächung der ostdeutschen Rentenversicherten gegenüber der geltenden Regelung kommen darf; das wäre dem betroffenen Personenkreis kaum zu vermitteln. Das heißt auch, dass die Angleichung des Rentenwertes Ost im Tempo nicht hinter derjenigen, die sich nach dem aktuellen System ergeben würde, zurückbleiben darf. Eine zügigere Anpassung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert als nach der aktuell geltenden Regelung muss allerdings gleichzeitig ein entsprechend schnelles Herunterfahren des Umrechnungswertes einschließen, da sich ansonsten die heute schon vorhandenen, oben geschilderten Vorteile dieser Gruppe nur verstärken würden. Bezogen auf die ostdeutschen Rentenversicherten – denn nur bei denen soll im System etwas geändert werden – stellen sich daher vor allem folgende Fragen. Wie soll eine beschleunigte Anpassung beim Rentenwert Ost an den Rentenwert bzw. ein Zurückschrauben des Höherbewertungsfaktors vorgenommen werden? Wer soll von der schnelleren Angleichung des Rentenwertes Ost profitieren: nur die zukünftigen oder auch die aktuellen Rentner?

### Das Anpassungsmodell für den Rentenwert

Das Anpassungsmodell soll eine schnellere Anpassung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert vorsehen als nach der geltenden Gesetzeslage. Die schrittweise Angleichung

wird dabei abgekoppelt von der Entwicklung der Durchschnittsentgelte im Osten, sie orientiert sich nur an dem Rentenwert Ost und am Rentenwert.<sup>6</sup> Sie soll so vorgenommen werden, dass die aktuell vorhandene Differenz zwischen beiden Größen mittels eines linearen Ansatzes innerhalb einer vorgegebenen Anzahl n von Jahren geschlossen wird. Da der Rentenwert ebenfalls jährlich einer Veränderung unterliegt, muss diese bei der jährlichen Anpassung des Rentenwertes Ost jeweils unmittelbar berücksichtigt werden. Nach n Jahren hat eine vollständige Anpassung stattgefunden, und es gibt nur noch einen Rentenwert.<sup>7</sup>

In Formeln lässt sich dieses Vorgehen wie folgt ausdrücken:

$$AR(Ost)_t = AR(Ost)_0 + t \cdot \frac{AR_0 - AR(Ost)_0}{n} + AR_t - AR_0$$

$$= AR(Ost)_{t-1} + \frac{AR_0 - AR(Ost)_0}{n} + AR_t - AR_{t-1} \text{ für } t = 1, 2, \dots, n$$

mit  $AR_t$  aktueller Rentenwert im Jahr  $t$ ,  $AR(Ost)_t$  aktueller Rentenwert Ost im Jahr  $t$ , n Anzahl der Jahre bis zur vollständigen Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert.<sup>8</sup>

Für  $t = n$  ergibt sich dann wie angestrebt  $AR(Ost)_t = AR_t$ .

Die jeweilige prozentuale – und natürlich auch die absolute – Erhöhung des Rentenwertes Ost hängt sowohl von der im Ausgangsjahr bestehenden Differenz zwischen beiden Rentenwerten als auch von der jährlichen Erhöhung des Rentenwertes ab, die hier in Anlehnung an die Annahmen des Rentenversicherungsberichts 2015 mit 2,5% angenommen wird (vgl. Deutscher Bundestag 2015, S. 33).<sup>9</sup>

Die Tabellen 1a bzw. 1b enthalten für einen Anpassungszeitraum von fünf bzw. acht Jahren<sup>10</sup> neben der absoluten Höhe auch die jährlichen prozentualen Zuwächse der beiden Rentenwerte. Ausgehend von der Situ-

ation am 1. Juli 2016 soll ab 2017 eine schrittweise Anpassung erfolgen, diese ist hier im Jahr 2021 bzw. 2024 vollständig umgesetzt. Abbildung 1 gibt für beide Zeiträume die Entwicklung der Rentenwerte in West und Ost,<sup>11</sup> Abbildung 2 die prozentualen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr wieder.<sup>12</sup>

### Das Anpassungsmodell für den Umrechnungswert

Die Angleichung der Rentenwerte muss aus systemimmanenten Gründen einhergehen mit einer Abnahme des Umrechnungswertes bis zu einem Wert von 1. Ansonsten würde es nicht nur zu einem ungerechtfertigten Fortschreiben der geltenden Besserstellung aktiv in Ostdeutschland beschäftigter Rentenversicherter, sondern letztlich sogar zu einer Zunahme dieser Besserstellung kommen. Das Abschmelzen des Höherbewertungsfaktors kann prinzipiell auf

<sup>11</sup> Auch wenn die Differenz in den Rentenwerten durch die Verkürzung der Ordinate visuell überzeichnet wird, ist es hier sinnvoll, diese Achse erst bei 25 Euro beginnen zu lassen; entsprechend gilt dies für Abbildung 5.

<sup>12</sup> Die Abbildung zeigt die prozentualen Veränderungen für den Rentenwert Ost nach den beiden Anpassungsszenarien sowie für den Rentenwert; daher beginnt die Abbildung erst beim Jahr 2017. Das Jahr 2025 wurde mit einbezogen, um zu verdeutlichen, dass ab diesem Jahr bei beiden Szenarien die prozentualen Veränderungen mit der Veränderung des Rentenwertes für die alten Länder übereinstimmen.

**Tab. 1a**  
Rentenwerte 2016 bis 2021 (Anpassungszeitraum fünf Jahre)

Anpassungsjahr	Jahr	Rentenwert in Euro (ab 1. Juli)		Jährliche prozentuale Erhöhung des Rentenwerts	
		West	Ost	West	Ost
0	2016	30,45	28,66	4,25	5,95
1	2017	31,21	29,78	2,50	3,91
2	2018	31,99	30,92	2,50	3,82
3	2019	32,79	32,08	2,50	3,74
4	2020	33,61	33,25	2,50	3,67
5	2021	34,45	34,45	2,50	3,60

Quelle: Berechnungen des Autors.

**Tab. 1b**  
Rentenwerte 2016 bis 2024 (Anpassungszeitraum acht Jahre)

Anpassungsjahr	Jahr	Rentenwert in Euro (ab 1. Juli)		Jährliche prozentuale Erhöhung des Rentenwerts	
		West	Ost	West	Ost
0	2016	30,45	28,66	4,25	5,95
1	2017	31,21	29,65	2,50	3,44
2	2018	31,99	30,65	2,50	3,39
3	2019	32,79	31,67	2,50	3,34
4	2020	33,61	32,72	2,50	3,29
5	2021	34,45	33,78	2,50	3,25
6	2022	35,31	34,87	2,50	3,21
7	2023	36,20	35,97	2,50	3,17
8	2024	37,10	37,10	2,50	3,14

Quelle: Berechnungen des Autors.

<sup>6</sup> Die weiteren Rechengrößen sind jährlich entsprechend anzupassen.

<sup>7</sup> Dann sind alle Rechengrößen einheitlich festzulegen.

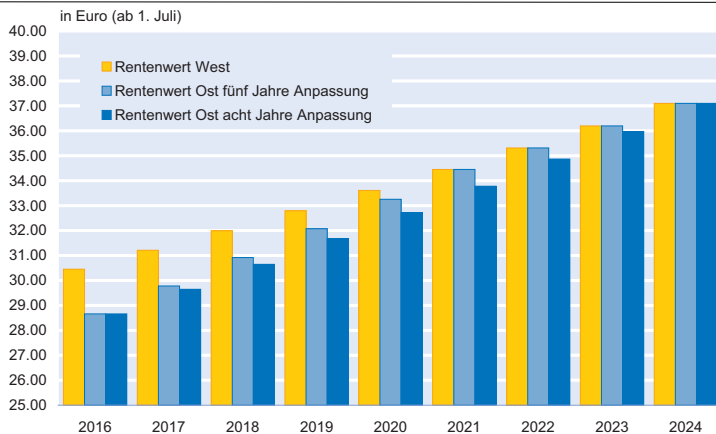
<sup>8</sup> Gemeint sind immer die zum 1. Juli eines Jahres festgesetzten und mindestens bis zum 30. Juni des Folgejahres geltenden Rentenwerte. Entsprechend gilt dies für die Angaben in den Tabellen und Abbildungen.

<sup>9</sup> Das Modell funktioniert natürlich genauso bei anderen Prozentsätzen.

<sup>10</sup> Theoretisch wäre es sogar möglich, n = 1 zu setzen. In diesem Fall würde allerdings die Frage nach dem Begünstigtenkreis unter dem Gesichtspunkt der Finanzierung dieser Anpassung relativ eng beantwortet werden müssen (vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2008, S. 375 ff.).

**Abb. 1****Rentenwerte 2016 bis 2024**

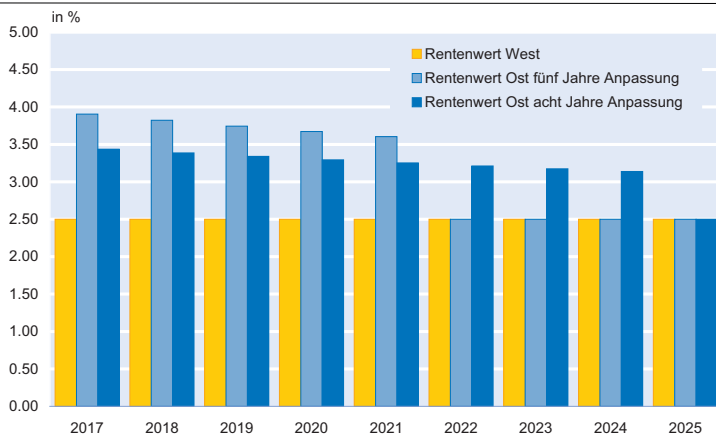
Anpassungszeitraum fünf bzw. acht Jahre



Quelle: Berechnungen des Autors.

**Abb. 2****Rentenwertsteigerungen gegenüber dem Vorjahr 2017 bis 2025**

Anpassungszeitraum fünf bzw. acht Jahre



Quelle: Berechnungen des Autors.

ähnliche Weise wie im vorangehenden Fall erfolgen. Das Tempo des linearen Abschmelzens hängt wieder von der Anzahl  $m$  der Jahre ab, bis ein Herunterfahren auf 1 erfolgen soll. Diese Anzahl muss nicht mit der Anzahl der Jahre bis zur vollständigen Anpassung der Rentenwerte übereinstimmen.

In Formeln:

$$URW_t = URW_0 - t \cdot \frac{URW_0 - 1}{m} = URW_{t-1} - \frac{URW_{t-1} - 1}{m} \text{ für } t = 1, 2, \dots, m$$

mit  $URW_t$  Umrechnungswert (Höherbewertungsfaktor) im Jahr  $t$ .

Für  $t = m$  ergibt sich dann  $URW_t = 1$ .

Abbildung 3 stellt in Analogie zu den bei der Rentenwertanpassung gewählten Zeiträumen die Abschmelzung des

Umrechnungswertes innerhalb eines Zeitraumes von fünf bzw. acht Jahren graphisch dar.

Es wäre denkbar, den Umrechnungswert für 2017 zunächst unmittelbar aus dem Anfang 2017 geltenden Verhältnis des Rentenwertes zum Rentenwert Ost zu bestimmen. Damit würde die – kaum noch zu begründende – aktuelle Besserstellung der ostdeutschen Rentenversicherten gestoppt. In den Folgejahren könnte ausgehend vom Umrechnungswert 2017 die oben vorgeschlagene Abschmelzung vorgenommen werden. Noch sinnvoller und konsequenter wäre es, wenn in den Folgejahren der Umrechnungswert direkt als Verhältnis des Rentenwertes und des Rentenwertes Ost zu Beginn des jeweiligen Jahres berechnet würde. Eine Version dieser modifizierten Anpassung wird im abschließend vorgestellten konkreten Vorschlag eingebaut.

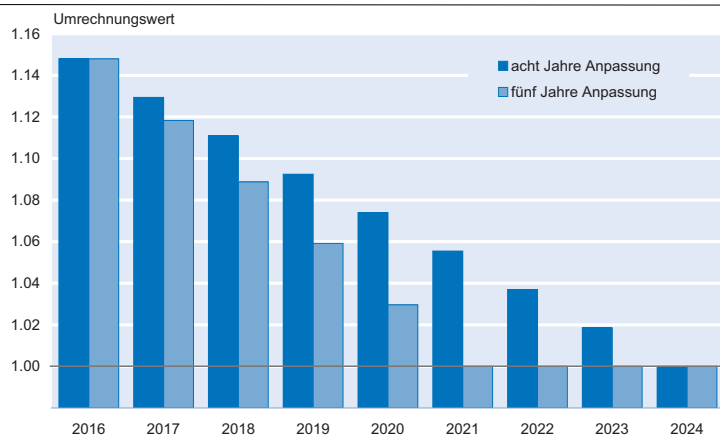
Abbildung 4 zeigt für einen Anpassungszeitraum von fünf Jahren zunächst die Entwicklung des Umrechnungswertes (wie in Abb. 3 schon dargestellt) und stellt dieser die beschriebene modifizierte Anpassung gegenüber. Durch die Bestimmung dieses Wertes aus dem Verhältnis der Rentenwerte in den alten und den neuen Ländern ist bei einem auch für den Rentenwert Ost geltenden Anpassungszeitraum von fünf Jahren die Anpassung des Umrechnungswertes aufgrund der nach geltendem Recht unterschiedlichen Termine der Festsetzung von Umrechnungswert und Rentenwerten (1. Januar bzw. 1. Juli eines Jahres) erst nach sechs

Jahren, d.h. Anfang 2022, beendet, es sei denn, der Termin für die Festsetzung des Umrechnungswertes auf 1 würde um ein halbes Jahr vorgezogen.

### Ein konkreter Umsetzungsvorschlag

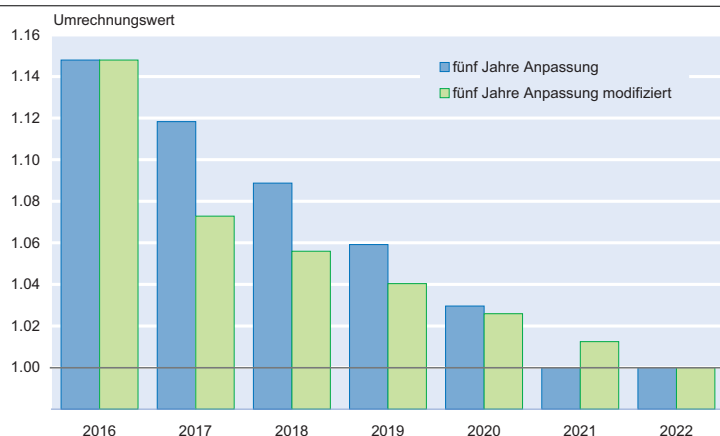
Die Frage bleibt, wie eine Anpassung der Rentensysteme in den alten und den neuen Bundesländern konkret erfolgen kann. Eine auch im Sinne der Ausgewogenheit von Schnelligkeit und Finanzierbarkeit der Umsetzung mögliche Parameterwahl wäre die Festlegung eines Anpassungszeitraums von fünf Jahren. Ein kürzerer Zeitraum würde zu höheren Kosten oder zur Beschränkung der Vorteile der Anpassung auf einen kleineren Kreis führen, während ein Fünfjahreszeitraum zu vertretbaren Kosten umzusetzen wäre. Damit würde gesichert, dass rund 30 Jahre nach der Einbeziehung des ostdeutschen Rentensystems in das westliche endgültig

**Abb. 3**  
**Umrechnungswert 2016 bis 2024**  
 Anpassungszeitraum fünf bzw. acht Jahre



Quelle: Berechnungen des Autors.

**Abb. 4**  
**Umrechnungswert 2016 bis 2022**  
 Anpassungszeitraum fünf Jahre



Quelle: Berechnungen des Autors.

tig eine Angleichung aller Rechengrößen vorgenommen werden könnte. Ausgehend von dem zum 1. Januar 2016 geltenden – vorläufigen – Umrechnungswert und den ab 1. Juli 2016 geltenden Rentenwerten enthält Tabelle 2 für den

einheitlich gewählten Anpassungszeitraum von fünf Jahren die mögliche Entwicklung der Rentenwerte und des Umrechnungswerts.<sup>13</sup> Dabei wird beim Umrechnungswert zum einen das ursprünglich vorgestellte Verfahren, zum anderen die modifizierte Fassung verwendet, nach der sich der Umrechnungswert – wie oben erläutert – immer aus dem Verhältnis der jeweils aktuellen Rentenwerte in den alten und den neuen Bundesländern bestimmt.

Die modifizierte Fassung der Anpassung des Umrechnungswertes erscheint vor dem Hintergrund, dass seit einigen Jahren dieser Faktor zu einer systembedingten Überkompensation führt, voll vertretbar. Damit würden von der Öffentlichkeit zwar kaum wahrgenommene, letztlich aber nicht mehr vermittelbar erscheinende Vorteile der ostdeutschen Rentenversicherten für die Zukunft ausgeschlossen; für die vergangenen Versicherungsjahre bleiben diese Vorteile und die daraus resultierenden Ansprüche jedoch erhalten.

Abbildung 5 zeigt, wie sich die Standard- bzw. Eckrenten (Regelaltersrente mit 45 Entgeltpunkten) in West und in Ost nach dem Vorschlag bis 2021 entwickeln würden.<sup>14</sup> Zum 1. Juli 2021 würden beide Eckrenten wertmäßig übereinstimmen und somit von diesem Zeitpunkt ab keine Differenzen mehr existieren, da ab 2022 ein einheitliches Rentenrecht angewandt wird. Würde dagegen das bisherige Vorgehen zur Bestimmung des Rentenwertes Ost fortgeschrieben, so wür-

<sup>13</sup> Es wäre zu überlegen, ob die Zeitpunkte für die Festlegung des Rentenwertes sowie für den Umrechnungswert nicht vereinheitlicht werden sollten.

<sup>14</sup> Die prozentuale Zunahme der Eckrenten entspricht der prozentualen Zunahme des jeweiligen Rentenwertes.

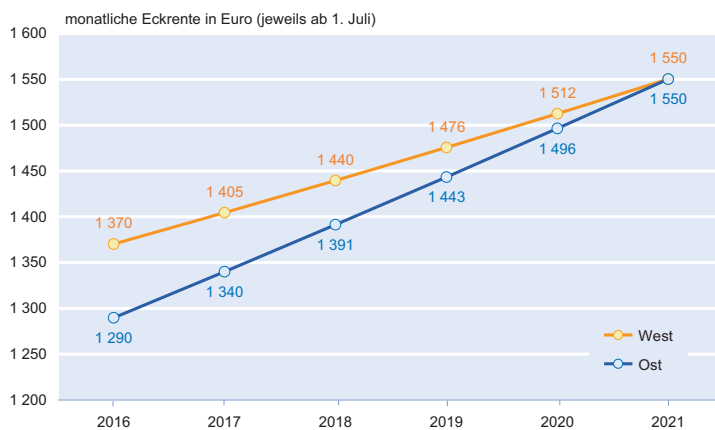
**Tab. 2**  
**Anpassung der Rentenwerte und Umrechnungswert 2016 bis 2022 (Anpassungszeitraum fünf Jahre)**

Anpassungsjahr	Jahr	Rentenwert in Euro (ab 1. Juli)		Jährliche prozentuale Erhöhung des Rentenwertes		Anpassung Höherbewertungsfaktor	
		West	Ost	West	Ost	linear	modifiziert
0	2016	30,45	28,66	4,25	5,95	1,1479	1,1479
1	2017	31,21	29,78	2,50	3,91	1,1183	1,0625
2	2018	31,99	30,92	2,50	3,82	1,0887	1,0481
3	2019	32,79	32,08	2,50	3,74	1,0592	1,0347
4	2020	33,61	33,25	2,50	3,67	1,0296	1,0223
5	2021	34,45	34,45	2,50	3,60	1,0000	1,0108
6	2022	35,31	35,31	2,50	2,50	1,0000	1,0000

Quelle: Berechnungen des Autors.



**Abb. 5**  
**Entwicklung der Eckrenten in Ost und West nach dem vorgeschlagenen Anpassungsmodell 2016 bis 2021**



Quelle: Berechnungen des Autors.

de sich einer Modellrechnung nach bis zum Jahr 2021 die Lücke zwischen beiden Rentenwerten allenfalls halbieren und die Eckrente Ost ab Mitte 2021 statt 1 550 Euro höchstens 1 500 Euro betragen.

### Statt eines Resümees

Die oben vorgelegten Vorschläge zur Vereinheitlichung der Rentensysteme in Ost und West weisen darauf hin, dass eine Anpassung innerhalb eines Jahres kaum vertretbar ist, sondern ein Fünfjahreszeitraum als angemessen erscheint. In jedem Fall bleibt die Frage, ob die neue Regelung der schnelleren Anpassung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert für alle bestehenden und zukünftigen Ansprüche gelten soll oder nur für die ab einem bestimmten Stichtag erworbenen. Die Beschränkung auf die Übernahme der Vorteile für zukünftige erworbene Ansprüche wäre preiswerter zu haben, würde aber wiederum zu keinem einheitlichen Rentenrecht führen, sondern auf Jahre hinaus ein zweigeteiltes festschreiben. Das Ziel sollte jedoch sein, ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West einzuführen.

Vorteile aus der vorgeschlagenen Regelung haben unmittelbar alle Rentnerinnen und Rentner sowie die rentennahen Jahrgänge, bei denen gegenwärtig der Rentenwert Ost Berücksichtigung bei der Rentenberechnung findet. Durch den schnelleren Abbau des Umrechnungswerts erwerben zwar die rentenfernen Jahrgänge in den neuen Ländern geringfügig niedrigere Ansprüche, dies kann jedoch kaum als Nachteil verstanden werden, da dieser Abschwächung in der jüngeren Vergangenheit durch den Umrechnungswert zu sehr erhöhte Ansprüche gegenüberstehen.

Die Kosten der schnelleren Angleichung sind langfristig niedriger als ohne die Maßnahme, da der Höherbewer-

tungsfaktor schneller abgebaut wird; kurzfristig entstehen leicht höhere Kosten gegenüber der Entwicklung nach noch geltendem Recht. Die Einnahmen für die Rentenversicherung steigen durch die dem Verfahren immanente begleitende schnellere Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in den neuen Ländern.<sup>15</sup>

In der Übergangszeit sollte, soweit die Kosten anfallen, da eine schnellere Anpassung vorgenommen wird, eine Finanzierung dieser Ausgaben aus Steuergeldern erfolgen. Diese Belastung könnte teilweise durch den vorherzusehenden Abbau des Bundeszuschusses in anderen Bereichen, z.B. bei der knappschaftlichen Rentenversicherung, und durch die etwas höheren Beitragszahlungen der gutverdienenden Rentenversicherungspflichtigen im Osten, die Entgelte oberhalb der nach altem Recht bestimmten Beitragsbemessungsgrenze beziehen, aufgefangen werden.

In der Rentenversicherung Ost müssten die Rechengrößen verfahrensbegleitend an die Westdaten angepasst werden, insbesondere die Beitragsbemessungsgrenze. Bei Vollendung der Angleichung wäre – sofern nicht alle Rechengrößen West längerfristig verwendet werden sollen – als neue Basisgröße für die Rentenanpassungsformel das Durchschnittseinkommen neu zu berechnen.<sup>16</sup> Konsequent wäre es, direkt ein Durchschnittseinkommen für Deutschland gesamt anzusetzen. Da dieses jedoch unter dem alten Durchschnittseinkommen für die alten Länder liegen würde, käme es theoretisch zu einer Dämpfung bei der folgenden Festsetzung der Erhöhung des Rentenwertes; dies dürfte schwer vermittelbar bzw. durchsetzbar sein. Es bietet sich daher an, im Übergangsjahr der vollständigen Angleichung der Rentensysteme zwei Durchschnittseinkommen zu bestimmen: einen Wert für die westlichen Länder, der notwendig ist, um die vergangene Entwicklung nachzuzeichnen und in die Rentenformel einfließen zu lassen, einen zweiten Wert bezogen auf die alten und neuen Länder, der zukünftig als Basis für Berechnung der Einkommensveränderungen und damit des Rentenwertes dienen kann.<sup>17</sup>

Bei Umsetzung der schnelleren Anpassung der Rentensysteme würde 30 Jahre nach Vollendung der deutschen Einheit

<sup>15</sup> Die zusätzlichen Kosten der schnelleren Anpassung können naturgemäß nur sehr grob abgeschätzt werden, da sie von der zukünftigen Entwicklung der Einkommen in den neuen Ländern abhängen. Während sie 2017 in einer Größenordnung von 250 Mio. Euro liegen dürften, würden sie im Jahr 2021 2 bis 3 Mrd. Euro betragen, um anschließend zurückzugehen. Das sind Größenordnungen, die wesentlich unter den Kosten der Mütterrente und der Rente mit 63 liegen.

<sup>16</sup> Ggf. sind noch weitere Rechengrößen zu justieren.

<sup>17</sup> Da das »neue« Durchschnittseinkommen etwas niedriger sein wird als das für die alten Länder berechnete, ergibt sich als Nebeneffekt, dass das Rentenniveau – rein rechnerisch – etwas steigt.

endlich ein einheitliches Rentensystem geschaffen und damit eine der verbliebenen Lücken zwischen Ost und West geschlossen werden. So würde auch hier – mit Willy Brandt gesprochen – zusammenwachsen, was zusammengehört.

## Literatur

Deutscher Bundestag (2015), *Unterrichtung durch die Bundesregierung, Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Nachhaltigkeitsrücklage sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren (Rentenversicherungsbericht 2015) und Sondergutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2015*, Drucksache 18/6870, Berlin.

Koalitionsvertrag (2009), *Wachstum, Bildung, Zusammenhalt*, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. 17. Legislaturperiode. O.O.

Koalitionsvertrag (2013), *Deutschlands Zukunft gestalten*, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode. O.O.

Ragnitz, J. (2012), »Ansätze zur Vereinheitlichung des Rentensystems in Deutschland«, *ifo-Schnelldienst* 65(4), 16–21.

Reimann, A. (2015), »Zur Angleichung der Rentenwerte in Ost und West«, in: Aktuelles Presseseminar der Deutschen Rentenversicherung Bund am 11. und 12. November 2014 in Würzburg, DRV-Schriften Band 106, Berlin, 35–47.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2008), *Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken*, Jahresgutachten 2008/09, Wiesbaden.

Steffen, J. (2008), *Angleichung der Ost-Renten, Hintergrundinformationen zur Diskussion um die Angleichung der Rentenwerte in den alten und neuen Bundesländern, Bremen*, verfügbar unter: <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m5308.pdf>, aufgerufen am 26. Februar 2016.

# Wie soll mit der Krise in Griechenland umgegangen werden?

## 34 Eine Umfrage unter internationalen Experten

Niklas Potrafke und Markus Reischmann

Im Rahmen des CESifo World Economic Survey vom Herbst 2015 wurden Wirtschaftsexperten aus 113 Ländern befragt, wie mit der Krise in Griechenland umgegangen werden soll. Die Mehrheit der Befragungsteilnehmer war dagegen, dass Griechenland aus dem Euroverbund austreten sollte. Ökonometrische Schätzergebnisse zeigen, dass insbesondere Experten aus Ländern mit hohen Staatsverschuldungsquoten gegen den Grexit waren (vgl. Potrafke und Reischmann 2016). Breite Zustimmung gab es unter den Experten dafür, dass der IWF Kredite für Griechenland bereitstellt und sich an der Ausarbeitung der Wirtschaftsreformen beteiligt.

Soll Griechenland aus dem Euroverbund austreten? Über den sogenannten »Grexit« herrschen geteilte Meinungen. Im Juli 2015 schnürten die europäischen Regierungen, die Europäische Zentralbank (EZB) und der Internationale Währungsfonds (IWF) ein neues Rettungspaket und entschieden sich gegen den Grexit. Meinungsumfragen zeigten aber, dass die Bürger in Dänemark, Schweden, England und Finnland mehrheitlich für den Grexit waren.<sup>1</sup> In Frankreich und Norwegen hielten sich die Zahlen der Befürworter und Gegner eines Austritts Griechenlands aus der Eurozone die Waage. Wenn die Präferenzen von Politikern (und ihre politischen Entscheidungen) nicht im Einklang mit den Präferenzen der Wähler stehen, entsteht ein Prinzipal-Agent-Problem.

Sinn (2015) legt dar, dass Griechenlands Hauptproblem seine fehlende Wettbewerbsfähigkeit ist.<sup>2</sup> Die Preise für Waren und Dienstleistungen stehen nicht im Einklang mit der Produktivität der Wirtschaft. Um die Krise zu überwinden, muss Griechenland seine Wettbewerbsfähigkeit steigern. Sinn (2015, S. 24 f.) zeigt vier Optionen auf, wie auf Griechenlands fehlende Wettbewerbsfähigkeit reagiert werden kann: (1) Die anderen europäischen Länder akzeptieren Griechenlands fehlende Wettbewerbsfähigkeit und stellen weiterhin finanzielle Hilfen bereit. Diese Lösung ist nicht nachhaltig und langfristig gesehen auch nicht wahrscheinlich. (2) Griechenland wertet intern ab, indem die

Preise stark gesenkt werden. Drastische Preissenkungen können jedoch zu Insolvenzen, Probleme für Mieter, die an langfristige Verträge gebunden sind, und Widerstand der Gewerkschaften führen. Gegen die bisherigen Sparauflagen der Troika gibt es bereits starke Proteste. (3) Die nordeuropäischen Länder erhöhen ihre Preise. Es ist aber unwahrscheinlich, dass Länder wie Deutschland starke Preissteigerungen, z.B. in Höhe von jährlich 4% über einen Zeitraum von zehn Jahren, akzeptieren würden. Daneben stellt sich die Frage, wie eine starke Inflation in den nordeuropäischen Ländern überhaupt erreicht werden kann. Die Programme der EZB zur »Quantitativen Lockerung« haben nicht zum erwünschten Anstieg der Inflation geführt.<sup>3</sup> (4) Griechenland verlässt den Euroverbund und kehrt zu einer eigenen Währung zurück, beispielsweise der Drachme. Die Drachme würde gegenüber dem Euro abwerten. Dies dürfte zu einem Anstieg der Exporte führen. Importe würden teurer, wodurch die Nachfrage nach inländischen Produkten steigen würde. Aufgrund seiner fruchtbaren Böden und der günstigen klimatischen Bedingungen hat Griechenland im Bereich der Landwirtschaft und im Tourismus einen Wettbewerbsvorteil, der ausgenutzt werden könnte.

Der Grexit hätte selbstverständlich auch Nachteile. Die höheren Preise für Importgüter würden zu einer Absenkung des Lebensstandards führen. Insbesondere bei medizinischen Produkten und Energieimporten könnte es zu Versorgungsengpässen kommen. Die anderen europäischen Länder müssten Griechenland hierbei unterstützen. Auch geopolitische Gründe spielen eine große Rolle.

<sup>1</sup> Vgl. YouGov Survey Results 23–29. Juli 2015, verfügbar unter: [https://d25d2506sfb94s.cloudfront.net/cumulus\\_uploads/document/nrxjyjk-0jmi/Eurotrack\\_July\\_Website\\_Greece.pdf](https://d25d2506sfb94s.cloudfront.net/cumulus_uploads/document/nrxjyjk-0jmi/Eurotrack_July_Website_Greece.pdf), aufgerufen am 23. März 2016.

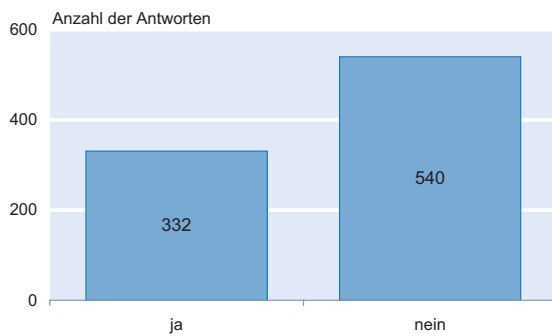
<sup>2</sup> Griechenland hat auch große strukturelle Probleme. Die Schattenwirtschaft ist stark ausgeprägt, und die staatliche Verwaltung ist ineffizient (vgl. z.B. Berger et al. 2014).

<sup>3</sup> Zu den Programmen der »Quantitativen Lockerung« in Japan vgl. z.B. Homburg (2015).

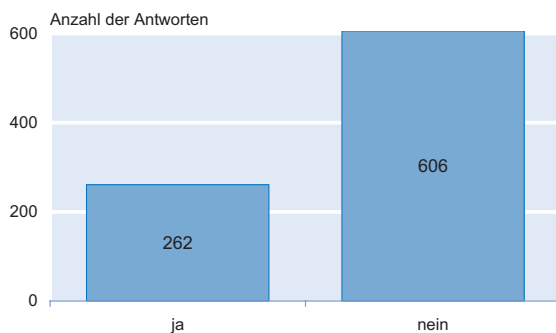
Abb. 1

**Soll Griechenland den Euroraum verlassen?**

Waren Sie dafür, dass Griechenland im Zuge der Verhandlungen im Juni/Juli 2015 den Euroverbund hätte verlassen sollen



Wie ist Ihre Meinung heute? Griechenland sollte den Euroverbund verlassen

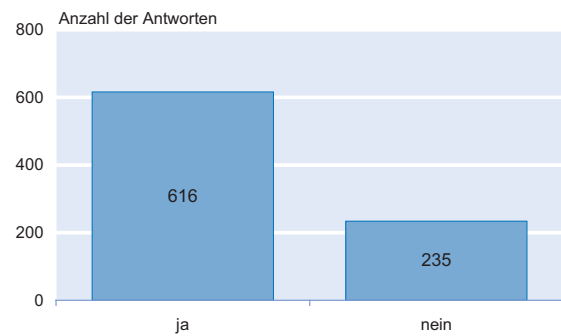


Quelle: Ifo World Economic Survey.

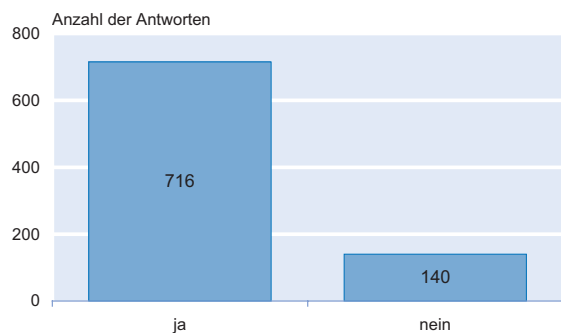
Abb. 2

**Soll sich der IWF in Griechenland engagieren?**

Der IWF sollte Kredite für Griechenland bereitstellen



Der IWF sollte sich an den Reformprogrammen in Griechenland beteiligen



Quelle: Ifo World Economic Survey.

So wird befürchtet, dass der Grexit das NATO-Mitglied Griechenland in die Hände Russlands treiben könnte.

Der IWF hat umfangreiche Kredite bereitgestellt und unterstützt Griechenland als Teil der Troika bei seinen Reformbemühungen. Bei seinen Kredithilfen für Griechenland hat der IWF seine Kriterien für die Kreditvergabe aufgeweicht, die sich normalerweise an den Kapitalanteilen der Mitgliedsländer am IWF orientieren. Entwicklungs- und Schwellenländer mögen nun kritisieren, dass der IWF sich zu stark auf Europa konzentriert und dort sehr großzügig auftritt.<sup>4</sup>

**Umfrage**

Im Oktober 2015 befragten wir im Rahmen des CESifo World Economic Survey Experten aus 113 Ländern dazu, wie mit der Krise in Griechenland umgegangen werden soll. Zunächst befragten wir die Experten, die in verschiedenen Institutionen, wie Verbänden, Zentralbanken, Finanzinstituten, Unternehmen, Ministerien, Botschaften, internationalen

<sup>4</sup> Zu Determinanten, die das Engagement des IWF in einem Land erklären können, vgl. z.B. Bird et al. (2015).

Organisationen, Forschungsinstituten und Universitäten beschäftigt sind, ob sie der Meinung seien, dass Griechenland im Zuge der Verhandlungen im Juni/Juli 2015 aus dem Euroverbund hätte ausscheiden sollen. Die zweite Frage war, wie die Experten im Oktober 2015, also nachdem die Verhandlungen über das dritte Hilfspaket abgeschlossen waren, zum Grexit standen. Außerdem befragten wir die Experten, ob sie dafür seien, dass der IWF Kredite für Griechenland bereitstellt und sich an der Ausarbeitung der Wirtschaftsreformen beteiligt.

Abbildung 1 zeigt, dass 540 von 872 Experten (61,9%) nicht der Meinung waren, dass Griechenland im Juni/Juli 2015 den Euroverbund hätte verlassen sollen. Im Oktober 2015 waren 606 von 868 Befragungsteilnehmern dieser Meinung (69,8%). Unter den europäischen Ländern war in Deutschland, England, Schweden, Tschechien, Dänemark und der Slowakei die Mehrheit der Experten dafür, dass Griechenland den Euroverbund verlassen sollte. In den GIIPZ-Ländern (Griechenland, Italien, Irland, Portugal, Spanien und Zypern) war der Anteil, der für den Euroaustritt war, besonders niedrig. Abbildung 2 zeigt, dass 616 von 851 Experten (72,4%) die Bereitstellung von Krediten für Griechenland durch den IWF befürworteten und 716 von 856 Experten

(83,6%), dass sich der IWF an den Reformen in Griechenland beteiligt.

### Ökonometrische Ergebnisse

Mittels eines ökonometrischen Modells haben wir untersucht, ob ökonomische Rahmenbedingungen in den einzelnen Herkunftsländern die Meinung der Experten zum Grexit beeinflussen (vgl. Potrafke und Reischmann 2016). Dabei betrachten wir die Staatsverschuldungsquote, den Primärüberschuss, das Wirtschaftswachstum, einen Index, der die ökonomische Freiheit in einem Land misst, und die Institutionen, in denen die Experten arbeiten, als erklärende Variablen. Wir erwarteten, dass Experten aus Ländern mit hoher Staatsverschuldungsquote eher gegen den Grexit waren.<sup>5</sup> Viele Länder Europas nutzten die niedrigeren Zinsen für Staatsanleihen nach der Einführung des Euro, um in großem Ausmaß Kredite aufzunehmen. Verlässt ein Land den Euroverbund, verliert es diesen Zinsvorteil. Wenn Griechenland den Euroverbund verlässt, müssen später vielleicht auch andere Länder mit fehlender Wettbewerbsfähigkeit austreten.

Unsere Ergebnisse zeigen in der Tat, dass bei Experten aus Ländern mit hoher Staatsverschuldungsquote die Wahrscheinlichkeit höher war, dass sie den Grexit ablehnen. Dieses Ergebnis ist insbesondere stark ausgeprägt, betrachtet man nur die Länder der Eurozone. Wenn die Staatsverschuldungsquote um einen Prozentpunkt steigt, sinkt die Wahrscheinlichkeit dafür, dass ein Experte den Grexit im Juni/Juli 2015 befürwortete, um ca. 0,35 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Wenn die Staatsverschuldungsquote um eine Standardabweichung steigt (ca. 32% Staatsverschuldung als Anteil am BIP), sinkt die Wahrscheinlichkeit dafür, dass ein Experte den Grexit im Juni/Juli 2015 befürwortete, um ca. 11 Prozentpunkte. Das ist ein numerisch bedeutsamer Effekt. Ein ähnliches Ergebnis finden wir auch für die Frage, ob Griechenland den Euro im Oktober 2015 verlassen sollte.

Bei der Frage, ob der IWF Kredite für Griechenland bereitstellen sollte, ist bei keiner erklärenden Variablen der Koeffizient statistisch signifikant, wenn man alle Länder betrachtet. Betrachtet man nur die Eurozone, deuten die Ergebnisse darauf hin, dass Länder mit höherer Staatsverschuldungsquote eher dafür waren, dass der IWF Kredite für Griechenland bereitstellen sollte. Experten aus Ländern mit hohen Primärüberschüssen und starker wirtschaftlicher Freiheit waren eher dafür, dass sich der IWF bei den Reformen beteiligen sollte. Betrachtet man nur den Euroraum, verschwinden diese Effekte bezüglich der Reformbeteiligung des IWF jedoch.

<sup>5</sup> Gärtner (1997) zeigt, dass Bürger in Ländern mit hoher Staatsverschuldung die Einführung des Euro stärker befürworteten.

### Fazit

Unsere Umfrage unter Experten aus 113 Ländern weltweit zeigt, dass die Mehrheit der Befragungsteilnehmer gegen den Grexit war. Bei Experten aus Ländern mit hoher Staatsverschuldungsquote – insbesondere aus Ländern der Eurozone – war die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie den Grexit ablehnten. Dies deutet darauf hin, dass die Experten aus Eigeninteresse »nicht den Ast absägen wollen, auf dem sie sitzen« oder Solidarität mit Griechenland verspürten. Das Hilfsprogramm vom Juli 2015 führt zu mehr Umverteilung und Sozialisierung der griechischen Schulden. Experten, die befürchten, dass ihr eigenes Land auch Rettungspakete benötigen wird, scheinen eher Rettungspolitiken zu befürworten, von denen ihre Länder in Zukunft auch profitieren könnten.

Die Meinung der Experten zur Rolle des IWF war hingegen weniger kontrovers. Das Ziel des IWF ist es, Länder darin zu unterstützen, makroökonomische Stabilität zu erlangen, und sie in der Wirtschaftspolitik zu beraten. Der Großteil der Experten war der Meinung, dass der IWF Kredite für Griechenland bereitstellen und sich an den Reformen beteiligen sollte.

### Literatur

- Berger, W., M. Pickhardt, A. Pitsoulis, A. Prinz, und J. Sarda (2014), »The hard shadow of the Greek economy: New estimates of the size of the underground economy and its fiscal impact«, *Applied Economics* 46, 2190–2204.
- Bird, G., J. Mylonas, und D. Rowlands (2015), »The political economy of participation in IMF programs: a disaggregated empirical analysis«, *Journal of Economic Policy Reform* 18, 221–243.
- Gärtner M. (1997), »Who wants the euro – and why? Economic explanations of public attitudes towards a single European currency«, *Public Choice* 93, 487–510.
- Homburg, S. (2015), *Understanding benign liquidity traps: The case of Japan*, Hannover Economic Papers (HEP) dp 557.
- Potrafke, N. und M. Reischmann (2016), *How to handle the crisis in Greece? Empirical evidence based on a survey of economics experts*, CESifo Working Paper No. 5860.
- Sinn, H.W. (2015), »The Greek tragedy«, *CESifo Forum* 16, Special Issue 2015 (June), 5–35.



# Anmerkungen und Kritik zu den Ökonomen-Rankings 2015 von Handelsblatt, FAZ und RePEc

**Im September 2015 veröffentlichten das Handelsblatt und die Frankfurter Allgemeine Zeitung nahezu gleichzeitig ihre Ökonomen-Rankings. Diese zwei inzwischen regelmäßig erscheinenden (zwei-)jährlichen Rankings unterscheiden sich sowohl im Ansatz als auch in der Methodik deutlich von dem monatlich erscheinenden RePEc-Ranking. In dem Artikel werden neben einer Betrachtung von Methodik und Ansatz die drei Rankings einer Kritik unterzogen. Abschließend werden die Rankings miteinander verglichen.**

Forschungsevaluationen sind in der wissenschaftlichen Praxis weiterhin von großer Bedeutung. Sie sind zu einem wichtigen Instrument in der akademischen Selbstverwaltung geworden, indem sie bei Berufungen, der Verteilung von Forschungsgeldern und in der öffentlichen Wahrnehmung eine Rolle spielen können. Evaluationen werden oft in Form eines Rankings vorgenommen, das Forscher und/oder Fakultäten/Institute gemäß vorgegebener Kriterien bewertet. Rankings sind inzwischen ein fester Bestandteil der wissenschaftlichen Literatur (vgl. u.a. Graber et al. 2008, Schulze, Warning und Wiermann 2008, Fitzenberger und Schulze 2014), obwohl es auch Kritiker dieser Praxis gibt (vgl. etwa Oswald 2007; Frey und Rost 2010). In Deutschland ist dies zumindest für die Volkswirtschaftslehre noch ein eher neues Phänomen. Die Internationalisierung der Volkswirtschaftslehre begann erst in den 1980er Jahren, als deutsche Ökonomen anfangen, auch in international angesehenen Fachzeitschriften zu veröffentlichen. Vorher waren die bevorzugten Publikationskanäle vor allem Monographien und Sammelbände (vgl. Krapf und Schläpfer 2012). Mit der Veröffentlichung des ersten Handelsblatt-Rankings 2007 wuchs die Beachtung und Bedeutung von Rankings deutlich (vgl. Hofmeister und Ursprung 2008).

Im September 2015 veröffentlichten die FAZ und das Handelsblatt ihre neusten Ökonomen-Rankings. Ersteres wurde zum dritten Mal seit seiner Einführung 2013 erstellt. Letzteres existiert seit 2007 in nahezu unveränderter Form und erschien zuletzt alle zwei Jahre. Beide Rankings konkurrieren mit dem monatlich erstellten Ranking von RePEc (Research Papers in Economics), das regelmäßig im Internet veröffentlicht wird. Alle drei

Rankings unterscheiden sich nicht nur in ihrer Methodik, sondern auch in der Anzahl der Rankingkriterien deutlich.

Der Artikel vergleicht die Methodik der drei Rankings und schließt damit an einige frühere Artikel, die sich jeweils mit den einzelnen Rankings beschäftigt haben, an.<sup>1</sup> Aufbauend auf der Vorstellung der Methodik und der Ergebnisse, wird jedes einzelne Ranking einer Kritik unterzogen. Diese bezieht sich auf den Rahmen, den sich das Ranking jeweils selbst gegeben hat.

Somit können die Ergebnisse der Rankings eingeordnet und interpretiert werden. Es gibt keine objektiven Rankingkriterien. Der Nutzer dieser Rankings kann im Rahmen der eigenen Ziel- oder Nutzenfunktion die Validität der Ergebnisse prüfen und gewichten. Schließlich sollen die vorliegenden Ergebnisse Anstoß für weitere Diskussionen und Erörterungen innerhalb der Volkswirtschaftslehre bieten.

## Das Ökonomen-Ranking durch das Handelsblatt

### Methodik

Das Ökonomen-Ranking des Handelsblatts gibt es nicht. Die Zeitung veröffentlicht drei verschiedene Rankings: Lebenswerk, aktuelle Forschungsleistung und eine Rangordnung für Nachwuchsforscher unter 40 Jahre. Die Methodik, nach der die Rankings erstellt werden, ist die gleiche, jedoch die Publikationen der Wissenschaftler werden nach verschiedenen Selektionskriterien berücksichtigt. Die Rankings beruhen auf einem einzel-

<sup>1</sup> Vgl. u.a. Seiler und Wohlrabe (2010; 2012) sowie Wohlrabe (2013; 2014; 2015).

nen Kriterium: die qualitäts- und autorengewichtete Auszählung des Forschungsoutputs der Ökonomen. Die Publikationen der teilnehmenden Autoren werden entsprechend einer Zeitschriftenliste gewichtet. Diese Liste umfasst aktuell 1 632 Zeitschriften (2013: 1 517; 2011: 1 320; 2010: 1 265). Die aktuelle Zeitschriftengewichtung entspricht derjenigen aus dem Jahr 2011, die auf einem Aufsatz von Combes und Linnemer (2010) beruht. Dieser Aufsatz stellt einen sehr umfangreichen Ansatz zur Qualitätsgewichtung für Zeitschriften dar, indem eine Art Metaranking, basierend auf mehreren bibliometrischen Informationen (u.a. von Thompson Scientific und Google Scholar), berechnet wird. Detaillierte Informationen zur Methodik lassen sich im angesprochenen Artikel finden. Dort wurde die bisher umfangreichste Bewertung von Zeitschriften vorgenommen, indem für fast alle in EconLit gelisteten Fachzeitschriften ein Rang berechnet wurde. Die Zeitschriften wurden dazu in sieben Gruppen aufgeteilt und mit den Gewichten 1,00 (zehn Zeitschriften), 0,60 (24), 0,30 (46), 0,20 (75), 0,15 (110), 0,10 (165) bzw. 0,05 (1 202) versehen. Zeitschriften, die 2011 noch nicht gerankt waren, wurden mit 0,05 gewichtet. Abschließend findet noch eine Adjustierung für die Autoren statt, indem die Punktzahl durch die Autorenanzahl geteilt wird.

### *Kritik*

Die Kritik betrifft drei Aspekte: die erfasste Forschungsleistung, die Klassifizierung des Forschungsoutputs in Qualitätsklassen sowie die Aktualität der Zuordnung der Fachzeitschriften in diese Klassen.

Trotz der umfangreichen Berücksichtigung von Fachzeitschriften werden weiterhin keine (referierten) Monographien einbezogen. Dies kann zu Verzerrungen führen, da gerade im deutschsprachigen Raum diesbezüglich eine große Tradition herrscht. Dadurch könnten ältere Autoren benachteiligt werden. Auf der anderen Seite wäre es schwierig, in die bestehende Methodik Monographien einzubauen, da keine Gewichte vergeben werden könnten. Es kann jedoch konstatiert werden, dass der Einfluss der Monographien in den letzten Jahren abgenommen hat.<sup>2</sup> Dabei erhöhte auch das Handelsblatt die Tendenz junger Forscher, ihre Ergebnisse eher in Fachzeitschriften zu veröffentlichen.

Die Hauptkritik betrifft die Zeitschriftengewichtung. Wie bereits erwähnt, findet eine Einordnung in sieben Kategorien statt. Diese Form der Einteilung führte, wie schon in den Jahren zuvor, dazu, dass die qualitativen Unterschiede innerhalb der Gruppen verschwinden. Zwar hat jede Form von Kategorisierung mit dem Problem der Vereinfachung zu kämpfen, allerdings lassen sich auf der Website des Han-

delsblatts keine Informationen zur Gruppenzuordnung finden. So kann gefragt werden, inwieweit die Gruppenzuordnung willkürlich erfolgt. Auch Combes und Linnemer (2010) geben keine Erklärung, wie sie die Gruppenaufteilung vornehmen. Darüber hinaus entspricht die Gruppenaufteilung in ihrem Artikel nicht der des Handelsblatts. Es werden dort sechs Kategorien gebildet (AAA, AA, A, B, C und D), jedoch ist die Zuordnung eine andere. Insgesamt wäre eine transparente Erklärung für die Grenzziehung wünschenswert.<sup>3</sup> Ausgehend von den bibliometrischen Fakten, ergeben sich keine natürlichen Grenzen, d.h., die Verteilung der dahinterliegenden Scores des Zeitschriften-Rankings für jede Zeitschrift ist stetig monoton abfallend (vgl. Abb. 1 in Seiler und Wohlrabe 2010). Die relativ starke Gewichtung der A+-Journals mit 1 lässt sich mit den zugrunde liegenden Rankings nicht erklären.

Durch die Gewichtung mit sieben Kategorien ergeben sich bestimmte Anreizwirkungen für Autoren, denn eine Publikation in einer bestimmten Kategorie ergibt die gleiche Punktzahl, unabhängig von der Zeitschrift. Dies wird umso relevanter, je mehr Zeitschriften eine Kategorie umfasst. Nimmt man an, dass ein Autor nur in der Lage ist, in einer bestimmten Kategorie zu publizieren (z.B. B) und seine Handelsblatt-Punkte maximieren möchte, wird er jene Zeitschrift wählen, bei der es am leichtesten ist zu publizieren. Dies wird tendenziell bei niedrig gerankten Zeitschriften oder Journals mit hoher Annahmquote der Fall sein.

Ein dritter Aspekt betrifft die Aktualität des Rankings. Das Ranking von Combes und Linnemer (2010) beruht zum einen auf den Zitierungen des Web of Science (WoS) und zum anderen auf Google Scholar.<sup>4</sup> Die Ergebnisse des Journal Citation Reports des Web of Science gehen mit 50% in das finale Ranking ein, und Google Scholar dient dazu, den Impakt der Zeitschriften, die nicht im SSCI gelistet sind, zu extrapolieren. Hier ergeben sich zwei Probleme: Der Journal Citation Report in Combes und Linnemer (2010) bezieht sich auf das Jahr 2008. Damals waren in der Economics-Kategorie weniger Zeitschriften (304) gelistet als heute. Der aktuelle Report von 2015 listet mittlerweile 333 Zeitschriften. Combes und Linnemer (2010) verweisen darauf, dass die Zitierungen von Google Scholar oft kurzfristigen Schwankungen unterliegen, je nachdem welche Quellen im Internet verfügbar sind. Da das Working Paper im Januar 2010 veröffentlicht wurde, stellt sich die Frage, inwieweit sich die genannten Fakten auf ein aktuelles Ranking auswirken würden.

In Tabelle 1 wird der Zusammenhang zwischen der Zeitschriftengewichtung des Handelsblatts und den Impaktfaktoren des Journal Citation Reports (JCR) sowie von RePEc

<sup>2</sup> Zu den 2 000 meistzitierten Publikationen in RePEc gehören nur wenige Bücher, und diese wurden primär von amerikanischen Autoren verfasst (vgl. <https://ideas.repec.org/top/top.item.nbocites.html>).

<sup>3</sup> Eine Möglichkeit, eine solche Klassifikation vorzunehmen, ist in Hudson (2013) dargestellt.

<sup>4</sup> Vgl. Paludkiewicz und Wohlrabe (2010) für weitere Details bzgl. Zitationsdatenbanken.

**Tab. 1**  
**Korrelationen zwischen verschiedenen Zeitschriftenrankings**

	Handelsblatt	Journal Citation Report	RePEc
Handelsblatt, 2015	1,00		
Journal Citation Report (JCR), 2014	0,50	1,00	
RePEc (August, 2015)	0,73	0,65	1,00

Bemerkungen: Überlappung JCR und Handelsblatt 458 Zeitschriften. Überlappung JCR und RePEc 661 Zeitschriften. Alle Korrelationen sind signifikant (auf dem 5%-Niveau von null verschieden).

Quelle: Berechnungen der Autoren.

dargestellt. Diese geben einen Hinweis, inwieweit die Handelsblatt-Gewichtung noch aktuell ist. Die moderate Korrelation zwischen der Handelsblatt-Liste und dem JCR weist darauf hin, dass das Qualitätsranking des HB nicht mehr komplett demjenigen von 2010 zu entsprechen scheint. Mit Blick auf die Impaktfaktoren von RePEc zeigt sich jedoch eine relativ hohe Korrelation, was wiederum für eine bessere Aktualität spricht.

In Tabelle 2 wird ein weiterer Vergleich durchgeführt. Als Referenzwert ermitteln wir für jede Gewichtungskategorie im Handelsblatt den niedrigsten bzw. zweitniedrigsten Impaktfaktor im JCR und RePEc. Anschließend zählen wir für jede Gewichtungskategorie im Handelsblatt die Anzahl der Zeitschriften, die niedriger gerankt sind, im JCR respektive in RePEc hingegen einen höheren Impaktfaktor aufweisen. In der Kategorie A+ weist das *Journal of Monetary Economics* mit 1,726 den niedrigsten Impaktfaktor im JCR auf. Die Anzahl der Zeitschriften, die im JCR mit einem höheren Impaktfaktor bewertet, in der Handelsblatt-Gewichtung jedoch niedriger gerankt sind, beträgt 85. Dies entspricht einer relativen Häufigkeit von 19%. Den entsprechenden niedrigsten Impaktfaktor in RePEc weist das *Journal of Finance* mit 28,36 auf. Hier sind insgesamt sieben Zeitschriften mit höherem Impaktfaktor niedriger gerankt, was einem

Anteil von 1% entspricht. Werden für A+ die zweitniedrigsten Impaktfaktoren betrachtet – das *Journal of Political Economy* mit 3,593 im JCR und das *Journal of Monetary Economics* mit 31,666 in RePEc – verringert sich die Anzahl schlechter gerankter Zeitschriften mit höherem Impaktfaktor im JCR auf acht und in RePEc auf vier. Bezüglich der anderen Kategorien im Handelsblatt bleibt die teils ad hoc wirkende Kategorisierung der Zeitschriften persistent. Dies wird exemplarisch daran deutlich, dass alle Zeitschriften, die in D gerankt sind, einen in RePEc höheren Impaktfaktor aufweisen als der niedrigste Impaktfaktor der Kategorie C+.

Die kategoriale Gewichtung im Handelsblatt stellt also den Einfluss der Zeitschriften – gemessen an den Impaktfaktoren im JCR und RePEc – verzerrt dar. Es bleibt jedoch anzumerken, dass nicht alle im Handelsblatt gerankte Zeitschriften im JCR und RePEc gelistet sind.

### Das Ökonomen-Ranking der FAZ

#### Methodik

Im Gegensatz zum Ökonomen-Ranking des Handelsblatts beruht das FAZ-Ranking auf der Aggregation von drei verschiedenen Rankings, die die Leistungen auf unterschiedlichen Gebieten messen: Forschung, Medienpräsenz und Politikberatung. Im Bereich Forschung wurden die Zitierungen aus den Jahren 2011 bis 2015 mit Datenstand August 2015 erfasst. Dabei spielte es keine Rolle, in welchem Jahr der Artikel veröffentlicht wurde. Die Zitierungen wurden auf Basis der Forschungsdatenbank Scopus von Elsevier erfasst. Da nur die letzten fünf Jahre berücksichtigt wurden, liegt der Schwerpunkt auf dem aktuellen Einfluss. Die Lebensleistung, d.h. auch Zitierungen vor dieser Periode, ei-

**Tab. 2**  
**Absolute und relative Häufigkeit schlechter gerankter Journals im Handelsblatt-Ranking mit höherem Impaktfaktor im JCR und RePEc**

Kategorie	Anzahl der Beobachtungen		Journal Citation Report				RePEc			
			niedrigster IF		zweit niedrigster IF		niedrigster IF		zweit niedrigster IF	
	JCR	RePEc	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl
A+	10	8	19	85	2	8	1	7	1	4
A	23	21	44	186	41	176	41	259	30	191
B+	45	36	76	288	48	182	81	484	45	267
B	73	61	64	198	62	191	80	427	76	407
C+	97	87	97	203	88	185	81	365	78	350
C	124	132	85	73	85	73	100	316	91	286
D	86	316	–	–	–	–	–	–	–	–

Erläuterungen: Für jede Kategorie der Zeitschriftengewichtung im Handelsblatt-Ranking wurden der niedrigste und der zweitniedrigste Impaktfaktor im JCR und RePEc bestimmt. Anschließend wurden die relativen und absoluten Häufigkeiten der Journals ermittelt, die im Handelsblatt in niedrigeren Kategorien gerankt sind, im JCR bzw. RePEc jedoch einen höheren Impaktfaktor als der entsprechende Referenzwert aufweisen.

Quelle: Berechnungen der Autoren.

nes Wissenschaftlers, wird damit nicht abgebildet. Das zweite Ranking befasst sich mit der Medienpräsenz der Wissenschaftler. Das Schweizer Institut Media Tenor hat für den Zeitraum August 2014 bis Juli 2015 alle Nennungen von Ökonomen in überregionalen deutschen Zeitungen, Fernsehsendungen und Rundfunknachrichten gezählt.<sup>5</sup> Für die Messung der Politikberatung wurde eine Umfrage unter Bundestagsabgeordneten sowie hohen Ministerialbeamten auf Bundes- und Landesebene ermittelt. Diese sollten angeben, welchen Rat von welchen Ökonomen sie am meisten schätzen, wobei sie insgesamt bis zu fünf Personen nennen konnten. Insgesamt zählte die Umfrage 101 Teilnehmer, wovon 98 die Frage nach den Ökonomen beantworteten.

Um in dem aggregierten Ranking gelistet zu werden, musste ein Ökonom zwei Bedingungen erfüllen: Zunächst musste dieser mindestens fünf Medienzitate oder fünf Rangpunkte in der Politikumfrage erzielen. Darüber hinaus mussten mindestens fünf Zitate in Fachzeitschriften aus der Datenbank Scopus vorliegen. Die Ökonomen wurden in jeder Kategorie gerankt. Der jeweils Erstplatzierte erhielt 250 Punkte, alle anderen bekamen gemäß ihrer Leistung proportional ihre Punkte. Das Gesamtranking ergab sich aus der Summe der Punkte der Einzelrankings, wobei das Forschungsranking doppelt gezählt wurde. Das maximal erzielbare Ergebnis waren somit 1 000 Punkte.

### *Kritik*

Die Kritik am FAZ-Ranking bezieht sich zunächst kurz jeweils auf alle drei Einzelrankings. Die Hauptkritik betrifft jedoch die Aggregation zu dem Gesamtranking. Bezüglich des Forschungsrankings können drei Punkte angemerkt werden. Zum einen werden nur die Zitierungen der letzten fünf Jahre berücksichtigt. Dies kann sicherlich diskutiert werden. Dadurch wird der ausdrücklichen Intention der FAZ Rechnung getragen, den aktuellen Einfluss der Ökonomen darzulegen. Dadurch werden jedoch vor allem ältere Forscher benachteiligt, die schon vor diesem Zeitfenster viele Zitierungen auf sich vereinigt haben. Dies führte eventuell dazu, dass der Einfluss, der sich heute in der Politik und in den Medien darstellt, erst aufgebaut werden konnte. Ein zweiter Kritikpunkt ist, dass die Datenbank Scopus Beiträge in Sammelbänden und Büchern nur unzureichend abbildet. Dies wurde bereits in der Handelsblatt-Kritik erwähnt und gezeigt, dass die Bedeutung von Büchern in der Volkswirtschaftslehre eher abgenommen hat. Als dritter Punkt kann kritisiert werden, dass Selbstzitierungen nicht ausgeschlossen werden. Mit Blick auf das Politikranking ist vor allem die geringe Beteiligung zu kritisieren. Nur 101 Politiker und Beamte nahmen an der Umfrage teil. Dies sind noch-

mals weniger als im Vorjahr (157) und 2013 (321). Bezüglich des Medienrankings kann bemerkt werden, dass das Medienset<sup>6</sup> größer sein könnte. Dieses Argument wird jedoch durch praktische Belange (Aufwand und Kosten) begrenzt und unterliegt einer nicht zu verhindernden Subjektivität. Es kann kein objektives Medienset gebildet werden, das für die Anzahl der Zitate herangezogen wird.

Die Auszählung von Medien- und Politikziten kann auch die Anreizwirkung bei den Ökonomen beeinflussen, indem hier die entsprechenden Schwerpunkte gesetzt werden. So ist es denkbar, dass mancher Forscher sehr schnell die Presse informiert, wenn ein neues Forschungspapier vorliegt. Da dieses jedoch dann meist noch nicht den Review-Prozess von Fachzeitschriften durchlaufen hat, ist eine Qualitätsprüfung noch nicht erfolgt. Das gleiche gilt für die Politik, die zu oft nach »Sound Bytes« drängt. Eine Folge davon kann sein, dass die Forschung und deren Betrachtung durch das Publikum und Geldgeber verzerrt werden.

Die Hauptkritik am FAZ-Ranking bezieht sich auf die Aggregation zum Gesamtranking. Die Bedingung, dass ein Ökonom mindestens fünf Punkte im Medien- oder Politikranking erhalten muss, um im Gesamtranking berücksichtigt zu werden, ist problematisch. Wenn Forscher aus dem Forschungsranking ausgeschlossen werden, führt dies zu einer Verzerrung des Forschungsrankings und damit auch zu einer Verzerrung des Gesamtrankings. Insgesamt ist der Schwellenwert von fünf ad hoc gewählt. Per se führt eine Verwendung von Schwellenwerten automatisch zu einem Ausschluss bestimmter Wissenschaftler für ein Ranking. Inwieweit die Wahl des Schwellenwerts die Ergebnisse des aktuellen FAZ-Rankings beeinflusst, ist in Tabelle 3 abgebildet. In dieser zeigen wir ein erstes alternatives Ranking, bei dem ein neuer Schwellenwert für Medienzitate und Politiknennungen in Höhe von zehn festgesetzt wurde. Die Medien- und Politikpunkte bleiben unverändert, da diese jeweils durch den Erstplatzierten (Hans-Werner Sinn) bestimmt werden. Die Wissenschaftspunktzahl muss jedoch angepasst werden, da durch die neuen Schwellenwerte prominente Forscher, wie beispielsweise Ernst Fehr und Bruno Frey, nicht mehr berücksichtigt werden. Die neue Punktzahl für die Wissenschaft ist in der vorletzten Spalte dargestellt. Es zeigt sich, dass diese merklich ansteigen. Durch die alternativen Schwellenwerte und das damit verbundene Ausscheiden einiger Volkswirte sinkt die Anzahl der gelisteten Ökonomen. Als Resultat dessen müssen die ursprünglichen Ränge reskaliert und an den neuen Rankingumfang angepasst werden. Dies wird in der Spalte »FAZ original reskaliert« vorgenommen. Die Ergebnisse zeigen, dass Hans-Werner Sinn seine Spitzenplatzierung behaupten

<sup>5</sup> Dies geht über eine reine Zitatezählung hinaus, d.h., der Name musste in Verbindung mit einer längeren Erklärung stehen, um gezählt zu werden. Dazu musste das Zitat auf rund fünf Zeilen ausgeführt sein.

<sup>6</sup> Es wurden überregionale Zeitschriften und Zeitungen, einige Fernsehsendungen und die 7:00-Uhr-Nachrichten des Deutschlandfunks berücksichtigt.

**Tab. 3**  
**Alternatives FAZ-Ranking I: Schwellenwert Medienzitate**

Name	FAZ neu	FAZ ursprünglich reskaliert	FAZ original	Punkte	Medienpunkte	Politikpunkte	Neu	Original
Sinn, Hans-Werner	1	1	1	663	250	250	82	8
Fratzcher, Marcel	2	2	3	625	184	79	181	19
Edenhofer, Ottmar	3	10	14	525	13	12	250	26
Wagner, Gert	4	14	21	400	9	8	191	20
Feld, Lars	5	5	7	398	58	86	127	13
Fuest, Clemens	6	3	4	383	111	160	56	6
Schmidt, Christoph	7	8	11	294	40	25	114	12
Kempf, Claudia	8	7	10	282	24	56	101	10
Konrad, Kai	9	15	24	273	9	5	129	13
Zimmermann, Klaus	10	17	28	221	11	0	105	11
Hellwig, Martin	11	12	17	211	17	30	82	8
Wieland, Volker	12	16	25	194	14	8	86	9
Bofinger, Peter	13	4	6	184	71	106	4	0
Snower, Dennis	14	13	19	156	16	32	54	6
Haucap, Justus	15	9	13	130	19	56	28	3
Potrafke, Niklas	16	21	34	128	10	5	56	6
Horn, Gustav	17	6	9	116	22	91	1	0
Rocholl, Jörg	18	30	49	94	10	0	42	4
Kritikos, Alexander	19	23	36	93	19	0	37	4
Bonin, Holger	20	18	30	75	22	5	24	2
Krahen, Jan Pieter	21	36	58	73	8	0	33	3
Schmieding, Holger	22	11	16	68	57	8	1	0
Schnabel, Isabel	23	32	52	65	8	5	26	3
Brücker, Herbert	24	27	42	65	16	0	24	3
Wollmershäuser, Timo	25	35	56	62	10	0	26	3
Folkerts-Landau, David	26	25	40	49	20	0	14	1
Möller, Joachim	27	20	33	47	9	17	11	1
Raffelhüschen, Bernd	28	19	32	43	10	17	8	1
Enderlein, Henrik	29	22	35	42	16	8	9	1
Hatzius, Jan	30	39	67	35	10	0	13	1

Quelle: FAZ; Berechnungen der Autoren.

konnte. Jedoch resultiert aus den veränderten Schwellenwerten, dass Ottmar Edenhofer die meisten Wissenschaftspunkte erhält und dadurch auf Platz 3 aufsteigt. Auch andere in der Forschung stark präsente Ökonomen profitieren durch das Ausscheiden von Ernst Fehr durch eine damit einhergehende höhere Forschungspunktzahl, so beispielsweise Gert Wagner oder Kai Konrad.

In Tabelle 4 stellen wir ein weiteres alternatives Ranking – diesmal ohne Schwellenwerte – dar. Somit werden alle Forscher, die mindestens in einem Ranking vertreten sind, berücksichtigt. Dabei fällt auf, dass die Hälfte der in diesem Ranking enthaltenen Platzierten nicht im FAZ-Originalranking gelistet ist, da sie die notwendigen Schwellenwerte in der Rubrik Medien und Politik oder Forschung nicht erreichen konnten. Auch hier zeigt sich, dass Hans-Werner Sinn seinen ersten Platz behalten würde. Auf Platz 5 und 6 sind nun jeweils ein forschungsstarker (Urs Fischbacher) und ein medienwirksamer Ökonom (Michael Hüther) in den Top 10 vertreten. Insgesamt sind aus den 30 neuen besten Volkswirten nur die Hälfte im ursprünglichen Ranking vertreten.

Diese beiden Alternativen zeigen, dass das aktuelle FAZ-Ranking sehr sensitiv auf eine Verwendung bzw. eine Adjustierung von Schwellenwerte reagiert. Je nach Wahl bleibt zwar in diesem Jahr der erste Platz unverändert, in den weiteren Rängen können sich jedoch deutliche Verschiebungen ergeben.

## RePEc

### Methodik

Das RePEc-Netzwerk (Research Papers in Economics, [www.repec.org](http://www.repec.org)) ist ein bibliographischer Service für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung sowie damit verwandten Fächer, wie z.B. der Statistik. Das Netzwerk hat auf der einen Seite das Ziel, möglichst vollständig alle Forschungsergebnisse, die in irgendeiner Form veröffentlicht worden sind, zu sammeln. Auf der anderen Seite lassen sich mit diesen Informationen unterschiedliche Auswertungen, wie z.B. Rankings, erstellen. Ein wichtiger Unterschied zu vielen anderen Ranking-Verfahren besteht darin, dass RePEc auf dem Mitmachprinzip beruht und nicht ein einzel-



**Tab. 4**  
**Alternatives FAZ-Ranking II: Keine Schwellenwerte für einzelne Rankings**

Rang	Name	FAZ original	Medienpunkte	Politikpunkte	Forschungs- punkte	Gesamtpunkte
1	Sinn, Hans-Werner	1	250	250	8	517
2	Fehr, Ernst	2	4	0	250	504
3	Fratzscher, Marcel	3	184	79	19	301
4	Fuest, Clemens	4	111	160	6	283
5	Fischbacher, Urs	–	0	0	127	254
6	Hüther, Michael	–	88	96	0	184
7	Frey, Bruno S.	5	4	0	88	180
8	Bofinger, Peter	6	71	106	0	178
9	Sornette, Didier	–	0	0	88	175
10	Feld, Lars	7	58	86	13	171
11	Frese, Michael	–	0	0	71	143
12	Homburg, Christian	–	0	0	63	126
13	Falk, Armin	8	1	12	55	123
14	Diamantopoulos, Adamantios	–	0	0	61	122
15	Horn, Gustav	9	22	91	0	114
16	Kemfert, Claudia	10	24	56	10	101
17	Schmidt, Klaus	–	0	0	46	91
18	Krämer, Jörg	–	91	0	0	91
19	Schmidt, Christoph	11	40	25	12	89
20	Ockenfels, Axel	12	7	8	32	80
21	Haucap, Justus	13	19	56	3	80
22	Krausmann, Fridolin	–	0	0	39	77
23	Edenhofer, Ottmar	14	13	12	26	77
24	Delbaen, Freddy	–	0	0	38	76
25	Gassmann, Oliver	–	0	0	38	75
26	Wößmann, Ludger	15	5	8	31	75
27	Stutzer, Alois	–	0	0	36	73
28	Hennig-Thurau, Thorsten	–	0	0	36	73
29	Reinartz, Werner	–	0	0	34	69
30	Dreher, Axel	–	0	0	34	68

Quelle: FAZ; Berechnungen des ifo Instituts.

ner Autor oder eine Institution alle relevanten Informationen zusammenträgt. Dieses Prinzip bezieht sich sowohl auf Autoren als auch Verlage, die in gewisser Weise voneinander abhängig sind. Zum einen müssen die Verlage die Metainformationen ihrer Publikationen (Zeitschriftenartikel, Bücher, Buchbeiträge, Working Paper), wie z.B. Autorennamen, Titel, Ausgabe, Seitenzahlen oder Zitierungen, zur Verfügung stellen. Auf der anderen Seite müssen sich Wissenschaftler bei RePEc registrieren und sich ihre Werke zuordnen. Das bedeutet, dass eine eindeutige Zuordnung zu den Autoren erfolgen kann. Mit Hilfe der im Netzwerk verfügbaren Informationen können Rankings für Autoren und Institutionen berechnet werden. Ein potenzieller Nachteil ist jedoch, dass bestimmte Informationen (wie z.B. bestimmte Zeitschriften oder Zitierungen) dem Netzwerk (noch) nicht zur Verfügung gestellt worden sind bzw. aufgrund des Fokus auf die wirtschaftswissenschaftliche Forschung Publikationen aus anderen Fachbereichen nicht erfasst werden.

Auf Basis der im Netzwerk verfügbaren bibliographischen Informationen erstellt RePEc monatlich 37 verschiedene Rankings für registrierte Autoren sowie Institutionen. Als

Grundlage dienen fünf Hauptkategorien: die Anzahl der (registrierten) Arbeiten sowie die Seitenzahlen der Zeitschriftenartikel, die Anzahl der Zitate, die Anzahl der zitierenden Autoren und Zugriffsstatistiken über das RePEc-Netzwerk. Für einige dieser Kategorien werden zusätzliche Gewichtungen mit verschiedenen Qualitätsmerkmalen durchgeführt. Tabelle 5 bietet einen Überblick. Wie dieser Tabelle zu entnehmen ist, werden nicht alle Kombinationen der dargestellten Kriterien und Gewichtungen berechnet. Dies ist zum einen nicht immer sinnvoll (z.B. die Gewichtung der Downloads mit Impaktfaktoren), zum anderen sollen gewisse Kriterien bei der Berechnung des Durchschnittsrangs ein höheres Gewicht bekommen. Dies ist insbesondere bei den Zitierungen der Fall, die für 25 der 37 Rankings die Grundlage bilden und damit das Hauptqualitätsmerkmal darstellen. Die Qualitätsgewichtung erfolgt mit Hilfe verschiedener Impaktfaktoren.

Die von RePEc berechneten Impaktfaktoren unterscheiden sich gegenüber den »offiziellen« Impaktfaktoren aus dem JCR dahingehend, dass letztere nur die Anzahl der Artikel aus den vergangenen beiden Jahren zugrunde legt. Kon-

kret berechnet wird der Impaktfaktor, indem man die Anzahl der Zitate im Jahr  $t$  der Artikel aus den Jahren  $t - 1$  und  $t - 2$  durch die Anzahl der erschienenen Artikel in den Jahren  $t - 1$  und  $t - 2$  teilt. Ein Impaktfaktor größer 1 bedeutet damit, dass mehr Zitate der Artikel aus den vergangenen zwei Jahren existieren, als Artikel in diesem Zeitraum publiziert wurden. Es existieren zudem Impaktfaktoren, die mehr als zwei Jahre einbeziehen, am weitesten verbreitet ist jedoch die o.g. Berechnungsweise. Der wesentliche Unterschied von RePEc gegenüber den »offiziellen« Impaktfaktoren ist, dass für jede Zeitschrift und Working-Paper-Reihe ein entsprechender Wert berechnet wird. Ein Vergleich ist jedoch nur bedingt möglich, da die Impaktfaktoren von RePEc keiner zeitlichen Begrenzung unterliegen und zudem Zitate aus nicht-gelisteten Quellen im RePEc bzw. anderen Disziplinen nicht erfasst werden. Ein weiterer Unterschied in der Berechnung der Impaktfaktoren besteht darin, dass Selbstzitationen von Zeitschriften (dies muss nicht notwendigerweise vom gleichen Autor erfolgen) nicht berücksichtigt werden.

Für jede der in Tabelle 5 gelisteten Kombinationen wird ein Wert für jeden Autor berechnet und, basierend darauf, ein Ranking erstellt. Diese Rankings bilden die Grundlage für das Gesamtranking. Dazu wird jeweils für jeden Autor die beste und schlechteste Platzierung herausgenommen und aus den Verbleibenden der Durchschnittsrank mit Hilfe des harmonischen Mittels gebildet. Nicht berücksichtigt werden dabei die Anzahl der Arbeiten insgesamt. Die Durchschnittsränge werden dann aufsteigend sortiert und ergeben das Gesamtranking (für weitere Informationen

über RePEc vgl. Seiler und Wohlrabe 2012 und Zimmermann 2013).

**Kritik**

Wie der Tabelle 5 zu entnehmen ist, spielen Zitierungen eine entscheidende Rolle. In 25 von 37 Rankings finden sie direkt oder indirekt, z.B. über verschiedene Impaktfaktoren, Verwendung. Innerhalb von RePEc gibt es drei Arten, wie die Zitierungen erfasst werden. Zunächst versucht die Website automatisch, die Zitate aus den verfügbaren PDF-Dateien auszulesen und zuzuordnen. Dies scheitert oft daran, dass viele Artikel nicht frei verfügbar sind. Als zweite Möglichkeit können die Verlage die Zitierungen zur Verfügung stellen. Dies geschieht jedoch auch nur eingeschränkt. Schließlich können auch die Autoren die Zitate von Artikeln über ein Webformular hochladen. Ende November 2015 waren für knapp 1,2 Mio. Zeitschriftenartikel rund 300 000 (25%) die Zitationen erfasst. Daraus folgt zunächst, dass die Impaktfaktoren nicht korrekt abgebildet werden. Es ist jedoch nicht klar, ob die relative Rangfolge dadurch beeinflusst worden ist. Das gleiche gilt auch für die Anzahl der Zitate für die Autoren. Die Rankings die direkt oder indirekt von den Zitaten bestimmt werden, und, daraus folgend, auch das Gesamtranking sind somit verzerrt. Die Richtung der Verzerrung kann jedoch nicht festgestellt werden.

Zimmermann (2013) hat ausgeführt, dass die Zugangsstatistiken (Abstract Views und Downloads) eines Artikels die Attraktivität von vergangenen und gegenwärtigen Forschungsfragen darstellt. Daraus folgt, dass höhere Zugriffs-

**Tab. 5**  
**Übersicht der erstellten Rankings in RePEc**

		ohne weitere Gewichtung	Einfacher Impaktfaktor	Rekursiver Impaktfaktor	Anzahl der Autoren	Anzahl der Autoren + einfacher Impaktfaktor	Anzahl der Autoren + rekursiver Impaktfaktor
Arbeiten	Insgesamt	X					
	unterschiedliche Arbeiten	X	X	X	X	X	X
Zitierungen	Insgesamt	X	X	X	X	X	X
	diskontiert nach dem Veröffentlichungsjahr	X	X	X	X	X	X
zitierende Autoren	Insgesamt	X					
	Gewichten mit dem Autorenrang	X					
Seitenzahlen		X	X	X	X	X	X
Zugriffe über RePEc	Abstract Views	X			X		
	Downloads	X			X		
Indizes	h-Index	X					
	Closeness	X					
	Betweenness	X					
	Stärke der eigenen Doktoranten	X					
	Zitationen in NEP-Reports	X					

Quelle: RePEc; Darstellung des ifo Instituts.

statistiken potenziell zu einem höheren Impact führen, z.B. auf die zukünftige Forschung oder die öffentliche Diskussion. Dazu bemerkten Seiler und Wohlrabe (2012) zwei Punkte. Zum einen werden Downloads gezählt, die in vielen Fällen keine sind. Der Download-Button für Zeitschriftenartikel führt meist auf die Verlagswebseite. Dort muss der Artikel dann oft käuflich erworben werden. Es ist fraglich, ob dies wirklich immer der Fall ist. Es ist also davon auszugehen, dass die angegebenen Downloadzahlen überschätzt sind. Bezüglich des allgemeinen Einflusses sind sie auf der anderen Seite auch unterschätzt. Der Nutzer ist nämlich frei in der Wahl der Website, von der er, insbesondere Working Papers, herunterladen kann. Dies kann über eine Suchmaschine oder direkt beim Verlag oder der Institution erfolgen.

Zimmermann (2013) sowie Seiler und Wohlrabe (2012) zeigen, dass die (Rang-)Korrelationen zwischen den einzelnen Rankings teilweise sehr hoch sind. Dies gilt insbesondere für sehr ähnliche Kategorien.<sup>7</sup> Dies impliziert, dass, wenn ein Autor in bestimmten Kategorien sehr gut ist, er auch in den ähnlich gelagerten Kategorien sehr gut ist. Zusammen mit der Aggregationsmethode des harmonischen Mittels ergibt sich eine entscheidende Konsequenz: Es bietet Wissenschaftlern die Möglichkeit, mit Spitzenleistungen in einzelnen Bereichen im Gesamtranking sehr weit nach oben zu kommen.<sup>8</sup> Dies kann z.B. mit reiner Masse geschehen, z.B. unzählige Arbeitspapiere in niedrig gerankten Working-Paper-Reihen oder Zeitschriften zu veröffentlichen oder eines oder zweier Papiere, die z.B. aufgrund des Matthäus-Effekts<sup>9</sup> extrem oft zitiert werden, und schließlich durch sehr hohe Zugriffsstatistiken für wenige Arbeiten.

## Schlussbemerkungen

Der Beitrag betrachtet kritisch die drei wichtigsten Rankings für Ökonomen im deutschsprachigen Raum: das Handelsblatt-Ranking, das Ranking der FAZ und das RePEc-Ranking. Der Hauptunterschied liegt vor allem in den gewählten Kriterien zur Beurteilung von Wissenschaftlern. Es wurde gezeigt, dass jedes Ranking im Rahmen seiner selbstgewählten Methodik Schwächen aufweist. Dies sollte berücksichtigt werden, falls die Rankings für die Be-

urteilung (z.B. Berufungen oder Vergabe von Forschungsgeldern) herangezogen werden.

## Literatur

Birkmaier, D. und K. Wohlrabe (2014), »The Matthew effect in economics reconsidered«, *Journal of Informetrics* 8(4), 880–889.

Combes, P.-P. und L. Linnemer (2010), »Inferring Missing Citations: A Quantitative Multi-Criteria Ranking of all Journals in Economics«, Working Papers halshs-00520325, HAL.

Fitzenberger, B. und U. Schulze (2014), »Up or Out: Research Incentives and Career Prospects of Postdocs in Germany«, *German Economic Review* 15(2), 287–328.

Frey, B.S. und K. Rost (2010), »Do rankings reflect research quality?«, *Journal of Applied Economics* 13, 1–38.

Graber, M., A. Launov und K. Wälde (2008), »Publish or Perish? The Increasing Importance of Publications for Prospective Economics Professors in Austria, Germany and Switzerland«, *German Economic Review* 9, 457–472.

Hofmeister, R. und H.W. Ursprung (2008), »Das Handelsblatt Ökonomen-Ranking 2007: Eine kritische Beurteilung«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 9(3), 254–266.

Hudson, J. (2013), »Ranking journals«, *The Economic Journal* 123(570), F202–F222.

Krapf, M. und J. Schläpfer (2012), »How Nobel Laureates Would Perform In The Handelsblatt Ranking«, *Regional und Sectoral Economic Studies* 12(3), 47–56.

Oswald, A.-J. (2007), »An Examination of the Reliability of Prestigious Scholarly Journals: Evidence and Implications for Decision-Makers«, *Economica* 74(293), 21–31.

Paludkiewicz, K. und K. Wohlrabe (2010), »Qualitätsanalyse von Zeitschriften in den Wirtschaftswissenschaften – über Zitationsdatenbanken und Impaktfaktoren im Online-Zeitalter«, *ifo Schnelldienst* 63(21), 18–28.

Schulze, G.G., S. Warning und C. Wiermann (2008), »What and How Long Does It Take to Get Tenure? The Case of Economics and Business Administration in Austria, Germany and Switzerland«, *German Economic Review* 9(4), 473–505.

Seiler, Chr. und K. Wohlrabe (2010), »Eine Anmerkung zur Zeitschriftengewichtung im Handelsblatt-Ranking 2010«, *ifo Schnelldienst* 63(6), 38–39.

Seiler, Chr. und K. Wohlrabe (2012), »Ranking economists on the basis of many indicators: An alternative approach using RePEc data«, *Journal of Informetrics* 6(2), 389–402.

Wohlrabe, K. (2013), »Einige Anmerkungen zum Handelsblatt-Ranking 2013«, *ifo Schnelldienst* 66(23), 79–83.

Wohlrabe, K. (2014), »Eine Kritik des FAZ-Ökonomenrankings 2013«, *ifo Schnelldienst* 67(13), 63–67.

Wohlrabe, K. (2015), »Einige Anmerkungen zum FAZ-Ökonomenranking 2014«, *ifo Schnelldienst* 68(9), 24–27.

Zimmermann, C. (2013), »Academic rankings with RePEc«, *Econometrics* 1(3), 249–280.

<sup>7</sup> So liegt z.B. die Korrelation zwischen der Anzahl der Arbeiten und Anzahl der Arbeiten gewichtet mit der Anzahl der Autoren bei 0,96; die entsprechende Rangkorrelation sogar bei 0,99.

<sup>8</sup> Dies sei an einem fiktiven Beispiel erläutert. Angenommen es werden für 30 000 Wissenschaftler 30 Rankings erstellt. Für alle Rankings sei zunächst angenommen, dass die Platzierungen alle gleich sind, d.h. der beste Wissenschaftler ist überall auf Platz 1. Nun tauschen wir die Rangpositionen vom ersten und letzten für fünf Rankings. Für die restlichen 25 Rankings verbleibt der bisher Letztplatzierte jedoch auf dem letzten Platz. Durch das harmonische Mittel verbessert sich dieser Wissenschaftler auf den 6. Gesamtplatz. Der bisherige Spitzenreiter verbleibt hingegen weiterhin auf dem 1. Platz.

<sup>9</sup> Der Matthäus-Effekt in der Wissenschaft besagt, dass Artikel nicht nur aufgrund ihres wissenschaftlichen Einflusses zitiert werden, sondern auch wegen der Tatsache, dass sie bereits sehr häufig zitiert wurden (vgl. Birkmaier und Wohlrabe (2014) für weitere Erläuterungen und Referenzen).

Das Klima in der Weltwirtschaft hat sich leicht verbessert. Der ifo Indikator stieg im zweiten Quartal von 87,8 auf 90,5 Punkte und näherte sich damit seinem langfristigen Durchschnitt von 96,0 Punkten (vgl. Abb. 1). Zwar verschlechterten sich die Beurteilungen der Experten zur Lage leicht. Ihre Erwartungen waren jedoch positiver als im Vorquartal. Die WES-Experten gehen in diesem Jahr für die Welt von 2,0% Wirtschaftswachstum aus. Die weltwirtschaftliche Erholung bleibt also moderat. In nahezu allen Regionen kam aber die zuvor beobachtete konjunkturelle Abwärtsbewegung zum Erliegen. In Nordamerika ist die Erholungstendenz besonders ausgeprägt. Der Indikator übertraf wieder seinen langfristigen Durchschnitt. In Asien stabilisierte sich der Index auf einem niedrigen Niveau. In Europa sank er, blieb aber weiterhin über seinem langfristigen Mittelwert. In allen anderen Regionen dagegen liegt der Indikator trotz der Verbesserungen weiterhin unter dem jeweiligen Durchschnitt, insbesondere in Lateinamerika und den GUS-Staaten (vgl. Abb. 3). Nach Ansicht der Experten werden sowohl die kurz- als auch die langfristigen Zinsen in den nächsten sechs Monaten in den USA steigen, in Europa weitgehend stabil bleiben und in Asien, insbesondere in China, Japan und Indien, sinken. Der Kurs des US-Dollar dürfte im Lauf der nächsten sechs Monate tendenziell zulegen.

### Die wichtigsten Ergebnisse

- Die Konjunkturerwartungen für die kommenden sechs Monate sind wieder positiver.
- Es wird ein leichter Anstieg der Inflation erwartet.
- Es werden unterschiedliche Zinstendenzen erwartet.
- Der US-Dollar dürfte weiter im Kurs steigen.

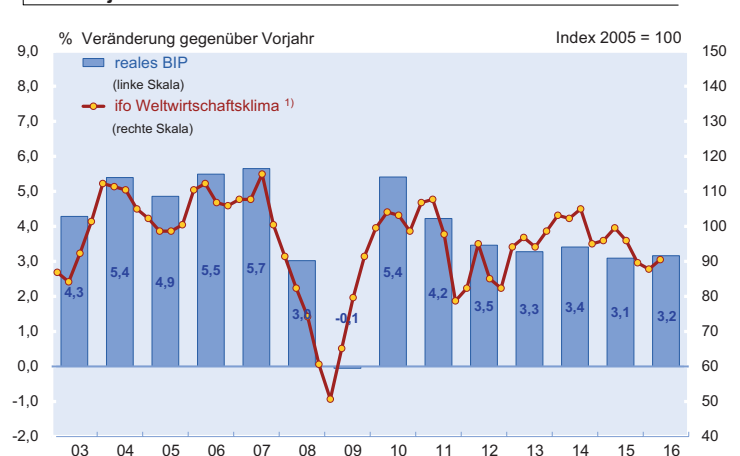
### Konjunkturentwicklung in den Weltregionen

Die Stimmung der Wirtschaft im Euroraum lässt nach. Der ifo Index sank im zweiten Quartal weiter, von 118,9 auf 112,7 Punkte (vgl. Abb. 2). Damit bleibt

er aber weiterhin über seinem langfristigen Durchschnitt. Zur Verschlechterung des Wirtschaftsklimas trugen sowohl die weniger günstige Lage als auch die etwas skeptischeren Erwartungen bei. Das Wirtschaftswachstum wird der Umfrage zufolge in diesem Jahr 1,6% betragen (vgl. Tab. 2). Eine durchgreifende konjunkturelle Erholung im Euroraum lässt weiter auf sich warten. Am positivsten beurteilt wurde die Lage weiterhin in Deutschland und Irland, wenn auch mit geringen Abstrichen gegenüber der vorangegangenen Umfrage. Am ungünstigsten fielen die Urteile in Griechenland und Finnland aus, trotz einer leichten Verbesserung im Vergleich zum Vorquartal. Im Mittelfeld rangieren Belgien, die Niederlande, Lettland

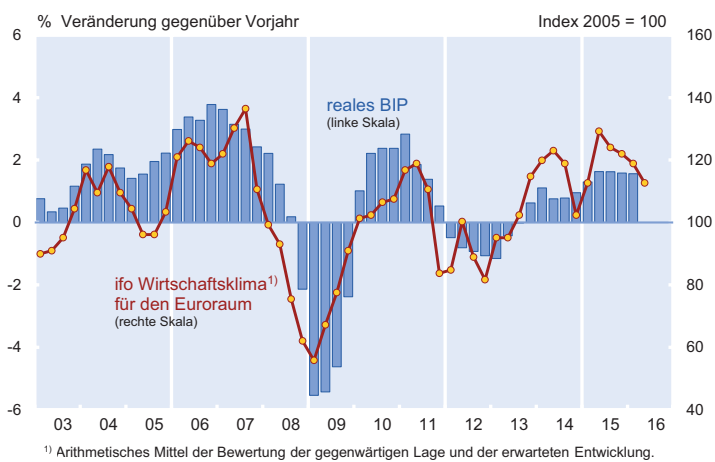
<sup>1</sup> Im April 2016 hat das ifo Institut zum 132. Mal seine weltweite Umfrage »Ifo World Economic Survey« – kurz WES – bei 1 078 Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen in 116 Ländern durchgeführt. Die Aufgabe des WES ist es, vierteljährlich ein möglichst aktuelles Bild über die Wirtschaftslage sowie Prognosen für wichtige Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu liefern. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik, die in erster Linie auf quantitativen (in Werteinheiten messbaren) Informationen aufbaut, werden beim WES qualitative Informationen – Urteile und Erwartungen von Wirtschaftsexperten – abgefragt. Während amtliche Statistiken auf internationaler Ebene oft nur mit großen Zeitverzögerungen erhältlich sind, zeichnen sich die WES-Umfrageergebnisse durch ihre hohe Aktualität und internationale Vergleichbarkeit aus. Gerade in Ländern, in denen die amtliche Statistik auf einer unsicheren Datenbasis steht, sind die von Wirtschaftsexperten vor Ort abgegebenen Urteile und Erwartungen von besonderer Bedeutung.

Abb. 1  
Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima



<sup>1</sup> Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.  
Quellen: IWF, World Economic Outlook April 2016; Ifo World Economic Survey (WES) II/2016.

**Abb. 2**  
**Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für den Euroraum**

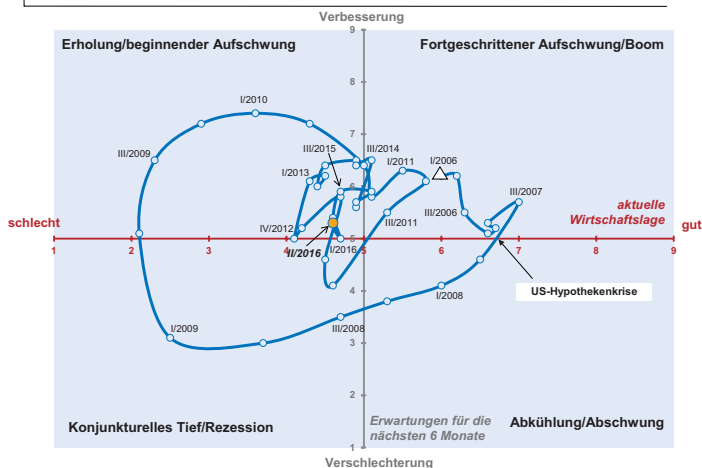


Quelle: Eurostat, Ifo World Economic Survey (WES) II/2016.

**Box 1**  
**ifo Konjunkturuhr und das ifo Weltwirtschaftsklima**

Die ifo Konjunkturuhr für das ifo Weltwirtschaftsklima verdeutlicht die aktuelle Datenkonstellation im globalen Konjunkturzyklus. Nach den jüngsten Ergebnissen im April begann der ifo Indikator für die Weltwirtschaft wieder zu steigen. Während sich die Einschätzungen zur derzeitigen Wirtschaftslage geringfügig verschlechterten, hellten sich die Erwartungen etwas auf. Im Ergebnis vollzog der Indikator eine Aufwärtsbewegung im Erholungsquadranten. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Wende in Richtung Erholung verfestigt.

**ifo Konjunkturuhr: Weltwirtschaft**



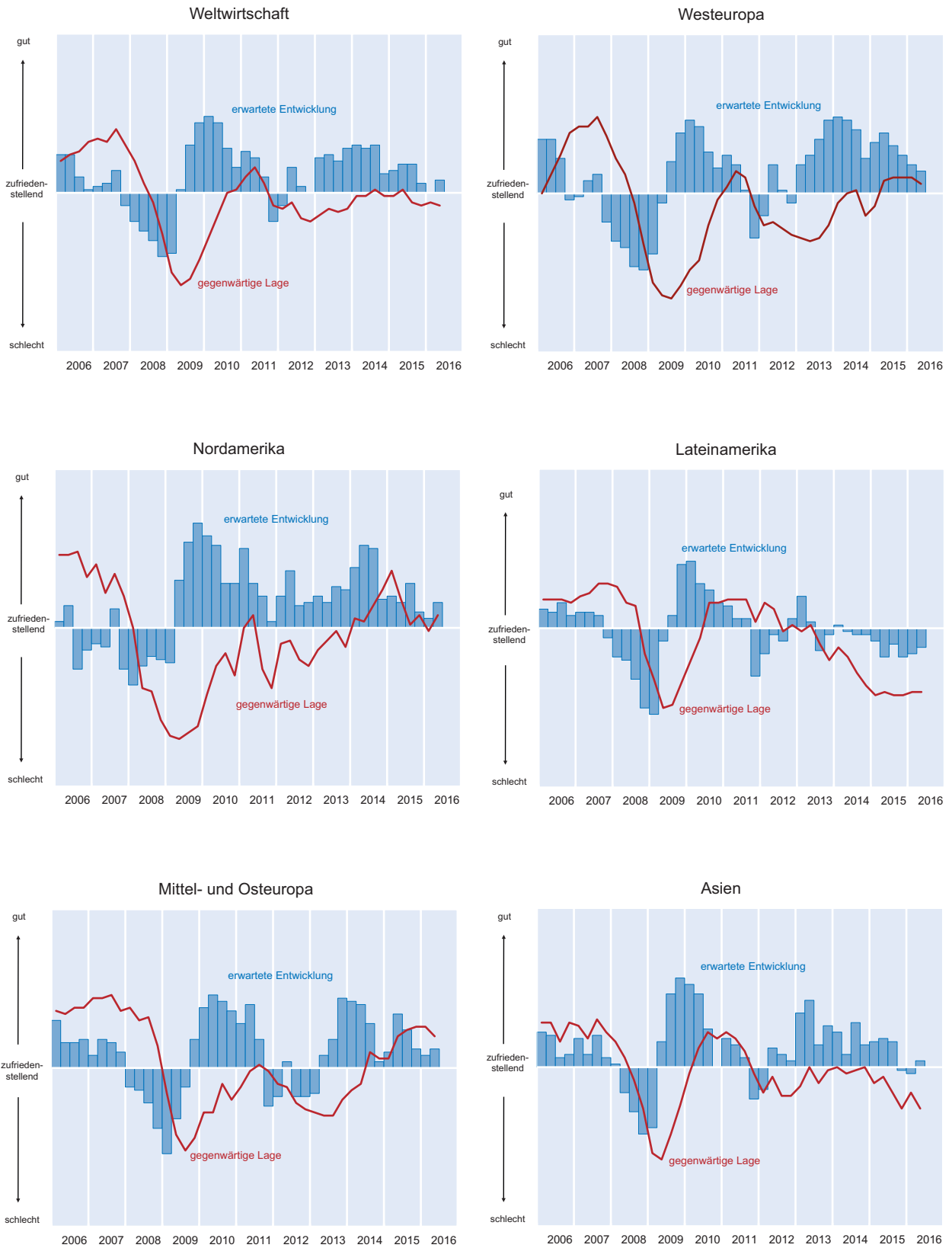
Das ifo Weltwirtschaftsklima ist das arithmetische Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung in den nächsten sechs Monaten. Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten des Weltwirtschaftsklimas kann in einem Vierquadrantenschema dargestellt werden (»ifo Weltkonjunktur«). Auf der Abszisse der Konjunkturuhr werden die Meldungen der befragten WES-Experten zur gegenwärtigen Lage aufgetragen, auf der Ordinate die Antworten zur erwarteten Entwicklung. Durch das Fadenkreuz der beiden Linien, die nach der WES-Werteskala eine zufriedenstellende Beurteilung der Lage (5) bzw. eine unveränderte Einschätzung der Erwartungen (5) markieren, wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, die die vier Phasen der Weltkonjunktur definieren.

und *Litauen* mit jeweils leichten Einbußen, sowie *Estland*, *Slowenien* und die *Slowakei* mit einer nahezu unverändert zufriedenstellenden Situation. Von den Ländern im unteren Drittel der konjunkturellen Entwicklung verschlechterte sich die Lage erneut in *Italien*, *Portugal*, *Spanien* und *Österreich*. Auch für *Frankreich* überwiegen trotz einer leichten Besserung weiterhin die negativen Bewertungen. Die wirtschaftlichen Aussichten für das kommende halbe Jahr sind in den meisten Ländern positiv, wenn auch etwas weniger als noch vor drei Monaten. Lediglich für *Griechenland*, *Portugal*, *Spanien*, und in diesem Quartal auch für *Lettland*, sind die WES-Experten weiterhin pessimistisch gestimmt. Die Dynamik des konjunkturellen Aufschwungs dürfte damit insgesamt verhalten bleiben. Für 2016 rechnen die Experten mit einem Anstieg der Inflationsrate auf 0,8% im *Euroraum*. Mittelfristig (2021) liegen die Inflationserwartungen mit 1,8% nur leicht niedriger als im Vorquartal (1,9%, vgl. Tab. 3).

Bis auf *Dänemark* und die *Schweiz*, verbesserte sich das Wirtschaftsklima in den Ländern **Westeuropas außerhalb des Euro-raums**. In *Dänemark* verschlechterte sich die allgemeine Wirtschaftslage stark und wird nun als ungünstig angesehen. Die Konjunkturerwartungen dagegen zeugen weiterhin von Zuversicht in den kommenden Monaten. In der *Schweiz* blieben die Urteile zur aktuellen Lage unter der Zufriedenheitslinie. Der Sechsmontatsausblick ist weniger positiv als vor drei Monaten. Die *schwedischen* WES-Experten bescheinigten einstimmig eine gute derzeitige wirtschaftliche Verfassung. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten sechs Monaten äußerten die befragten Experten etwas weniger Zuversicht als im Januar. Die gute wirtschaftliche Lage dürfte dennoch anhalten. Im *Vereinigten Königreich* berichteten die Umfrageteilnehmer von einer zufriedenstellenden Wirtschaftslage, die sich auch im nächsten halben Jahr weiter verfestigen dürfte. In *Norwegen* bewerten die WES-Experten die aktuelle Lage weiterhin als ungünstig. Die Konjunkturaussichten hellten sich in diesem Quartal etwas auf, jedoch bleiben die Experten hinsichtlich der nächsten sechs Monate vorsichtig gestimmt.



Abb. 3  
Wirtschaftliche Situation



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) II/2016.

**Tab. 1**  
**Rangfolge der drei bedeutendsten wirtschaftlichen Probleme**

	Welt	West-europa	Nord-amerika	Latein-amerika	Ozeanien	Asien	Naher Osten	Afrika	Mittel- u. Osteuropa	GUS
Mangelndes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung	1,5	2	2,5	2,5	1,5	2		3	1	3,5
Unzureichende Nachfrage	1,5	3			3	1	1			2
Arbeitslosigkeit		1						1		
Mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit	2,5		2,5		1,5	3				
Mangel an Fachkräften									2	
Haushaltsdefizite	2,5		1	2,5			3			
Kapitalknappheit							2			3,5
Korruption				1				2	3	1

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) II/2016.

Der Wirtschaftsklimaindikator für Nordamerika begann wieder zu steigen und übertraf mit 93,7 Punkten seinen langfristigen Durchschnitt (90,7 Punkte). Die Einschätzungen sowohl zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage als auch zu den wirtschaftlichen Erwartungen sind positiver als noch vor drei Monaten. Vor allem in *Kanada* verbesserte sich die wirtschaftliche Situation stark und schwenkte wieder in ein zufriedenstellendes Terrain. Auch die Sechsmonatsaussichten hellten sich merklich auf. Den WES-Experten zufolge sind die derzeit wichtigsten wirtschaftlichen Probleme des Landes mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit und hohe öffentliche Defizite. Letzteres ist auch das drängendste Problem in den *USA* (vgl. Tab. 1), wo die WES-Ergebnisse insgesamt auf eine moderate Erholung hindeuten. Beide Teilindikatoren – die derzeitige wirtschaftliche Lage und die Erwartungen – fielen positiver aus als vor drei Monaten. Dies ist im Einklang mit einem moderaten BIP-Wachstum von 2,3%, wie von den WES-Experten für das Jahr 2016 prognostiziert (vgl. Tab. 2).

Der Wirtschaftsklimaindikator für Asien fiel geringfügig von 78,9 auf 78,1 Indexpunkte und bleibt weit unter seinem langfristigen Durchschnitt von 92,5 Punkten. Während die derzeitige wirtschaftliche Lage schlechter beurteilt wurde, sind die Konjunkturerwartungen dagegen leicht nach oben revidiert worden. Zu wenig Nachfrage und fehlendes Vertrauen in die staatliche Wirtschaftspolitik wurden als die wichtigsten wirtschaftlichen Probleme der Region zitiert (vgl. Tab. 1). Die durchschnittliche BIP-Wachstumsprognose für das Jahr 2016 von 2,9% bedeutet eine erhebliche Verlangsamung im Vergleich zum Wert der Vorjahresumfrage, in der die WES-Experten ein Wachstum von 3,6% für das Jahr 2015 erwarteten (vgl. Tab. 2). In *China* änderte sich die wirtschaftliche Lage nicht und wurde weiterhin als ungünstig beurteilt. Vor allem Bau- und Ausrüstungsinvestitionen werden derzeit als zu niedrig eingestuft. Der Sechsmonatsausblick hellte sich zwar deutlich auf, aber es gibt immer noch keine Anzeichen für eine durchgreifende Verbesserung in den kommenden Monaten. Nachdem sich das Wirtschaftsklima für *Japan* im ersten Quartal aufgehellt hatte, trübte es

sich wieder etwas ein. Sowohl die Einschätzungen zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage als auch die Erwartungen wurden nach unten revidiert. Auch in Bezug auf die nächsten sechs Monate sind die WES-Experten skeptischer geworden. Die anstehende Entscheidung des japanischen Premierministers darüber, ob die Verbrauchssteuer auf 10% im April 2017 erhöht werden soll, wurde vertagt. In *Hongkong* und *Südkorea* verschlechterte sich die gegenwärtige wirtschaftliche Situation weiter und wird nun als ungünstig angesehen. Dies gilt auch für *Malaysia* und *Pakistan*, auch wenn in diesen Ländern eine gewisse Verbesserung im Vergleich zur vorherigen Umfrage zu beobachten war. Die Konjunkturerwartungen hellten sich in der Mehrheit dieser Länder etwas auf, vor allem in *Hongkong*. Dennoch bleibt der Ausblick für *Hongkong*, *Malaysia* und *Südkorea* getrübt und ist nur für *Pakistan* positiv. Für *Taiwan* ist die BIP-Wachstumsprognose von 1,5% für das Jahr 2016 – neben derjenigen von *Japan* (0,6%) – bei weitem eine der niedrigsten in *Asien* (vgl. Tab. 2). Somit ist nicht überraschend, dass *Taiwan* die schlechteste Bewertung auf der WES-Skala für die gegenwärtige wirtschaftliche Situation erhielt. Die Beurteilungen für *Sri Lanka* und *Thailand* sind nur geringfügig besser. Doch was die nächsten sechs Monate betrifft, dürfte eine allmähliche Erholung in allen diesen Ländern einsetzen. Hierauf deuten die Konjunkturerwartungen, die auf der positiven Seite bleiben, wenn auch im Falle von *Thailand* weniger stark ausgeprägt als in der vorangegangenen Erhebung. In den übrigen *asiatischen* Ländern ist die Wirtschaftsleistung deutlich positiver als im regionalen Gesamtdurchschnitt: in *Indien*, *Indonesien* und *Singapur* herrscht derzeit eine zufriedenstellende wirtschaftliche Situation, die in den kommenden Monaten voraussichtlich anhalten dürfte. In *Bangladesch* und den *Philippinen* wurde die gegenwärtige Lage günstiger beurteilt als in der Januar-Umfrage. Die wirtschaftlichen Aussichten bleiben in beiden Ländern nach wie vor recht positiv.

Gemeinsam mit *Westeuropa* ist *Mittel- und Osteuropa* eine der wenigen Regionen, in denen der Wirtschaftsklimaindikator in diesem Quartal fiel. Er sank geringfügig von 93,0

**Tab. 2**  
**Wachstumserwartungen des realen Bruttoinlandsprodukts für 2016 und 2015**  
**(in %, Stand April 2016 und April 2015)**

Region	2016	2015	Region	2016	2015
<b>Durchschnitt der Länder<sup>a)</sup></b>	<b>2,0</b>	<b>2,3</b>	<b>Lateinamerika</b>	<b>- 0,2</b>	<b>1,3</b>
EU (28 Länder)	1,8	1,7	Argentinien	- 0,8	- 0,6
EU (alte Mitglieder) <sup>b)</sup>	1,6	1,6	Bolivien	4,5	4,7
EU (neue Mitglieder) <sup>c)</sup>	2,8	2,5	Brasilien	- 3,6	- 0,9
Euroraum <sup>d)</sup>	1,6	1,5	Chile	1,6	2,8
<b>Westeuropa</b>	<b>1,6</b>	<b>1,6</b>	Costa Rica	(4,2)	-
Belgien	1,2	1,1	Dominikanische Republik	5,5	4,5
Dänemark	1,3	1,7	Ecuador	- 0,5	3,0
Deutschland	1,6	1,7	El Salvador	1,8	2,2
Finnland	0,8	0,5	Guatemala	3,8	4,0
Frankreich	1,3	0,9	Kolumbien	2,6	3,4
Griechenland	- 0,6	0,8	Kuba	(3,0)	-
Irland	5,0	3,4	Mexiko	2,3	2,7
Italien	1,0	0,6	Paraguay	3,2	4,0
Luxemburg	3,4	2,8	Peru	3,5	3,2
Malta	(3,5)	-	Trinidad und Tobago	(- 2,0)	(0,5)
Monaco	4,8	4,0	Uruguay	0,9	2,8
Niederlande	1,8	1,7	Venezuela	- 14,6	- 4,2
Norwegen	1,4	1,8	<b>Nordamerika</b>	<b>2,1</b>	<b>2,5</b>
Österreich	1,4	0,9	Kanada	1,7	2,0
Portugal	1,4	1,6	USA	2,3	2,7
Schweden	3,0	2,5	<b>Ozeanien</b>	<b>2,3</b>	<b>2,0</b>
Schweiz	1,0	0,8	Australien	2,3	1,8
Spanien	2,4	2,2	Neuseeland	2,4	2,9
Vereinigtes Königreich	1,8	2,6	<b>Naher Osten</b>	<b>3,9</b>	<b>3,3</b>
Zypern	2,0	- 0,2	Israel	2,6	2,8
<b>Mittel- und Osteuropa</b>	<b>2,8</b>	<b>2,4</b>	Jordanien	(3,5)	(1,0)
Albanien	(2,8)	2,8	Libanon	(1,5)	2,8
Bosnien und Herzegowina	2,0	1,9	Katar	(4,9)	-
Bulgarien	2,1	1,4	Türkei	3,5	3,5
Estland	2,2	2,6	Vereinigte Arab. Emirate	4,3	4,0
Kosovo	3,4	3,3	<b>Afrika</b>	<b>2,9</b>	<b>3,8</b>
Kroatien	1,5	0,4	<b>Nördliches Afrika</b>	<b>2,8</b>	<b>3,5</b>
Lettland	2,4	2,0	Ägypten	3,7	3,9
Litauen	2,9	2,5	Algerien	2,3	2,9
Mazedonien	3,3	3,5	Marokko	3,0	4,3
Polen	3,6	3,1	Tunesien	1,7	3,3
Rumänien	3,2	2,4	<b>Subsaharisches Afrika</b>	<b>3,0</b>	<b>4,0</b>
Serbien	1,7	(0,0)	Angola	(1,8)	(2,8)
Slowakei	3,0	2,9	Benin	5,8	6,2
Slowenien	1,8	2,2	Burundi	- 5,0	(0,0)
Tschechien	2,5	2,2	Cabo Verde	2,2	1,9
Ungarn	2,1	2,3	Elfenbeinküste	(8,0)	8,5
<b>GUS</b>	<b>- 0,4</b>	<b>- 2,5</b>	Gambia	2,6	(4,6)
Kasachstan	0,7	2,2	Kenia	5,7	5,5
Kirgisien	2,5	3,0	Kongo Dem. Rep.	7,4	9,1
Russland	- 1,1	- 2,9	Kongo Republik	5,3	5,8
Ukraine	0,7	- 4,9	Lesotho	3,0	3,7
Usbekistan	(3,0)	-	Liberia	2,3	(- 1,0)
<b>Asien</b>	<b>2,9</b>	<b>3,6</b>	Madagaskar	3,8	4,8
Bangladesch	6,6	6,0	Malawi	(5,0)	(4,0)
China	6,2	6,8	Mauretanien	2,5	4,8
Hongkong	1,8	2,8	Mauritius	3,6	4,4
Indien	7,4	7,4	Namibia	4,4	4,9
Indonesien	5,1	5,5	Niger	(1,0)	3,5
Japan	0,6	1,2	Nigeria	3,4	4,4
Malaysia	3,0	4,0	Sambia	3,3	5,8
Pakistan	4,3	4,2	Sierra Leone	4,5	4,6
Philippinen	5,9	6,3	Simbabwe	0,3	0,8
Singapur	(2,0)	(2,8)	Südafrika	0,8	2,0
Sri Lanka	5,3	6,2	Sudan	2,6	2,3
Südkorea	2,5	3,0	Swasiland	1,7	2,9
Taiwan	1,5	3,6	Tansania	(7,5)	(7,0)
Thailand	2,6	2,9	Togo	5,4	5,9

<sup>a)</sup> Innerhalb jeder Ländergruppe sind die Ergebnisse nach den Export-/Importanteilen am Weltdurchschnitt gewichtet. – <sup>b)</sup> Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich. – <sup>c)</sup> Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. – <sup>d)</sup> Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern. – ( ) Die Daten in Klammern resultieren von wenig Antworten.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) II/2016 und II/2015.

auf 92,2 Indexpunkte. Trotz der Verschlechterung liegt der Indikator für *Mittel- und Osteuropa* nach wie vor über seinem langfristigen Durchschnitt (86,6 im Zeitraum 2000–2015), ähnlich wie in *Westeuropa* und *Nordamerika*. Während die Beurteilung zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage weniger günstig ist, sind die Konjunkturerwartungen leicht positiver als im Vorquartal. Die derzeit wichtigsten wirtschaftlichen Probleme in der Region sind mangelndes Vertrauen in die staatliche Wirtschaftspolitik, ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und Korruption (vgl. Tab. 1). Die beste wirtschaftliche Verfassung herrscht derzeit weiterhin in *Tschechien*, trotz der Tatsache, dass die Experten die Einschätzung zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation sowie die wirtschaftlichen Erwartungen in diesem Quartal wieder nach unten revidiert haben. Unter den *mittel- und osteuropäischen* Ländern, die der *Eurozone* angehören (*baltische* Staaten, die *Slowakei* und *Slowenien*), sind *Litauen* und die *Slowakei* die Länder mit der derzeit besten wirtschaftlichen Verfassung. In *Estland*, *Lettland* und *Slowenien* bewerteten die WES-Experten die derzeitige Wirtschaftslage zumindest als zufriedenstellend. Die wirtschaftlichen Aussichten bleiben in allen Ländern weiterhin positiv, mit Ausnahme von *Lettland*, wo die befragten Experten sich wieder skeptischer hinsichtlich der nächsten sechs Monate zeigen. Nach einer leichten Verbesserung im Januar verschlechterte sich die aktuelle Lage in *Polen* und *Rumänien* erneut. Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation bleibt dennoch im Großen und Ganzen günstig. Die Konjunkturerwartungen wurden in beiden Ländern nach oben revidiert und weisen für die nächsten sechs Monate auf einige Verbesserungen hin. Die für 2016 geschätzte Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in *Polen* (3,6%) und *Rumänien* (3,2%) gehören zu den höchsten in der Region (vgl. Tab. 2). Die Beurteilungen zur aktuellen Lage bleiben im Falle *Bulgariens* und *Ungarns* unter der Zufriedenheitsmarke. Die wirtschaftlichen Aussichten hellten sich für *Bulgarien* etwas auf und signalisieren eine Verbesserung in den kommenden Monaten. Für *Ungarn* wiederum bleiben die WES-Experten in Bezug auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung vorsichtig gestimmt. Nachdem sich die Lage in *Kroatien* im Januar deutlich verbessert hat, trübte sie sich wieder leicht ein. Trotzdem bleiben die Einschätzungen nahe am höchsten Stand seit sieben Jahren, sind jedoch insgesamt immer noch ungünstig sind. Allerdings deuten die Konjunkturerwartungen weiterhin auf eine Verbesserung in den kommenden Monaten hin.

Der ifo Wirtschaftsklimaindikator für die *GUS*-Staaten (*Russland*, *Ukraine*, *Kasachstan*, *Kirgisien* und *Usbekistan*) begann erneut zu steigen (von 48,0 auf 62,9 Indexpunkte). Trotz dieser starken Verbesserung liegt der Indikator immer noch weit unter seinem langfristigen Durchschnitt von 87,8 Punkten. Während sich die derzeitige wirtschaftliche Lage nur geringfügig verbesserte, hellten sich die Konjunkturerwartungen hingegen deutlich auf. Dieses Muster von Lageeinschätzung und Erwartungen spiegelt vor allem die

Situation in *Russland* wider. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage bleibt nach wie vor gedämpft, aber der Ausblick ist weniger pessimistisch als im Vorquartal. Das Land steht auch 2016 vor einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (– 1,1%), wodurch der GUS-Durchschnitt nach unten gezogen wird (– 0,4%, vgl. Tab. 2). Wie in allen *GUS*-Staaten ist Korruption das wichtigste wirtschaftliche Problem, mit dem das Land derzeit konfrontiert ist. Aber auch fehlendes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung und eine unzureichende Nachfrage stellen große Probleme für *Russland* und andere Länder in dieser Region dar (vgl. Tab. 1). Die wirtschaftliche Lage in der *Ukraine* verbesserte sich weiter und erreichte ihren relativ positivsten Stand seit fast drei Jahren. Die gesamtwirtschaftliche Lage bleibt dennoch insgesamt ungünstig. Die Konjunkturerwartungen sind etwas weniger optimistisch, signalisieren aber weiterhin eine Verbesserung der derzeit schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den nächsten sechs Monaten. Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation in *Kasachstan* und *Kirgisien* wurde als ungünstig beurteilt. Während die Erwartungen für *Kasachstan* auf eine Verbesserung in den kommenden Monaten hindeuten, bleiben die WES-Experten skeptisch bezüglich des Sechsmonatsausblicks für *Kirgisien*. In *Usbekistan* ist die aktuelle wirtschaftliche Situation deutlich positiver als in der gesamten Region. Allerdings wird erwartet, dass die aktuell zufriedenstellenden wirtschaftlichen Bedingungen nicht in den nächsten sechs Monaten anhalten werden, sondern sich etwas eintrüben dürften.

In *Ozeanien* stieg der Wirtschaftsklimaindikator um etwa 10 Indexpunkte auf 87,0, liegt aber weiterhin unter seinem langfristigen Durchschnitt von 100,0 Punkten. Was die Wachstumserwartungen betrifft, so wird die Region eine etwas höhere Expansionsrate im Jahr 2016 erzielen als im Vorjahr (2,3% vs. 2,0%, vgl. Tab. 2). Doch während dies im Fall von *Australien* eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums signalisiert, wird für *Neuseeland* eine Verlangsamung erwartet. Dies spiegelt sich auch im Wirtschaftsklima in den jeweiligen Ländern wider. Den WES-Experten zufolge blieb die Situation in *Australien* im Vergleich zur Umfrage zu Beginn dieses Jahres unverändert: Die aktuelle Lage verharrt weiterhin unterhalb der Zufriedenheitslinie. Im Gegensatz dazu wurden die Konjunkturerwartungen deutlich nach oben revidiert, zeugen aber weiterhin von Skepsis in Bezug auf die nächsten sechs Monate. Fehlendes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung wurde als das derzeit wichtigste wirtschaftliche Problem identifiziert. *Neuseeland* leidet weitgehend unter einem Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Die derzeitige Wirtschaftslage verschlechterte sich weiter. Die Konjunkturerwartungen wurden merklich nach unten revidiert und signalisieren Skepsis.

Der Klimaindikator für *Lateinamerika* verbesserte sich auf einem niedrigen Niveau. Er liegt nun bei 67,0 Indexpunkten,

im Vergleich zu 65.2 im Vorquartal und bleibt weit unter seinem langfristigen Durchschnitt (2000–2015: 90,1). Zwar verbesserten sich sowohl die Einschätzungen zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage als auch die Erwartungen leicht, das Klima bleibt aber immer noch unterkühlt. Korruption, gefolgt von einem geringen Vertrauen in die staatliche Wirtschaftspolitik und öffentliche Defizite wurden in dieser Region als die dringlichsten wirtschaftlichen Probleme zitiert. *Argentinien*, *Venezuela* und *Uruguay* leiden außerdem unter einer hohen Inflationsrate. Neben den GUS-Staaten ist *Lateinamerika* eine der wenigen Regionen, in denen das BIP-Wachstum im Jahr 2016 negativ sein wird (vgl. Tab. 2). In *Brasilien* wurden kleine Verbesserungen im Vergleich zur Umfrage im Januar gemeldet. Die derzeitige Wirtschaftsleistung bleibt dennoch weiterhin schwach. Zwar verbesserten sich die Erwartungen etwas, aber es überwiegen weiterhin negative Stimmen. Die WES-Experten gehen davon aus, dass die Volkswirtschaft um 3,6% 2016 schrumpft (vgl. Tab. 2). In *Mexiko* verharrt die aktuelle Lage unterhalb der Zufriedenheitsmarke. Dagegen sind die Konjunkturerwartungen weniger negativ als vor drei Monaten. Trotzdem bleibt der Ausblick skeptisch. Die aktuelle Lage in *Argentinien* ist ebenfalls ungünstig. Bezüglich der Perspektiven in den nächsten sechs Monaten erscheint jedoch eine wirtschaftliche Belebung wahrscheinlich, auch wenn der Optimismus gegenüber der vorangegangenen Erhebung etwas nachgelassen hat. In *Chile* verschlechterte sich die aktuelle Lage im Vergleich zur Umfrage im Januar erneut, und die Urteile erreichten ihren negativsten Wert auf der WES-Skala. Nach einer Verbesserung im Januar sind die Konjunkturerwartungen in diesem Quartal wieder negativer und signalisieren Skepsis für die kommenden sechs Monate. In *Peru* und *Uruguay* bleiben die Bewertungen zur aktuellen Lage unter der Zufriedenheitsmarke, obschon im Fall *Perus* eine leichte Verbesserung im Vergleich zum Vorquartal erkennbar ist. Dies gilt auch für *Paraguay*, wo die vormals zufriedenstellende Situation in diesem Quartal in ungünstiges Terrain rutschte. In allen drei Ländern wurden die Konjunkturerwartungen nach oben revidiert, aber nur *Paraguay* und *Peru* dürften in den kommenden Monaten verbesserte wirtschaftliche Bedingungen vorfinden. Für *Uruguay* bleiben die befragten Experten in Bezug auf den Sechsmonatsausblick skeptisch. In *Ecuador* und *El Salvador* wurde die aktuelle Lage erneut als ungünstig eingeschätzt. Die derzeitige wirtschaftliche Schwäche wird sich in den nächsten sechs Monaten sogar noch verstärken. Auch aus *Venezuela* gibt es keine positiven Nachrichten, und die WES-Experten gaben weiterhin einstimmig die schlecht-möglichsten Bewertungen auf der WES-Skala ab, sowohl für die aktuelle Lage als auch zu den Konjunkturerwartungen. Das Land steckt in einer tiefen Rezession, die laut den WES-Experten in einem BIP-Rückgang um geschätzte 14.6% münden wird (vgl. Tab. 2). Die Währungsabwertung wird voraussichtlich in den kommenden Monaten anhalten, begleitet von einer hartnäckig hohen Inflationsrate. Wie bereits im Vorquartal warnten die WES-Experten vor einer Hyperinflation (vgl. Tab. 3). *Bolivien*, *Guate-*

*mala* und *Kolumbien* zeigen sich robust gegenüber der schwachen wirtschaftlichen Verfassung in der Region insgesamt. Die Wirtschaftsleistung dieser Volkswirtschaften bleibt den WES-Experten zufolge weiterhin zufriedenstellend. Während sich *Guatemala* weiterhin robust gegenüber der aktuellen Schwäche in der Region zeigen dürfte, befürchten die WES-Experten für *Bolivien* und *Kolumbien* aber eine Verschlechterung der Wirtschaftsaktivität.

Der Wirtschaftsklimaindikator für den **Nahen Osten** kehrte nach einer ausgeprägten Sinkperiode auf den gleichen Wert wie zu Beginn des Vorjahres (72,7) zurück. Dieser Anstieg zeugt von einer leichten Verbesserung, auch wenn der Wirtschaftsklimaindikator weiterhin unter seinem langfristigen Durchschnitt liegt (87,6). Während sich die aktuelle Lage nur geringfügig verbesserte, sind die Konjunkturerwartungen erheblich nach oben revidiert worden. Insgesamt nahmen die Befragten die aktuelle wirtschaftliche Situation als zufriedenstellend wahr, bleiben aber vorsichtig in Bezug auf den Ausblick. Den WES-Experten zufolge sind eine unzureichende Nachfrage und Kapitalknappheit die derzeit wichtigsten Probleme im *Nahen Osten* (vgl. Tab. 1). In *Israel*, dem *Libanon* und den *Vereinigten Arabischen Emiraten* gibt es keine wesentlichen Änderungen gegenüber der Vorquartalsumfrage. In diesen drei Ländern bleibt die wirtschaftliche Situation zufriedenstellend, und die Aussichten sind positiv. Die WES-Experten äußerten für *Jordanien* und *Katar* ein ähnliches konjunkturelles Stimmungsbild. Sie berichteten von einer guten Wirtschaftslage und prognostizierten einen optimistischen Ausblick für die sechs Monate. Die befragten Experten in der *Türkei* meldeten eine leichte Verbesserung der aktuellen Lage, sind aber vorsichtiger bezüglich des Sechsmonatsausblicks geworden. Arbeitslosigkeit und Auslandsschulden werden als die drängendsten Probleme identifiziert, mit denen sich das Land im Moment konfrontiert sieht. In der *Türkei* ist ein jährliches BIP-Wachstum von über 3,5% erforderlich, um die Arbeitslosigkeit unter Kontrolle zu halten. Mit einer aktuell geschätzten BIP-Wachstumsrate von 3,5% wäre dies nur knapp gesichert (vgl. Tab. 2). Darüber hinaus ist ein großer Teil der türkischen Auslandsschulden in Dollar nominiert, und da sich die türkische Lira abschwächt und auch weiter abwerten dürfte, steigt die Auslandsverschuldung.

In **Afrika** stieg der Wirtschaftsklimaindikator leicht von 70,1 im Januar auf 74,1 Punkte im April. Diese kleine Verbesserung kann einen ersten Schritt in Richtung eines positiveren Wirtschaftsklimas signalisieren, auch wenn der Indikator weit unter seinem langfristigen Durchschnitt bleibt (2000–2015: 95,5). Die Einschätzung der WES-Experten zur aktuellen wirtschaftlichen Situation bleibt unverändert ungünstig. Der Ausblick hingegen ist weniger negativ. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese kleine Erholung in Richtung eines besseren wirtschaftlichen Umfelds fortsetzt. Sicher ist allerdings, dass die Wachstumsrate des BIP, die für das Jahr 2016 prognos-



tiziert wurde (2,9%), deutlich geringer ist als der Prognosewert des Vorjahres (3,8%, vgl. Tab. 2). In allen *nordafrikanischen* Ländern bleibt die Beurteilung zur allgemeinen wirtschaftlichen Situation schwach. Im Gegensatz dazu ist der Ausblick differenzierter. Er reicht von »vorsichtig« für *Ägypten* und *Algerien* zu »ziemlich zuversichtlich« für *Marokko* und *Tunesien*. Die WES-Experten, die über *Südafrika* berichten, beurteilten die aktuelle wirtschaftliche Situation erneut als schwach und bleiben pessimistisch hinsichtlich des Ausblicks. Korruption, mangelndes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung und Arbeitslosigkeit werden als die wichtigsten wirtschaftlichen Probleme *Südafrikas* gelistet. Die Inflation erreichte in diesem Quartal mit rund 7% ihr höchstes Niveau seit Jahren (vgl. Tab. 3). Darüber hinaus herrscht in *Südafrika* gerade eine schwere Dürre, die negative Auswirkungen auf die Wirtschaft haben dürfte.

### 2016: Inflationserwartungen steigen leicht

Für 2016 erwarten die WES-Experten im weltweiten Durchschnitt einen Preisanstieg von 3,7%. Zu Jahresanfang lagen die Erwartungen noch bei 3,2%. Dieser Anstieg hängt aber zu einem erheblichen Grad mit den deutlich höheren Preis-erwartungen in *Lateinamerika* – und hier vor allem in *Venezuela* – zusammen (vgl. Tab. 3).

Anders als im Weltdurchschnitt wurden die Inflationserwartungen für den **Euroraum** für 2016 leicht nach unten korrigiert, von 1,0% in der Januar-Umfrage auf nunmehr 0,8%. Die Diskrepanz zwischen der Inflationszielmarke der EZB (knapp 2%) und der tatsächlichen Preissteigerungsrate dürfte demnach im laufenden Jahr noch etwas größer sein als zu Jahresanfang erwartet. Die mittelfristigen Inflationserwartungen (für das Jahr 2021) blieben aber nahezu unverändert (1,8% nach 1,9% in der vorangegangenen Umfrage). Die niedrigsten Inflationsraten innerhalb des **Euroraums** werden weiterhin in den zwei »Krisenländern« *Zypern* (– 0,8%) und *Griechenland* (0%) erwartet. Die mittelfristigen Inflationsraten hingegen liegen in diesen beiden Ländern bei knapp 2% und unterscheiden sich damit kaum vom Durchschnitt im **Euroraum**. Inflationsraten über dem **Euroraum**-Mittelwert, aber jeweils unter der EZB-Zielmarke, werden vor allem in *Belgien* (1,7%) und in *Österreich* (1,3%) erwartet.

In **Westeuropa außerhalb des Euroraums** reicht die Spannweite der Inflationserwartungen diesmal von – 0,6% in der *Schweiz* bis 2,6% in *Norwegen*. Der Inflationsausblick im *Vereinigten Königreich* unterscheidet sich weiterhin nicht von dem im **Euroraum** (0,8%).

In **Mittel- und Osteuropa** wurden die Inflationserwartungen für 2016 von 1,2% in der Januar-Umfrage auf 0,8% zurückgenommen. Wie in **Westeuropa** wird diese niedrige Inflationsrate als vorübergehend eingestuft. Auf mittlere Sicht

(2021) wird weiterhin eine Inflationsrate von 2,5% erwartet. Die niedrigsten Preissteigerungsraten in diesem Jahr prognostizieren die WES-Experten für *Kroatien* (0,1%), *Mazedonien* und *Slowenien* (jeweils 0,3%) und die *Slowakei* (0,5%). Auf der anderen Seite kommen die höchsten Inflationserwartungen erneut aus *Serbien* (3,3%).

In **Nordamerika** fielen die Inflationsschätzungen für 2016 mit 1,8% etwas höher aus als zu Jahresbeginn (1,7%) und übertreffen deutlich die für 2015 gemeldete Inflationsrate (1,3%). Auch die mittelfristigen Inflationserwartungen (2021) wurden leicht nach oben korrigiert (von 2,4% auf 2,6%) und liegen damit etwas über der Zielmarke der amerikanischen Notenbank.

In **Asien** – ähnlich wie in **Europa** – gingen die Inflationserwartungen für 2016 leicht zurück (von 2,3% auf 2,1%). Auch die mittelfristige Inflationsschätzung (2021) fiel geringfügig niedriger aus (2,6% nach 2,9%). Der sich abschwächende Inflationstrend ist am stärksten ausgeprägt in *Thailand* (von 1,6% auf 1,0%), in *Japan* (von 0,6% auf 0,3%) und in *Sri Lanka* (von 7,0% auf 4,8%). Auf der anderen Seite ist mit einem leichten Anstieg der Inflation in diesem Jahr in *China* (2,9% nach 2,0%) und *Südkorea* (1,7% nach 1,4%) zu rechnen.

In **Ozeanien** war die für 2016 erwartete Inflationsrate geringfügig höher als zu Jahresanfang (1,9% nach 1,8%). Dies hängt ausschließlich mit den etwas höheren Inflationserwartungen in *Australien* (2,1% nach 1,9%) zusammen, während in *Neuseeland* die Inflationserwartungen sogar zurückgenommen wurden (von 1,4% auf 0,9%). Auf mittlere Sicht (2021) wird wie in der vorangegangenen Umfrage mit einer Inflationsrate von 2,7% gerechnet, mit 2,8% in *Australien* und 2,2% in *Neuseeland*.

In **Lateinamerika** stiegen die Inflationserwartungen für 2016 deutlich an (von 16,9% in der Januar-Befragung auf nunmehr 26,4%). Diese Entwicklung hängt aber nahezu ausschließlich mit der sich verschärfenden Hyperinflation in *Venezuela* zusammen, wo für dieses Jahr eine Preissteigerungsrate von 361% befürchtet wird, während zu Jahresanfang die Erwartungen »noch« bei 216% lagen. In *Argentinien* führte der Regierungswechsel bisher nicht zu einem Rückgang der hohen Inflationsrate. Im Gegenteil, die für 2016 erwartete Inflationsrate wurde seit Jahresanfang sogar etwas angehoben (von 30,2% auf 32,9%). In *Brasilien*, der größten Volkswirtschaft in der Region, ist die für 2016 erwartete Inflationsrate leicht nach unten korrigiert worden (von 8,5% auf 8,1%), liegt damit aber weiterhin deutlich über dem langfristigen Durchschnitt in diesem Land (6,2%).

In den **GUS**-Staaten schwächten sich die Inflationserwartungen für 2016 etwas ab (von 11,6% auf 11,0%). Dies lag hauptsächlich am erhofften leichten Rückgang der Inflation in *Russland* (9,8% nach 11,4% zu Jahresanfang).

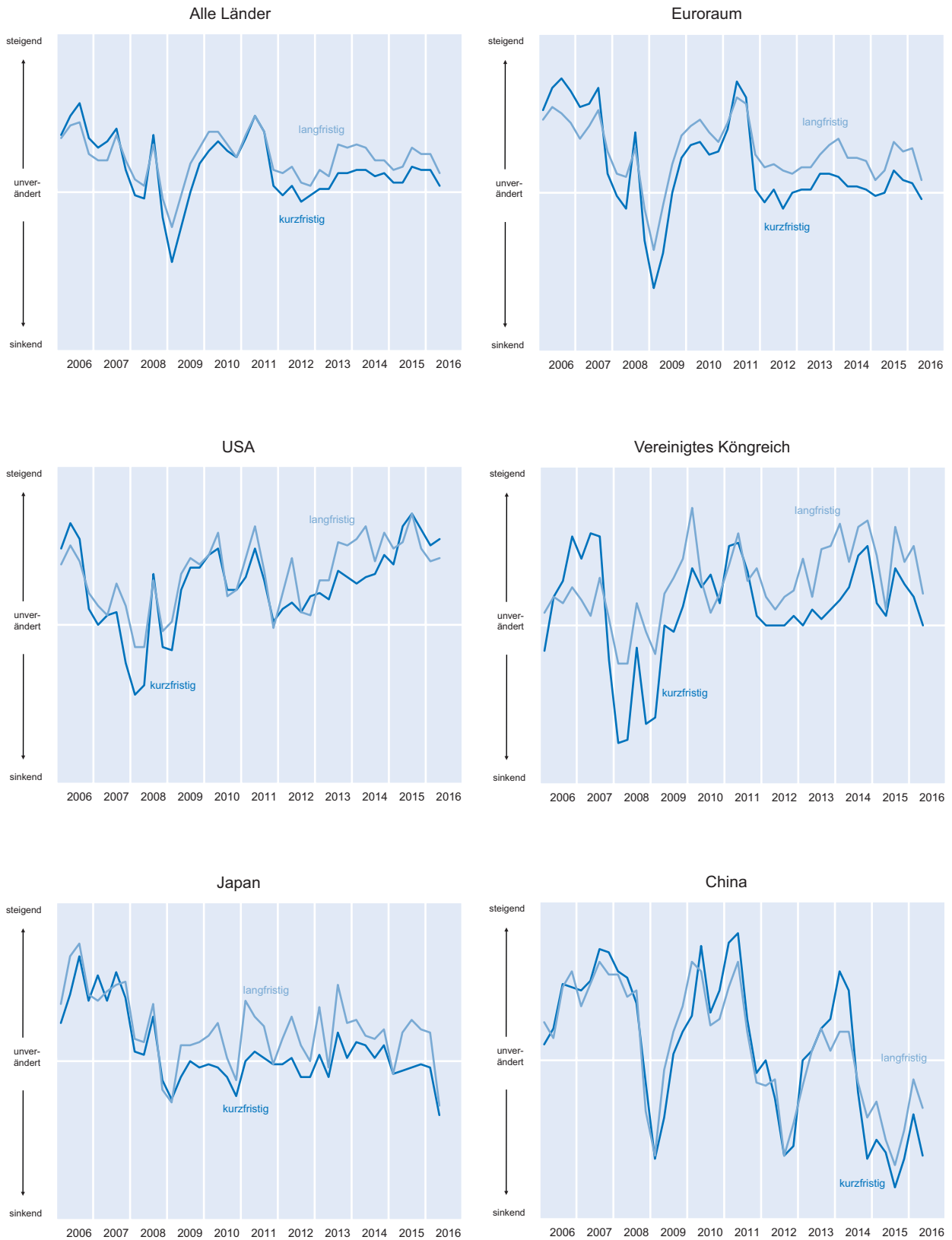
**Tab. 3**  
**Inflationserwartungen der WES-Teilnehmer für 2016 und 2021**

Region	2016	2021	Region	2016	2021
<b>Durchschnitt der Länder<sup>a)</sup></b>	<b>3,7</b>	<b>2,9</b>	<b>Lateinamerika</b>	<b>26,4</b>	<b>6,1</b>
EU (28 Länder)	0,8	1,9	Argentinien	32,9	8,2
EU (alte Mitglieder) <sup>b)</sup>	0,8	1,8	Bolivien	5,1	5,3
EU (neue Mitglieder) <sup>c)</sup>	0,7	2,5	Brasilien	8,1	4,9
Euroraum <sup>d)</sup>	0,8	1,8	Chile	3,9	2,9
<b>Westeuropa</b>	<b>0,8</b>	<b>1,8</b>	Costa Rica	(3,0)	(4,0)
Belgien	1,7	1,9	Dominikanische Republik	2,1	4,5
Dänemark	0,8	1,7	Ecuador	3,4	4,1
Deutschland	0,6	1,7	El Salvador	2,0	3,4
Finnland	0,5	1,6	Guatemala	4,0	4,7
Frankreich	0,5	1,8	Kolumbien	6,0	3,4
Griechenland	0,0	2,0	Kuba	(3,0)	(4,0)
Irland	0,8	1,8	Mexiko	3,6	4,0
Italien	0,5	1,9	Paraguay	4,4	4,4
Luxemburg	0,7	1,8	Peru	4,0	3,0
Malta	(1,5)	(2,5)	Trinidad und Tobago	(10,0)	(7,0)
Monaco	1,4	2,5	Uruguay	10,0	8,7
Niederlande	1,0	1,8	Venezuela	360,9	41,1
Norwegen	2,6	2,6	<b>Nordamerika</b>	<b>1,8</b>	<b>2,6</b>
Österreich	1,3	2,0	Kanada	1,8	2,2
Portugal	0,8	1,7	USA	1,9	2,7
Schweden	1,0	2,3	<b>Ozeanien</b>	<b>1,9</b>	<b>2,7</b>
Schweiz	- 0,6	1,1	Australien	2,1	2,8
Spanien	0,4	1,7	Neuseeland	0,9	2,2
Vereinigtes Königreich	0,8	2,1	<b>Naher Osten</b>	<b>4,5</b>	<b>4,4</b>
Zypern	- 0,8	1,8	Israel	0,9	2,4
<b>Mittel- und Osteuropa</b>	<b>0,8</b>	<b>2,5</b>	Jordanien	(2,5)	3,0
Albanien	(1,8)	(3,0)	Libanon	3,5	4,0
Bosnien und Herzegowina	1,6	3,7	Katar	(2,3)	2,0
Bulgarien	1,0	2,5	Türkei	8,1	6,5
Estland	0,9	2,4	Vereinigte Arab. Emirate	3,8	4,3
Kosovo	1,3	1,7	<b>Afrika</b>	<b>8,0</b>	<b>6,7</b>
Kroatien	0,1	2,0	<b>Nördliches Afrika</b>	<b>6,8</b>	<b>5,4</b>
Lettland	1,2	2,2	Ägypten	13,3	9,2
Litauen	1,2	2,4	Algerien	5,6	4,8
Mazedonien	0,3	2,2	Marokko	1,6	2,1
Polen	0,4	2,5	Tunesien	4,0	4,3
Rumänien	1,2	2,5	<b>Subsaharisches Afrika</b>	<b>8,6</b>	<b>7,4</b>
Serbien	3,3	4,0	Angola	(24,0)	(15,0)
Slowakei	0,5	2,7	Benin	1,7	2,7
Slowenien	0,3	2,4	Burundi	(45,0)	(6,5)
Tschechien	1,0	2,2	Cabo Verde	1,5	3,0
Ungarn	1,0	2,6	Elfenbeinküste	2,8	3,1
<b>GUS</b>	<b>11,0</b>	<b>8,4</b>	Gambia	7,3	14,0
Kasachstan	10,4	6,3	Kenia	6,8	6,5
Kirgisien	4,0	5,5	Kongo Dem. Rep.	4,0	7,0
Russland	9,8	9,4	Kongo Republic	(3,0)	(7,0)
Ukraine	14,9	6,3	Lesotho	6,6	5,2
Usbekistan	(22,0)	-	Liberia	8,8	9,0
<b>Asien</b>	<b>2,1</b>	<b>2,6</b>	Madagaskar	8,1	8,0
Bangladesch	6,3	5,6	Malawi	(20,0)	(15,0)
China	2,9	3,4	Mauretanien	7,5	(12,0)
Hongkong	2,7	3,2	Mauritius	2,0	2,8
Indien	5,4	4,4	Namibia	5,8	5,0
Indonesien	4,4	3,8	Niger	(2,0)	(3,0)
Japan	0,3	1,3	Nigeria	12,5	10,4
Malaysia	4,0	4,2	Sambia	18,8	7,4
Pakistan	5,5	7,6	Sierra Leone	10,0	6,9
Philippinen	2,7	4,0	Simbabwe	0,4	2,8
Singapur	(0,0)	(1,0)	Südafrika	6,9	5,8
Sri Lanka	4,8	4,3	Sudan	21,8	20,5
Südkorea	1,7	2,3	Swasiland	6,3	6,3
Taiwan	1,0	1,4	Tansania	(9,0)	(7,0)
Thailand	1,0	3,0	Togo	2,1	2,9

<sup>a)</sup> Innerhalb jeder Ländergruppe sind die Ergebnisse nach den Export-/Importanteilen am Weltdurchschnitt gewichtet. –  
<sup>b)</sup> Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich. – <sup>c)</sup> Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. – <sup>d)</sup> Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern. – ( ) Die Daten in Klammern resultieren von wenig Antworten.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) II/2016.

**Abb. 4**  
**Kurz- und langfristige Zinsen**  
 Erwartungen für die nächsten sechs Monate



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) II/2016.

Im Nahen Osten hat sich an der für 2016 erwarteten Inflationsrate seit Jahresbeginn wenig geändert (4,5% nach 4,4%). Die höchste Inflationsrate in der Region wird weiterhin für die Türkei (8,1% 2016 und 6,5% 2021) und die niedrigste Rate für Israel (0,9%) erwartet.

In Afrika fiel die für 2016 erwartete Preissteigerungsrate etwas höher aus als zu Jahresbeginn (8,0% nach 7,6%). Die mittelfristigen Preiserwartungen blieben demgegenüber nahezu unverändert bei 6,7% (vgl. Tab. 3). Differenziert nach Ländern ergibt sich aber wiederum ein sehr heterogenes Bild: In Südafrika liegt die für 2016 erwartete Inflationsrate mit 6,9% weiterhin leicht unter dem Durchschnittswert für den Kontinent. Die niedrigsten Inflationsschätzungen für 2016 kamen von WES-Experten aus Simbabwe (0,4%), Cabo Verde (1,5%), Marokko (1,6%), Benin (1,7%), Mauritius (2,0%) und Togo (2,1%). Die höchsten Inflationsraten in der Region werden 2016 nach Ansicht der WES-Experten in Burundi (45,0%), Angola (24,0%), dem Sudan (21,8%) und Malawi (20,0%) vorherrschen.

### Unterschiedliche Zinstendenzen erwartet

Im weltweiten Durchschnitt werden die kurzfristigen Zinssätze im Laufe der nächsten sechs Monate nahezu unverändert bleiben und die langfristigen Zinsen nur geringfügig steigen. Hinter diesem Durchschnitt verbergen sich jedoch erhebliche Unterschiede, wenn nach Ländern differenziert wird (vgl. Abb. 4). Im Euroraum ist mit stabilen bis weiter leicht rückläufigen kurzfristigen Zinsen und nur minimal steigenden langfristigen Zinsen zu rechnen. Zu Jahresanfang hatten mehr WES-Experten mit steigenden Kapitalmarktzinsen gerechnet. In Nordamerika – vor allem in den USA, aber auch in Kanada – erwartet demgegenüber eine zunehmende Mehrheit der WES-Experten eine Zinsanhebung in den nächsten Monaten. Auf der anderen Seite wird mit Zinssenkungen vor allem in einigen asiatischen Ländern (Indien, China, Japan, Indonesien, Malaysia, Bangladesch, Taiwan, Thailand und Südkorea), aber auch in Ländern wie Bulgarien, Serbien, Ungarn, Kroatien, Ukraine, Russland, Neuseeland, Türkei, Marokko, Uganda, Argentinien und erstmals seit langem auch in Brasilien gerechnet, wo die hohe Inflation die Zentralbank bisher von einem Zinssenkungs-Schritt abhielt.

### US-Dollar dürfte weiter im Kurs steigen

Die Kursrelationen der vier Weltwährungen US-Dollar, britischer Pfund, japanischer Yen und Euro werden weiterhin von einer breiten Mehrheit der WES-Experten als fun-

damental angemessen beurteilt (vgl. Abb. 5). Nach Ländern differenziert, ergeben sich bei der weltweiten Analyse allerdings erhebliche Unterschiede: In Neuseeland, Australien, der Ukraine, Pakistan, Sri Lanka, Ägypten sowie einigen afrikanischen Ländern wie Angola, Burundi und Sambia stufen die WES-Experten die jeweilige Landeswährung als generell überbewertet ein. Dieses Urteil herrscht auch für Brasilien und Uruguay vor. Auf der anderen Seite wird die eigene Währung in einer wesentlich kleineren Gruppe von Ländern als unterbewertet angesehen, so in Malaysia, Thailand, Madagaskar, Sierra Leone, dem Sudan und Chile.

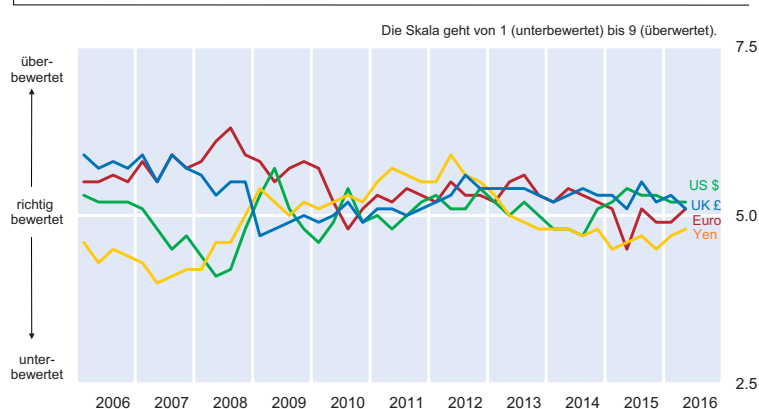
Die Antworten auf die zusätzliche Frage, wie sich der US-Dollar im Laufe der nächsten sechs Monate entwickeln wird, gleichgültig wie aus fundamentaler Sicht die Währungsrelationen eingeschätzt werden, signalisieren im weltweiten Durchschnitt eine Aufwertung des US-Dollar, wenn auch diese Meinung etwas weniger häufig als in der vorangegangenen Umfrage vertreten wird. Die wenigen Ausnahmen sind das Vereinigte Königreich, Kanada, Kasachstan, Indonesien, Malaysia und Namibia wo mit einer Abwertung des US-Dollar gegenüber der eigenen Währung innerhalb der nächsten sechs Monate gerechnet wird.

### Moderates Wirtschaftswachstum 2016 erwartet

Jedes Jahr in der zweiten Quartalerhebung werden die WES-Experten gebeten, eine quantitative Prognose für das BIP-Wachstum im laufenden Jahr abzugeben. Für das Jahr 2016 wird das Weltwirtschaftswachstum voraussichtlich 2,0% betragen, nach einer erwarteten Expansion von 2,3% im Jahr 2015 (vgl. Tab. 3).

Ein moderates Wachstum in diesem Jahr wird in nahezu allen Regionen der Welt erwartet. Ausnahmen hiervon sind die GUS-Staaten, wo die Rezession auch 2016 andauern wird, wenn auch in abgeschwächter Weise (-0,4% nach

Abb. 5  
Währungsbeurteilung



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) II/2016.

erwarteten – 2,5% im April letzten Jahres). Auch in *Lateinamerika* wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr noch leicht zurückgehen (– 0,2%). In *Asien*, *Nordamerika* und *Afrika* sind die Wachstumserwartungen zwar etwas geringer als zur selben Zeit im Vorjahr, bewegen sich aber durchgehend zwischen 2 und 3%, was auf eine moderate konjunkturelle Erholung hindeutet. In *Mittel- und Osteuropa* werden die Wachstumsaussichten etwas positiver eingeschätzt als zur selben Zeit im Vorjahr (2,8% gegenüber 2,4%). In *Westeuropa* blieb die Wachstumsschätzung unverändert bei 1,6%. Die Region mit der größten Expansionsrate dürfte nach Einschätzung der WES-Experten in diesem Jahr der *Nahe Osten* sein (3,9% nach geschätzten 3,3% im letzten Jahr).

Nach Ländern differenziert, wird für das laufende Jahr das stärkste Wirtschaftswachstum in einigen *asiatischen* Ländern, so in *Indien* (7,4%), *Bangladesch* (6,6%), *China* (6,2%), den *Philippinen* (5,9%), *Sri Lanka* (5,3%) und *Indonesien* (5,1%) erwartet. Auf der anderen Seite sind die rezessiven Tendenzen in *Lateinamerika* vor allem in *Venezuela* (– 14,6%) und *Brasilien* (– 3,6%) ausgeprägt. In *Argentinien* wird mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,8% gerechnet; im Laufe des zweiten Halbjahres zeichnet sich aber den WES-Frühindikatoren zufolge gerade in dieser Volkswirtschaft eine konjunkturelle Besserung ab. In *Westeuropa* fehlt es weiterhin an konjunktureller Dynamik. Mit Ausnahme von *Griechenland* zeichnet sich aber in allen *westeuropäischen* Ländern zumindest ein positives Wachstum ab (1,6% im Durchschnitt). Im *GUS*-Raum wird zwar mit einem Ende der Rezession gerechnet; die konjunkturelle Erholung wird jedoch sehr moderat ausfallen. Im Jahresdurchschnitt wird sich weiterhin ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts ergeben, allerdings deutlich geringer als im Frühjahr letzten Jahres erwartet worden war (– 1,1% gegenüber – 2,9%).

### **Mangelndes Vertrauen in die staatliche Wirtschaftspolitik und unzureichende Nachfrage werden derzeit als die wichtigsten wirtschaftlichen Probleme eingeschätzt**

Zweimal im Jahr, jeweils im April und Oktober, werden die WES-Experten gebeten, die aus ihrer Sicht wichtigsten Probleme für die Wirtschaft in dem jeweiligen Land zu benennen, für das sie berichten. Wie schon im Oktober 2015 wurden »*mangelndes Vertrauen in die staatliche Wirtschaftspolitik*« und »*unzureichende Nachfrage*« weltweit als die drängendsten Probleme angesehen.

Abweichend von diesem Durchschnittsergebnis wird in *Westeuropa* und *Afrika* »*Arbeitslosigkeit*« weiterhin als das derzeit größte Problem gesehen. In *Nordamerika* rangieren »*öffentliche Defizite*« ganz oben auf der Problemliste. In *La-*

*teinamerika* und den *GUS*-Staaten gilt »*Korruption*« als Hauptproblem. In *Asien* und im *Nahen Osten* nimmt diese Rolle eine »*unzureichende Nachfrage*« ein. In *Mittel- und Osteuropa* gilt als Hauptproblem »*mangelndes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der jeweiligen Regierung*«, gefolgt von »*Fachkräftemangel*«. In *Ozeanien* teilen sich die ersten beiden Plätze auf der Problemliste das »*mangelnde Vertrauen in die staatliche Wirtschaftspolitik*« und der »*Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit*« (vgl. Tab. 1).

Eine ausführlichere Analyse zu den einzelnen Weltregionen, der Zinsentwicklung, der Inflation und der Währung findet sich in der englischsprachigen Veröffentlichung »CESifo World Economic Survey«.



**Am 9. November 2016 veranstaltet das ifo Zentrum für Industrieökonomik und neue Technologien in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern zum 16. Mal den ifo Branchen-Dialog. Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft beleuchten und diskutieren aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen aus branchenspezifischer Perspektive. Im Blickpunkt der diesjährigen Tagung stehen die Zuwanderung und der demographische Wandel sowie deren Auswirkungen auf die jeweiligen Sektoren.**

Meist steht bei der Diskussion der wirtschaftlichen Lage Deutschlands die gesamtwirtschaftliche Betrachtung im Vordergrund. Für ein tiefgreifendes Verständnis ist jedoch die Beschäftigung mit den einzelnen Wirtschaftssektoren zentral. Der ifo Branchen-Dialog bietet ein etabliertes Forum zum Austausch über aktuelle Entwicklungen in wichtigen Wirtschaftszweigen.

In den vier Branchenforen Industrie, Handel, Bauwirtschaft und Dienstleistungen diskutieren Experten aus Unternehmen, Verbänden, Politik und Forschung die Branchenanalysen und -prognosen des ifo Instituts sowie aktuelle Trends und Herausforderungen der jeweiligen Wirtschaftszweige. Neben der Analyse der kurz- und mittelfristigen Branchenentwicklung bietet der ifo Branchen-Dialog auch eine Betrachtung struktureller Veränderungen.

Im Blickpunkt des diesjährigen Branchen-Dialogs stehen insbesondere branchenspezifische Aspekte der neuen Zuwanderung und des demographischen Wandels. Das demographische Defizit und der daraus resultierende Fachkräftemangel sind in vielen Branchen bereits deutlich spürbar. Neben der Mobilisierung von qualifizierten Arbeitskräftepotenzialen unter älteren, weiblichen und bildungsfernen Bevölkerungsgruppen muss sich gezielt mit der Frage auseinandergesetzt werden, welche Chancen die derzeit steigende Nettozuwanderung nach Deutschland bietet und wie diese Potenziale bestmöglich genutzt werden können. Die Beschäftigung und Ausbildung von Flüchtlingen ist für die Betriebe mit einer Vielzahl neuartiger Fragestellungen verbunden. Zudem spielen auch andere Aspekte eine Rolle wie beispielsweise im Baugewerbe, das sich aufgrund des Flüchtlingszustroms einer gesteigerten Wohnraumnachfrage gegenüber sieht. In den einzelnen Branchenforen

beleuchten Branchenexperten praxisnah Aspekte und Konsequenzen für den jeweiligen Wirtschaftszweig.

Eingerahmt werden die Branchenforen von einem Vortrag des neuen ifo-Präsidenten Prof. Dr. Clemens Fuest, der die bisherige Tradition weiterführt und über die wirtschaftliche Lage in Deutschland und Europa referiert, sowie einem Vortrag von Prof. Dr. Ludger Wößmann, Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik, zum Thema Integration der neuen Zuwanderer durch Qualifikation.

Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über die aktuelle Branchenentwicklung und Fragestellungen geboten, die in den einzelnen Foren des ifo Branchen-Dialogs diskutiert werden. Der ifo Branchen-Dialog wird erneut vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie gefördert. Weitere Informationen und Anmeldungen auf der CESifo-Website unter [www.cesifo-group.de/branchendialog](http://www.cesifo-group.de/branchendialog).

## Perspektiven der Industrie

Die vergangenen Jahre bereiteten den Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes ein Wechselbad der Gefühle zwischen Hoffen und Bangen. Die Produktion kam nicht wesentlich über eine Stagnation hinaus. In dieser Zeit haben sich die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen grundlegend gewandelt. Die Schwellenländer litten unter dem Abzug ausländischen Kapitals, Strukturproblemen und – soweit sie Lieferanten von Rohstoffen sind – unter einem massiven Preisverfall. Die Industrialisierung dieser Länder, die der Investitionsgüterindustrie, einem wichtigen Pfeiler der deutschen Industrie, im vergangenen Jahrzehnt Impulse geliefert hatte, hat im veränderten welt-

wirtschaftlichen Umfeld an Dynamik eingebüßt. Gleichfalls betroffen ist der Straßenfahrzeugbau, dessen Lage sich zusätzlich noch durch den VW-Abgasskandal und seinen Weiterungen verschlechtert hat.

Entsprechend dem Wandel der Rahmenbedingungen kommen Impulse für die Industrie vor allem aus den entwickelten Volkswirtschaften. Aus heutiger Sicht ergeben sich drei Themenkomplexe für die Perspektiven der exportorientierten deutschen Industrie: Inwieweit können die reifen Volkswirtschaften Nachfragerückgänge aus Schwellenländern kompensieren? Ist angesichts der strukturellen Probleme in einigen der Eurostaaten die gegenwärtig erfreuliche Auftragsstätigkeit dauerhaft? Können die großen Schwellenländer ihre Probleme überwinden und zur Dynamik der Jahre vor der Finanzkrise zurückfinden?

Spätestens seit den frühen 1980er Jahren weist die demographische Entwicklung auf einen sich anbahnenden Arbeitskräftemangel hin. Nicht nur politische Maßnahmen, die zumindest mittelbar einer Anhebung der Geburtenrate dienen, sondern auch die Zuwanderung und Anwerbung Qualifizierter haben an Bedeutung gewonnen. In diesem Kontext stellt sich die Frage, ob der Zustrom von Flüchtlingen für die Industrie eine willkommene Möglichkeit bietet, das Problem zu mildern. Mit ihrem Bedarf an höher- und hochqualifizierten Arbeitskräften leidet sie nicht nur unter dem demographischen Wandel, sondern zudem unter dem nachlassenden Interesse der Jugend an einer Ausbildung in MINT-Berufen. Diesem Thema widmet sich Hubert Schöffmann, Stellvertretender Leiter des Bereichs »Berufliche Bildung« bei der IHK München und Oberbayern und Bildungspolitischer Sprecher des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags (BIHK). Er analysiert den Bedarf an Arbeitskräften, differenziert nach Wirtschaftsbereichen basierend auf dem Fachkräftemonitor, beispielhaft für Bayern bis 2030. Das geringe Durchschnittsalter der Flüchtlinge signalisiert einerseits ein hohes Qualifikationspotenzial, ihr Qualifikationsniveau andererseits aber Defizite, die einer schnellen Integration entgegenstehen. Für die Industrie mit ihren hohen Anforderungen an die Mitarbeiter scheint das potenzielle Arbeitskräfteangebot der Flüchtlinge kaum ausreichend für die nachgefragten Qualifikationen.

### Zur Entwicklung des Groß- und Einzelhandels

Der Handel befindet sich in einem tiefgreifenden Umbruch. Insbesondere verändern digitale Märkte sowohl den Groß- als auch den Einzelhandel. Nach einem leichten Rückgang im Jahr 2014 sind die nominalen Umsätze im Großhandel insgesamt (ohne Kraftfahrzeughandel) auch 2015 gefallen. Das Ergebnis des Vorjahres wurde um 1,8% verfehlt. Real, also preisbereinigt, ergab sich ein Minus von 0,6%. Im Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) standen die

nominalen Umsätze dagegen im letzten Jahr weiterhin im Zeichen eines anhaltenden Anstiegs. Die Umsätze waren real wie nominal um 3,0% höher als im Vorjahr und übertrafen damit sogar den Zuwachs des privaten Verbrauchs (nominal: + 2,6%; real: +1,9%). Ferner gibt es auch Positives bezüglich der Entwicklung des Geschäftsklimaindikatoren für den Einzelhandel zu vermelden. Dieser ist zuletzt zwar gesunken, bewegt sich aber weiterhin auf deutlich positivem Terrain. Auch die derzeitige Geschäftslage wurde erneut als günstig eingeschätzt. Der künftigen Entwicklung blicken die befragten Firmen jedoch leicht skeptisch entgegen.

Die Flüchtlingszuwanderung ist aktuell eine der bedeutendsten Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft. Als drittgrößter Arbeitgeber und Ausbilder in Deutschland kann der Handel zur Arbeitsmarktintegration einen wichtigen Beitrag leisten. Zudem macht sich die verstärkte Zuwanderung auch in den Einkaufsregalen bemerkbar. Während des diesjährigen Branchen-Dialogs werden zusätzlich zu den Branchenentwicklungen im Groß- und Einzelhandel im Prognosezeitraum 2016/2017 auch Auswirkungen der Zuwanderung – vor allem auf den Einzelhandel – diskutiert.

Neben dem aktuellen Thema der Flüchtlingszuwanderung werden die strukturellen Herausforderungen der Digitalisierung im Einzelhandel aus praxisnaher Perspektive thematisiert. Robert Waloßek, Geschäftsführer der Betten Rid GmbH in München, referiert zum Thema der Digitalisierung im Bettenfachhandel. Der ausgebildete Einzelhandelskaufmann und Diplom-Betriebsökonom SGMI ist zudem seit 2016 im Präsidium des Verbandes der deutschen Bettenfachhändler (VDB). In seinem Vortrag stehen die Digitalisierung und die Veränderung im Kaufverhalten des Kunden (Customer Journey) als die zentralen Herausforderungen im deutschen Einzelhandel im Vordergrund. Was Kunden dennoch dazu bewegen kann, in die Geschäfte zu kommen, und welche kanalübergreifenden Überlegungen angestellt werden müssten, wird am Beispiel des Fachgeschäfts Betten Rid erläutert.

Manuel Jahn, Leiter des Bereichs Consulting bei GfK GeoMarketing, wird über das Thema »Offline – Online – No Line: Wenn Angst Analyse ersetzt; Entwicklungstrends im deutschen Einzelhandel« berichten. Der Experte für Einzelhandel und Handelsimmobilienwirtschaft vermittelt einen anschaulichen Überblick über die Entwicklung der Marktverhältnisse von stationärem Einzelhandel und E-Commerce bis zum Jahr 2025.

### Bauwirtschaft zurück auf Wachstumskurs

Nach der »Verschnaufpause« im vergangenen Jahr dürfte die Baunachfrage im laufenden Jahr wieder kräftig zunehmen. Es wird erwartet, dass die Bauinvestitionen 2016 um gut 2,5% (2015: 0,3%) ausgeweitet werden. Die stärksten Impulse kommen dabei zum wiederholten Male vom Woh-

nungsbau, für den ein Zuwachs von rund 3% (2015: 1,6%) prognostiziert wird. Bezogen auf die prozentuale Veränderung werden die öffentlichen Bauinvestitionen mit einem Plus von etwa 2,5% (2015: -1,7%) etwas stärker ansteigen als die gewerbliche Baunachfrage, die wohl um gut 1,5% (2015: -1,4%) zulegen dürfte.

Der Wohnungsbau wird maßgeblich von den Leistungen im Gebäudebestand beeinflusst, deren Umfang sich allerdings seit vielen Jahren auf einem exorbitant hohen Niveau bewegt. Insgesamt spricht einiges dafür, dass dieses Marktsegment mittelfristig schrumpfen wird. Die positive Dynamik im Wohnungsbausektor kommt deshalb vom Neubaubereich, der sich aufgrund zahlreicher positiver Einflussfaktoren (Einkommenszuwächse, niedrige Bauzinsen, Anlagenotstand etc.) weiter auf Wachstumskurs befindet und durch die massive Zuwanderung von Flüchtlingen neuen Schub erhalten hat. Allerdings sind die Zuwächse – etwa bei den Neubaugenehmigungen – deutlich schwächer als in früheren Aufschwungsphasen, da einerseits nicht ausreichend Grundstücke zur Verfügung stehen und zudem die Errichtungskosten wegen einer Vielzahl von Gründen kräftig gestiegen sind.

Im Nichtwohnbau ist die Situation etwas weniger positiv einzuschätzen. So sehen sich die Unternehmen neben der Schwäche wichtiger Absatzmärkte mit einer ganzen Reihe von Unsicherheiten konfrontiert, wozu auch die weitere Entwicklung der Flüchtlingskrise zählt. Trotz des signifikanten Wachstums der gewerblichen Bauinvestitionen in diesem Jahr ist in der überjährigen Betrachtung nicht mehr als eine Seitwärtsbewegung – auf jedoch ansehnlichem Niveau – auszumachen. Die öffentliche Baunachfrage profitiert vorrangig von der Ausweitung der Infrastrukturmaßnahmen des Bundes. Inwieweit hier Länder und Kommunen in Zeiten weiterhin nötiger Haushaltskonsolidierung und erhöhter Ausgaben infolge des zurückliegenden Flüchtlingsansturms zusätzliche Impulse setzen können, hängt von vielen Faktoren ab.

Der Flüchtlingszustrom, aber auch die weiterhin ausgeprägte Binnenwanderung, hat erhebliche Konsequenzen für den lokalen Wohnraumbedarf. Lukas Weiden, der sich als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Forschungs- und Beratungsinstitut empirica unter anderem mit einer nachhaltigeren regionalen Verteilung der Flüchtlinge beschäftigt, wird in diesem Zusammenhang einige wichtige Aspekte beleuchten. Han Joosten, Leiter Marktforschung des Immobilienentwicklers BPD Deutschland, wird darüber hinaus auf die vielfältigen Senkungspotenziale bei den Baukosten eingehen.

### **Dienstleistungssektor: Nur vorübergehende Umsatzabschwächung zu Jahresanfang?**

Der Geschäftsklimaindikator für das Dienstleistungsgewerbe hatte im Dezember 2015 seinen Höchststand seit Ein-

führung dieser Erhebung im Jahr 2005 erreicht. Die Anfang 2016 wieder aufkeimende Unsicherheit in der Weltwirtschaft, die sich insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe konjunkturell negativ auswirkte, verschonte auch den Dienstleistungssektor nicht. Das entsprechende Geschäftsklima verschlechterte sich in den ersten drei Monaten des Jahres 2016 deutlich und klarte erst im April wieder etwas auf. Im Vergleich zum Stand Ende 2015 verbleibt beim Geschäftsklimaindikator für das Dienstleistungsgewerbe aber noch ein deutlicher Abstand.

Betroffen von dem konjunkturellen Rückgang in den ersten drei Monaten des neuen Jahres waren insbesondere die Sektoren Transport und Logistik, die Reisebüros und Reiseveranstalter sowie die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften (u.a. die Zeitarbeitsbranche). Im weiteren Jahresverlauf ist aus heutiger Sicht mit einer leichten konjunkturellen Belebung auch im Dienstleistungssektor zu rechnen. Insbesondere die industrienahen Dienstleister dürften von der erwarteten steigenden Exportnachfrage profitieren. Die konsumnahen Dienstleister werden voraussichtlich wieder mehr Rückenwind von der lebhaften Nachfrage der privaten Haushalte verspüren. Die Dienstleister im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen blieben von der konjunkturellen Abschwächung zu Jahresanfang weitgehend verschont und werden auch weiterhin durch die lebhafte Baukonjunktur begünstigt. Verstärkt wird die positive konjunkturelle Entwicklung durch die öffentlichen und privaten Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration.

Schon seit Längerem wird der Fachkräftemangel von vielen Dienstleistungsunternehmen als ein erheblicher Belastungsfaktor angesehen. Inwieweit sich aus dem großen Reservoir von Flüchtlingen und anderen Zuwanderern geeignete Arbeitskräfte rekrutieren lassen, soll anhand eines Expertenbeitrags im Rahmen des ifo Dienstleisterforums näher untersucht werden.

Frau Eisen, Inhaberin und Geschäftsführerin der Firma EISEN Personal-Service in Nürnberg wird ein Projekt vorstellen, das Wege aufzeigen möchte, über Zeitarbeit Flüchtlinge schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Parallel zur Einführung in die Arbeitswelt werden die Projektteilnehmer einen berufsbegleitenden Unterricht besuchen. Das Vorhaben ist bei der Deutschen Post AG in Nürnberg/Feucht angesiedelt. Die Flüchtlinge werden im Rahmen eines Arbeitsüberlassungsvertrags (IGZ Tarif) unbefristet angestellt und arbeiten ca. 20–25 Stunden pro Woche bei der Deutschen Post AG. Inwieweit dieses Pilotprojekt beispielgebend auch für größere Aktivitäten in der Arbeitsmarktpolitik sein könnte, wird im Rahmen des Forums Dienstleistungen diskutiert werden.



### Programm

ifo Branchen-Dialog 2016  
Mittwoch, 9. November 2016  
IHK-Akademie München, Orleansstraße 10–12

- |           |  |
|-----------|--|
| 9:15 Uhr  | <b>Begrüßung</b><br>Dr. Eberhard Sasse<br>Präsident der IHK für München und<br>Oberbayern  |
| 9:30 Uhr  | <b>Die wirtschaftliche Lage in<br/>Deutschland und Europa</b><br>Prof. Dr. Clemens Fuest<br>Präsident des ifo Instituts  |
| 11:00 Uhr | Kaffeepause  |
| 11:30 Uhr | <b>FORUM 1 * Industrie</b><br><b>FORUM 2 * Handel</b>  |
| 13:00 Uhr | Mittagessen  |
| 14:00 Uhr | <b>FORUM 3 * Bauwirtschaft</b><br><b>FORUM 4 * Dienstleistungen</b>  |
| 15:30 Uhr | Kaffeepause  |
| 16:00 Uhr | <b>Integration durch Qualifikation:<br/>Chancen und Herausforderungen der<br/>Zuwanderung</b><br>Prof. Dr. Ludger Wößmann<br>Leiter des ifo Zentrums für Bildungs-<br>ökonomik |
| 17:00 Uhr | Ausklang   |

# ifo Managerbefragung Frühjahr 2016: Erfahrung mit Flüchtlingen und ihrer Integration

61

Johanna Garnitz und Klaus Wohlrabe

Im Mittelpunkt der Managerbefragung im April stand das Thema Integration von Flüchtlingen in deutschen Betrieben. Wie viele Unternehmen bereits Flüchtlinge eingestellt haben, welche Erfahrungen sie damit überwiegend gemacht haben und welche Pläne sie in Bezug auf die Beschäftigung von Flüchtlingen in den nächsten Monaten haben, beantworteten rund 500 Manager aus den Wirtschaftsbereichen Industrie, Bau, Handel und Dienstleistungen. Zudem gaben sie Auskunft, welche Hindernisse sie bei der Integration von Flüchtlingen in ihr Unternehmen sehen und ob sie bereit wären, (mehr) Flüchtlinge einzustellen, wenn sie dabei Unterstützung erhielten. Die Umfrage wurde im Auftrag der *WirtschaftsWoche* im Zeitraum 31. März 2016 bis 13. April 2016 durchgeführt.<sup>1</sup> Der Artikel stellt einige ausgewählte Ergebnisse vor und vergleicht die Befragung mit der ifo Personalleiterbefragung<sup>2</sup> und einer Befragung des IW Consult im Auftrag des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln.<sup>3</sup>

## Flüchtlingsbewegungen und der deutsche Arbeitsmarkt 2016–2017

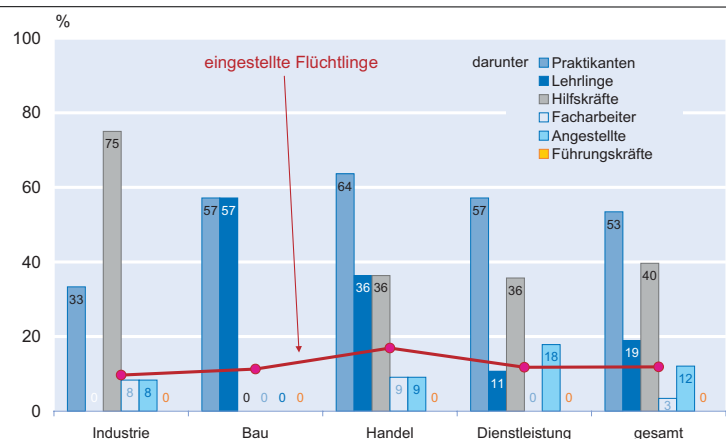
Die Anzahl der Menschen in Arbeit dürfte in diesem und im kommenden Jahr deutlich steigen. Zwar sinkt das inländische Erwerbspersonenpotenzial demographisch bedingt, aber aufgrund anhaltend kräftiger Wanderungsgewinne dürfte sich die Zahl der Erwerbspersonen in diesem und im nächsten Jahr stark erhöhen. Zum einen wandern Menschen aus den anderen EU-Staaten, wenn auch wohl mit geringeren Zuwachsraten, weiter zu. Wegen der nunmehr gewährten vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit dürften vermehrt Arbeitskräfte aus Kroatien kommen, zumal dort die Arbeitslosigkeit hoch ist. Zum anderen fällt die Flüchtlingsmigration auf dem Arbeitsmarkt zunehmend ins Gewicht, denn die Zahl derjenigen Flüchtlinge, die einen Aufenthaltstitel und somit eine Arbeitserlaubnis erhalten, nimmt kräftig zu. Die Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2016 unterstellt, dass im laufenden Jahr 500 000 und im kommenden Jahr 300 000 Personen als Asylsuchende registriert werden.<sup>4</sup> Über die Jugendlichen sind nur Angaben bis Dezember 2015 verfügbar; deren Arbeitslo-

senquote betrug 40,3%. Da es 2015 zu einem Stau bei der Antragsstellung und -bearbeitung kam, der im laufenden Jahr abgebaut wird, dürfte die Zahl der Entscheidungen über Asylanträge mit 800 000 bzw. 700 000 deutlich höher sein. Dabei dürften 570 000 bzw. 520 000 Aufenthaltstitel gewährt werden. Von den betroffenen Personen sind annahmegemäß 76% im erwerbsfähigen Alter; zudem wird angenommen, dass von diesen zwei Drittel dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Alles in allem erhöht sich das Erwerbspersonenpotenzial durch die Flüchtlingsmigration um 310 000 bzw. 220 000; jahresdurchschnittlich impliziert dies Zuwächse von 170 000 bzw. 310 000.

## 12% haben bereits Flüchtlinge eingestellt und vorwiegend befriedigende Erfahrungen gemacht

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass ein Großteil der Unternehmen bislang noch keine Erfahrungen mit Flüchtlingen gesammelt hat. Insgesamt geben nur 12% der befragten Manager an, im Zuge der anhaltenden Massenzuwanderung nach Deutschland Flüchtlinge in ihrem Unternehmen eingestellt zu haben (vgl. Abb. 1). Dieser Prozentsatz ist etwas höher als die Angaben bei der ifo Personalleiterbefragung, wonach im November 2015 7% der befragten Personalleiter innerhalb der letzten 24 Monate Flüchtlinge in ihrem Unternehmen beschäftigt haben oder aktuell beschäftigen. Während in Industrie-, Bau- und Dienstleistungsunternehmen der Prozentsatz von Unternehmen, die bereits Erfahrung mit Flüchtlingen haben, in der Managerbefragung zwischen 10 und 12% liegt, ist der Anteil in Handelsunternehmen mit 17% deutlich höher. In der ifo Personalleiterbefragung hingegen ließen sich zwischen den großen Wirtschaftsbereichen nur geringe Unterschiede im Anteil der Unternehmen, die Erfahrung mit Flüchtlingen haben, feststellen. Dort lag der Handel mit einem Anteil von 6% unter dem Verarbeitenden Gewerbe und den Dienstleistun-

Abb. 1  
Einstellungsverhalten und -art<sup>a)</sup> der Unternehmen



<sup>a)</sup> Einstellungsart: Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: ifo Managerbefragung April 2016.

<sup>1</sup> Detaillierte Ergebnisse, u.a. aufgegliedert nach Wirtschaftszweigen und Größenklassen, finden sich auf der Website des ifo Instituts unter [www.ifo.de/managerbefragung](http://www.ifo.de/managerbefragung). Die *WirtschaftsWoche* berichtete in der Ausgabe Nr. 19 auf den Seiten 22 bis 26 über die Umfrage.

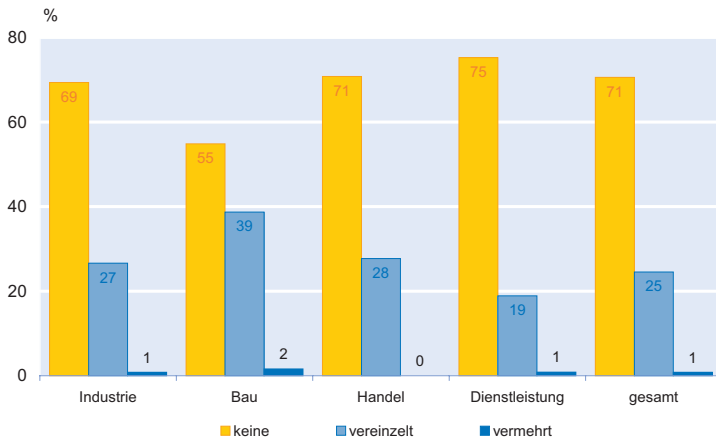
<sup>2</sup> Die Sonderfragen zu den Arbeitsmarktchancen von Flüchtlingen beantworteten im November 2015 ca. 1 000 Personalleiter aus dem Verarbeitenden Gewerbe sowie dem Dienstleistungssektor (einschließlich Einzel- und Großhandel).

<sup>3</sup> IW Consult befragte vom 3. bis 19. Februar 2016 online mehr als 900 Unternehmen zu ihren Erfahrungen mit der Beschäftigung von Flüchtlingen. Die Befragung richtete sich an Geschäftsführer von Unternehmen aus den Bereichen Industrie und industriennahe Dienstleister.

<sup>4</sup> Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2016).



**Abb. 2**  
**Beschäftigungspläne der Unternehmen für Flüchtlinge in den nächsten Monaten**



Quelle: ifo Managerbefragung April 2016.

gen (jeweils 8%). In der Befragung des IW Consult war der Anteil der Unternehmen, die in den letzten fünf Jahren Flüchtlinge beschäftigt haben oder derzeit Flüchtlinge beschäftigen, im Dienstleistungs- und Bausektor mit 5,5% um die Hälfte niedriger als in der ifo Managerbefragung. Im Verarbeitenden Gewerbe sind die Zahlen hingegen fast identisch (12% bzw. 10%). Die Tendenz, je größer das Unternehmen, desto höher generell die Einstellungsbereitschaft von Flüchtlingen, spiegelt sich in allen drei Umfragen gleichermaßen wider. So haben laut ifo Managerbefragung 8% der Firmen mit bis zu 49 Beschäftigten, 12% der Unternehmen mit 50–199 Beschäftigten und 24% mit mehr als 200 Beschäftigten Erfahrung mit Flüchtlingen.

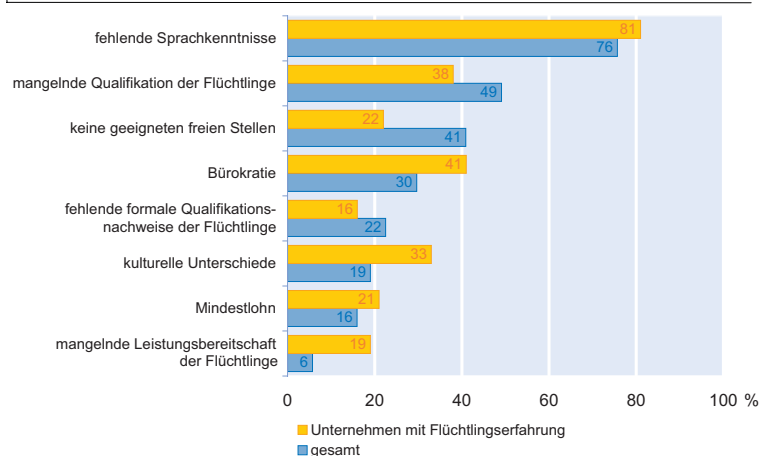
Das am weitesten verbreitete Einstellungsverhältnis von Flüchtlingen war das des Praktikanten (53%). Aber auch als Hilfskräfte (40%) wurden Flüchtlinge eingestellt. Nur 19% wurden als Lehrlinge und 12% als Angestellte beschäftigt. Ein Blick in die Wirtschaftszweige zeigt hingegen einige Unterschiede, die jedoch aufgrund der insgesamt geringen Fallzahlen bei den Einstellungsvarianten nicht zu stark interpretiert werden sollten. Die beliebteste Einstellungsart für Flüchtlinge war in der Industrie die der Hilfskraft (75%). Die Chance, als Flüchtling ein Angestelltenverhältnis zu erlangen, war bei Dienstleistungsfirmen mit 18% am höchsten. Als Führungskraft wurde laut den befragten Managern kein Flüchtling eingestellt (vgl. Abb. 1). Dagegen ist die Chance, als Flüchtling im Rahmen eines Praktikums zu arbeiten, bei größeren Firmen mit mehr als 200 Beschäftigten am größten. Das ist wenig verwunderlich, zumal bei größeren Firmen nicht nur die Strukturen für ein Praktikum häufiger gegeben, sondern meist auch mehr Praktikumsplätze verfügbar sind.

Unter denjenigen Unternehmen, die bereits Flüchtlinge eingestellt haben, haben zwei Drittel überwiegend befriedigende Erfahrungen gemacht: Die beschäftigten Asylbewerber haben die Erwartungen mit Blick auf ihre Qualifikation erfüllt. Jeweils etwa ein Sechstel hat sowohl gute bis sehr gute bzw. eher schlechte bis sehr schlechte Erfahrungen gesammelt. Auch wenn hier die Fallzahlen für eine aussagekräftige Analyse zu niedrig sind, gibt es die Tendenz, dass vor allem Industrieunternehmen schlechtere Erfahrungen mit Flüchtlingen gemacht haben als Firmen in anderen Wirtschaftszweigen – unabhängig von der jeweiligen Einstellungsart.

### Haben Unternehmen bereits Erfahrungen mit Flüchtlingen gesammelt, sind sie bezüglich einer geplanten Beschäftigung offener

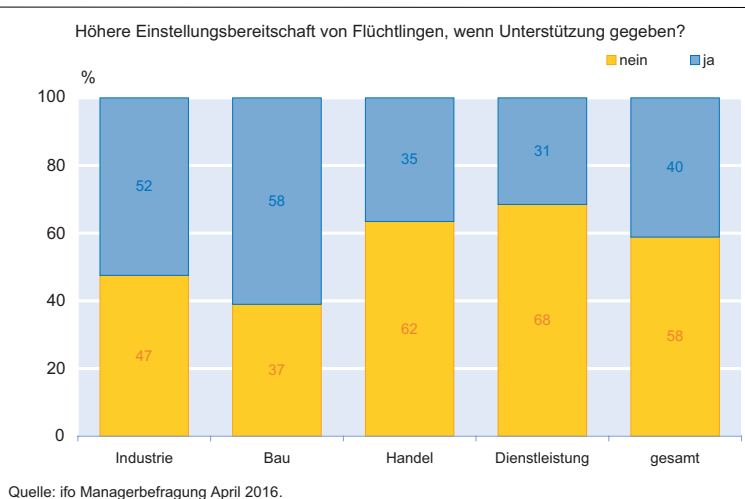
Etwa 70% der befragten Manager planen, in den nächsten Monaten keine Flüchtlinge einzustellen (vgl. Abb. 2). Nur ein Viertel möchte in dieser Zeit vereinzelt Flüchtlinge einstellen, wobei die Manager im Baugewerbe mit fast 40% etwas einstellungsfreundlicher gegenüber Flüchtlingen sind als der Durchschnitt. Typischerweise steigt die Einstellungsbereitschaft je größer das Unternehmen ist: Ab 200 Beschäftigten planen insgesamt über 50%, in naher Zukunft vereinzelt Flüchtlinge einzustellen. Am interessantesten jedoch sind die Ergebnisse, wenn die Teilstichproben von Unternehmen mit oder ohne Erfahrung mit Flüchtlingen jeweils gegenübergestellt werden: Während lediglich 19% der Unternehmen ohne Erfahrungen mit Flüchtlingen in den nächsten Monaten diese beschäftigen wollen, steigt der Anteil unter den Firmen mit Erfahrung auf 66%. Die ifo Managerbefra-

**Abb. 3**  
**Die größten Hemmnisse bei der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt**



Quelle: ifo Managerbefragung April 2016.

**Abb. 4**  
**Einstellungsbereitschaft in Abhängigkeit von Unterstützung**



gung kommt hier zu denselben Ergebnissen wie die anderen beiden Studien.

**Fehlende Sprachkenntnisse sind die größten Hemmnisse für die Integration**

Zu den größten Hemmnissen bei der Integration von Flüchtlingen befragt, nannte die Mehrheit der teilnehmenden Manager fehlende Sprachkenntnisse (76%) (vgl. Abb. 3). An zweiter und dritter Stelle folgen die mangelnde Qualifikation der Flüchtlinge (49%) und keine geeigneten freien Stellen (41%). Bürokratie (30%) und fehlende Qualifikationsnachweise der Flüchtlinge (22%) sind weitere Integrationshindernisse. Lediglich etwa ein Fünftel der Unternehmer sehen kulturelle Unterschiede und noch etwas weniger den Mindestlohn (16%) als Hemmnis. Eine mangelnde Leistungsbereitschaft befürchten nur 6% der Manager. Die Ränge der möglichen Hemmnisse waren in allen Wirtschaftsbereichen recht homogen, mit Ausnahme des Mindestlohns: Dieser erhielt im Bau einen höheren Stellenwert (37%) als in den anderen Wirtschaftsbereichen. Auch sehen die befragten Manager im Baugewerbe weniger das Problem der ungeeigneten Stellen (27%). Im Größenklassenvergleich fällt auf, dass Firmen ab 200 Beschäftigten die Bürokratie als ein größeres Hindernis (40%) ansehen als kleinere Firmen.

Welche tatsächlichen Hemmnisse für die Integration von Flüchtlingen eine Rolle spielen, lässt sich am besten aus den Antworten der Unternehmer ablesen, die bereits Erfahrung mit Flüchtlingen haben. Das größte Hindernis bleibt bei dieser Untergruppe die fehlende Sprachkenntnis (81%). An zweiter

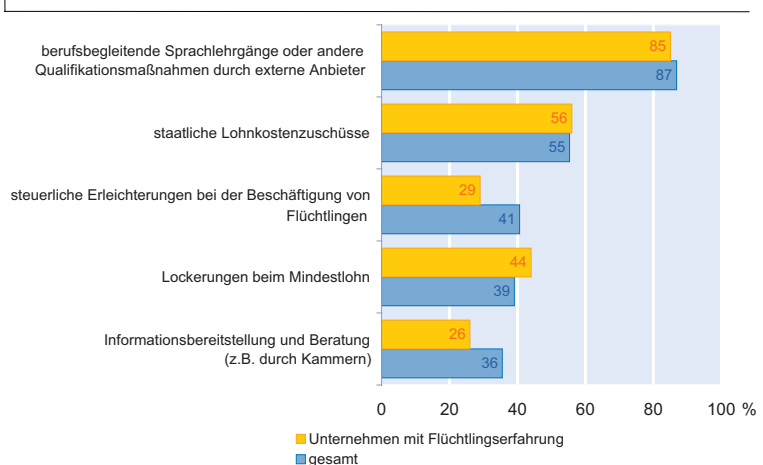
Stelle folgt hier jedoch unmittelbar die Bürokratie mit 41%. Kulturelle Unterschiede und eine mangelnde Leistungsbereitschaft erhalten einen höheren Stellenwert hinsichtlich eines Integrationshindernisses bei Unternehmen mit Flüchtlingserfahrung (33% vs. 19%). Das heißt, diese Aspekte werden von den Managern ohne Einstellungserfahrung von Flüchtlingen unterschätzt. Die mangelnde Qualifikation hingegen wird von Firmenchefs ohne Erfahrung überschätzt (49% vs. 38% bei Unternehmen mit Flüchtlingserfahrung).

Diese Ergebnisse stimmen sowohl mit den Ergebnissen der ifo Personalleiterbefragung als auch mit denen des IW Consult überein, wonach überwiegend fehlende Sprachkenntnisse der Beschäftigung von Flüchtlingen im Wege stehen. Ähnlich wie bei der ifo Managerbefragung zeigt sich in der ifo Personalleiterbefragung bei einer Teilstichprobe mit Unternehmen, die bereits Flüchtlinge beschäftigt hatten, dass Sprachbarrieren ein wichtiger Behinderungsfaktor für die Integration ist. Auch in puncto Qualifikation wird in beiden Umfragen deutlich, dass Unternehmen mit Erfahrung in der Beschäftigung von Flüchtlingen weniger Bedenken haben als Firmen ohne vorherigen Berührungspunkt.

**Personalpolitik in Bezug auf Flüchtlinge unabhängig von externer Hilfe**

Auf die Frage, ob die Manager bereit wären, (mehr) Flüchtlinge einzustellen, wenn sie dabei Unterstützung erhielten, antwortete die Mehrheit (58%) mit nein (vgl. Abb. 4). Ein Blick in die einzelnen Wirtschaftsbereiche verrät allerdings,

**Abb. 5**  
**Gewünschte Unterstützung bei der Einstellung von Flüchtlingen**



dass Industrie- und Bauunternehmen vermehrt bereit wären, (mehr) Flüchtlinge einzustellen, wenn sie Unterstützung bekämen (52% bzw. 58%). Berufsbegleitende Sprachlehrgänge oder andere Qualifikationsmaßnahmen durch externe Anbieter wären dabei die beliebtesten Hilfsmaßnahmen (87%) (vgl. Abb. 5). An zweiter Stelle der gewünschten Unterstützung folgten staatliche Lohnkostenzuschüsse (55%), vor allem im Handel (70%), steuerliche Erleichterungen bei der Beschäftigung von Flüchtlingen (41%) und Lockerungen beim Mindestlohn (39%), hier vor allem im Baugewerbe (50%). Informationsbereitstellung und Beratung würden sich lediglich 36% wünschen, beim Handel ist dieser Prozentsatz mit 48% etwas höher. Außerdem lässt sich festhalten, je größer die Firma im Sinne von der Anzahl der Beschäftigten, desto mehr wünscht sie sich Unterstützung und gegebenenfalls Vorteile bei der Beschäftigung von Flüchtlingen. Werden bei dieser Frage wiederum die Teilstichprobe der Unternehmen mit Flüchtlingserfahrung separat betrachtet, so erhält die Unterstützung in Form von Lockerungen beim Mindestlohn einen wichtigeren Stellenwert (44%) als steuerliche Erleichterungen (29%).

### Zusammenfassung

Die unterschiedlichen Umfragen zum Thema Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen kommen zu sehr ähnlichen Ergebnissen. Bisher haben nur wenige Unternehmen Flüchtlinge eingestellt. Das Haupthindernis sind fehlende Sprachkenntnisse. Es zeigt sich jedoch auch, wenn Unternehmen bereits Erfahrungen mit Flüchtlingen als Mitarbeitern gesammelt haben, dann zeigen sie sich offener für weitere Einstellungen. Auch wenn staatliche Unterstützung gewährt werden sollte, wollen laut Umfrage weiterhin eine Mehrheit der Firmen keine Flüchtlinge einstellen. Die Ergebnisse deuten insgesamt darauf hin, dass die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen ein sehr langer Prozess sein wird.

### Literatur

Falck, O., G. Felbermayr, A. Jacob-Puchalska und P. Poutvaara (2016), »Arbeitsmarktchancen von Flüchtlingen«, *ifo Schnelldienst* 69(4), 83–85.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2016), *Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der aktuellen Flüchtlingsmigration – Stellungnahme zur Anhörung des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie am 16. März 2016, Berlin*, verfügbar unter: [http://www.iwkoeln.de/\\_storage/asset/273080/storage/master/file/8984114/download/IW-K%C3%B6ln\\_FI%C3%BCchtlingsmigration\\_Stellungnahme.pdf](http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/273080/storage/master/file/8984114/download/IW-K%C3%B6ln_FI%C3%BCchtlingsmigration_Stellungnahme.pdf).

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2016), »Aufschwung bleibt moderat – Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert«, *ifo Schnelldienst* 69(8), 3–59.

Sandra Gschnaller, Jana Lippelt, Marie-Theres von Schickfus und Moritz Bohland

Einst war die Region der Arktis ein wenig Aufmerksamkeit erregendes Gebiet nördlich des Polarkreises. Klirrende Kälte und große Eismassen ließen das Nordpolarmeer unter einer scheinbar persistenten Meereisdecke verschwinden. Bezüglich der räumlichen Abgrenzung der Arktis existieren verschiedene Auffassungen. Nach der gängigsten Definition umfasst die Arktis alle Gebiete nördlich des Polarkreises (66,57°). Eine alternative Definition beinhaltet jene Gebiete rund um den Nordpol, für die die Durchschnittstemperatur des wärmsten Monats unter 10°C – die sogenannte 10°C-Juli-Isotherme – liegt, was in etwa der Baumgrenze entspricht. Die Definition des vom Arktischen Rat herausgegebenen »Arctic Human Development Report« wiederum bildet einen Kompromiss aus verschiedenen Definitionen und orientiert sich an der Frage, innerhalb welcher geographischer Grenzen natur- und sozialwissenschaftliche Forschung über arktische Fragen stattfinden sollte. Die so definierte Arktis ist 40 Mio. km<sup>2</sup> groß und Heimat von 4 Mio. Menschen, von denen etwa 2 Millionen in Russland leben und 10% der indigenen Bevölkerung angehören (vgl. Young und Einarsson 2004; Stepień, Kankaanpää und Koivurova 2015). In jeder Definition grenzt das arktische Gebiet an die Festlandsmassen der drei Kontinente Nordamerika, Asien und Europa und schließt Teile der Landmassen von Kanada, USA (Alaska), Dänemark (Grönland), Russland, Island, Norwegen, Schweden und Finnland mit ein. Der arktische Ozean nimmt eine Fläche von 19 Mio. km<sup>2</sup> ein. Das den Ozean großräumig bedeckende Meereis spielt eine wichtige Rolle für das globale Klima, indem es den zentralen Wärme- und Süßwasseraustausch der polaren Ozeane steuert (vgl. Alfred-Wegener-Institut 2014).

In Folge des Klimawandels und des damit verbundenen Temperaturanstiegs auf der Erde rückt die Arktis verstärkt in den internationalen Fokus. In keiner anderen Region der Erde wurden die Auswirkungen des Klimawandels bis jetzt so deutlich wie hier. Der Anstieg der Temperatur in dieser Region vollzieht sich mit einer doppelt so hohen Geschwindigkeit wie in den restlichen Teilen der Erde und lässt den Rückgang des Eises umso drastischer ausfallen (vgl. NOAA 2014). Die Eisschmelze und die damit verbundene bessere Zugänglichkeit des arktischen Ozeans hat auch einen Hype um arktische Ressourcen ausgelöst. Dabei beschränken sich die Folgen der Schmelze des Meer- und Inlandeises nicht nur auf die arktische Polarregion, sondern haben aufgrund des Einflusses auf das globale Klimasystem auch weitreichende Konsequenzen für den gesamten Planeten.

## Getriebene des Klimawandels

In den vergangenen Jahren litt die arktische Meereisdecke immer stärker unter den Auswirkungen der ansteigenden Temperaturen und versetzte zahlreiche Wissenschaftler in

Alarmbereitschaft. Auch für das Jahr 2016 wird eine Meer-eisschmelze verheerenden Ausmaßes prognostiziert (vgl. Alfred-Wegener-Institut 2016). Im Januar dieses Jahres wurde die kleinste Meereisfläche für diesen Kalendermonat seit dem Beginn der Satellitenaufzeichnung festgehalten. Mit 13,5 Mio. km<sup>2</sup> lag die Meereisausdehnung um 0,9 Mio. km<sup>2</sup> unter der langjährigen durchschnittlichen Januar-Ausdehnung von 14,4 Mio. km<sup>2</sup> während des Zeitraums 1981–2010. Aufgrund der unzureichenden winterlichen Erholung der Meereisdecke befürchteten Wissenschaftler innerhalb der Sommermonate dieses Jahres einen erneuten jährlichen Negativrekord, der das Rekordminimum der Meereisausdehnung von 3,4 Mio. km<sup>2</sup> im Jahr 2012 unterschreiten könnte (vgl. Abb. 1; vgl. Alfred-Wegener-Institut 2016). Bei einem fortschreitenden Erwärmungstrend könnte der arktische Ozean in den 2030er Jahren im Sommer fast eisfrei sein (vgl. Wang und Overland 2012). Die Vorhersagen von Klimamodellen für die Arktis sind allerdings mit vergleichsweise hoher Unsicherheit behaftet: häufig sind sie nur begrenzt in der Lage, die Kryosphäre (also die Vorkommen von Eis) detailliert abzubilden und die Folgen von Eisschmelze präzise zu modellieren. Dies liegt auch daran, dass es den Klima- und Eisdaten für das Polargebiet an Genauigkeit mangelt, so dass es schwieriger ist, Prozesse nachzuvollziehen und in Modelle zu übernehmen. Klimaforscher fordern deshalb insbesondere mehr Bodenstationen sowie Satellitensysteme, die auch den Nordpol abdecken (vgl. Strahlendorff et al. 2015).

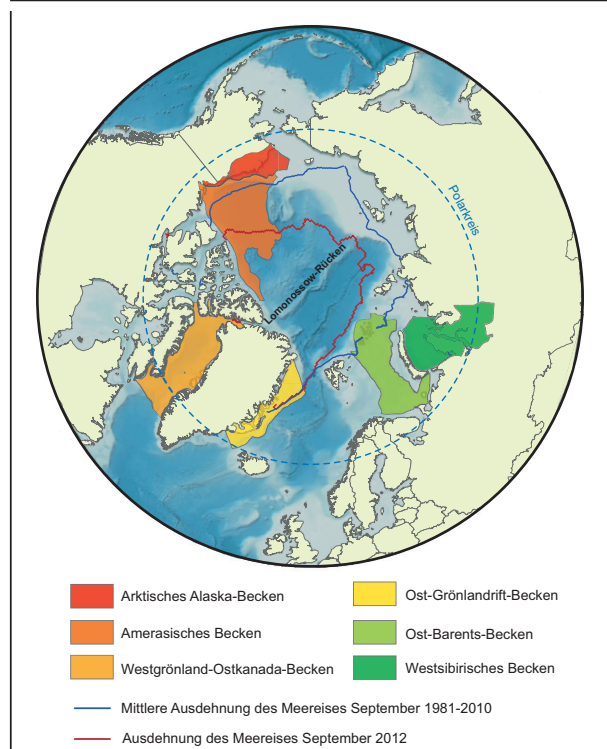
Trotz der Unsicherheiten ist klar, dass der Klimawandel in der Arktis direkte Auswirkungen auf die Biodiversität und auf die menschlichen Bewohner der Arktis hat. Vom Meer-eis abhängige Spezies sind bedroht, zudem führen Treibhausgasemissionen zu einer Versauerung des Meerwassers und verändern somit die Lebensbedingungen für die marine Flora und Fauna. Bereits heute kann man zudem beobachten, dass invasive Arten zunehmend den Platz von traditionellen Arten einnehmen (vgl. Strahlendorff et al. 2015). Neben den Auswirkungen auf das Meereis betrifft der Klimawandel auch die arktischen Landflächen. Hier führen die veränderten Niederschlagsmengen und Frostzeiten zu einer Reduktion und Verschiebung potenzieller Lebensräume für Flora und Fauna. Die indigene Bevölkerung hat deshalb Schwierigkeiten, ihre traditionelle Lebensweise fortzuführen: sie ist auf verlässliche Vorkommen von Beutetieren und auf Weideflächen für Rentiere angewiesen. Zudem kann der tauende Permafrost und veränderte Schnee- und Eisbedeckung die Nutzung von traditionellen Transportrouten gefährlich bis unmöglich machen (vgl. Strahlendorff et al. 2015). Andererseits gibt es Stimmen, die auf die Chancen des Klimawandels hinweisen, z.B. im Hinblick auf verbesserte Bedingungen für Landwirtschaft, geringere Instandhaltungskosten für Infrastruktur und vereinfachte Exportmöglichkeiten auf arktischen Seerouten (vgl. Mettinen 2013).

### Chancen des Klimawandels? Fossile und andere Bodenschätze der Arktis

Der Trend der steigenden Temperatur und der schrumpfenden Meereisausdehnung insbesondere in den Sommermonaten bringt neben den sozioökologischen auch weitreichende Veränderungen des geoökonomischen Potenzials der Arktis mit sich. Bereits in der Vergangenheit sind im arktischen Ozean Rohstoffvorkommen von weltweiter Bedeutung entdeckt worden. Darüber hinaus gehen Wissenschaftler davon aus, dass sich noch zahlreiche weitere Lagerstätten an natürlichen Ressourcen unter dem arktischen Meereis befinden. Neben der im Sommer immer drastischer verschwindenden Meereisdecke und den damit verbundenen Schiffstransportmöglichkeiten rückt die Arktis auch aufgrund technischer Fortschritte hinsichtlich der Gewinnung von Kohlenwasserstoffen immer stärker in den internationalen Fokus im Wettlauf um die Entdeckung von neuen Ressourcenvorkommen (vgl. Gautier et al. 2009). Vor allem die energetischen Ressourcen wie Erdöl und Erdgas sind von großer Bedeutung. Schätzungen einer Studie des U.S. Geological Survey (USGS) zufolge liegen nördlich des Polarkreises ca. 13% der weltweit noch unentdeckten Öl- und 30% der noch unentdeckten Gasvorkommen (vgl. USGS 2008). Die größten Vorkommen von Öl und Gas werden innerhalb von Meeresbecken in einer relativ geringen Tiefe unterhalb von 500 Metern vermutet. Dabei sollen mehr als 70% der unentdeckten Ölvorkommen im arktischen Alaska-Becken, im Westgrönland-Ostkanada-Becken, im amerasischen Becken, im östlichen Barents-Becken und im östlichen Grönland-Becken liegen. Hinsichtlich des noch unentdeckten Gases prognostiziert die Studie, dass sich mehr als 70% der Vorkommen innerhalb des westsibirischen Beckens, des östlichen Barents-Becken und des arktischen Alaska-Beckens befinden (vgl. Abb. 1). Es ist wichtig zu erwähnen, dass die Frage der zunehmenden Schifffahrt in der Arktis eng mit dem Ressourcenabbau verknüpft ist. Erst die Möglichkeit des Transports aufgrund schwindenden Meereises macht den Abbau realisierbar; zudem ist es bei aller Diskussion um transarktische Routen vielmehr der Transport von arktischen Ressourcen, der für den Anstieg des Schiffsverkehrs in der Arktis relevant war und nach Experteneinschätzungen auch sein wird (vgl. Sander et al. 2015; Lasserre und Pelletier 2011).

Es stellt sich die Frage, ob bzw. ab wann die Erschließung der Ressourcenvorkommen in der Arktis wirtschaftlich rentabel ist. Insbesondere die Bohrungen innerhalb der arktischen Gewässer sind mit hohen Risiken und Kosten verbunden. Das extreme Wetter stellt eine außerordentliche Herausforderung für die Logistik und die Förderung dar (vgl. Conley 2013). Trotz des Trends der schrumpfenden Meereisdecke und des verlockenden Szenarios einer eisfreien Arktis in den Sommermonaten ist der Ressourcenabbau wahrscheinlich auch in Zukunft nur zeitlich beschränkt möglich. Dies bedeu-

**Abb. 1**  
Seebecken mit höchstem Ressourcenpotenzial und Meereisausdehnung in der Arktis



Quelle: National Snow & Ice Data Center (2016), Sea Ice Index; Armap (2009) Arctic Research Mapping Application; USGS (2015), Circum-Arctic Resource Appraisal.

tet große zeitliche Verzögerungen für den Abbau und lässt die Attraktivität für Investitionen in den Ressourcenabbau in der Arktis sinken (vgl. Wood-Donnelly 2016).

Trotzdem erhoffen sich zahlreiche Konzerne ein lukratives Geschäft mit der Förderung von Öl und Gas in den arktischen Gewässern. In den letzten Jahren sorgte der Ölkonzern Shell sicherlich für das größte Aufsehen in Zusammenhang mit Bohrungen in der Arktis. Im Jahr 2012 erteilte die amerikanische Regierung dem Konzern das Recht für insgesamt vier Testbohrungen in der arktischen Tschuktschen und Beaufort See vor Alaska. Von Umweltschützern wurde das Vorgehen immer wieder sehr scharf kritisiert. Bis jetzt fehlt es nach wie vor an grundlegendem Wissen für ein angemessenes Katastrophenmanagement. Zum Beispiel ist immer noch unbekannt, wie sich Erdöl in Interaktion mit dem Meereis verhält. Für Shell bedeutete das Vorhaben deshalb nicht nur explodierende Kosten, die sich letztendlich auf umgerechnet 6,3 Mrd. Euro beliefen, sondern auch einen deutlichen Imageverlust. Nach zahlreichen Verzögerungen und mangelndem Erfolg hat sich der Ölkonzern im September 2015 dazu entschieden, die Bohrungen in der Arktis mit hohen finanziellen Verlusten einzustellen (vgl. Lewis 2015). Dagegen gibt es zahlreiche weitere Ölkonzerne, die derzeit in der Arktis aktiv sind. Darunter befinden sich z.B. die Konzerne Eni und OMV.



Der Reichtum an Ressourcen beschränkt sich jedoch nicht nur auf den Meeresgrund des arktischen Ozeans und seinen Nebenmeeren, sondern erstreckt sich auch über die anliegenden Festlandsmassen. Die Ressourcenvorkommen auf den angrenzenden arktischen Festlandssockeln schließen neben den energetischen Ressourcen auch zahlreiche mineralische Rohstoffe mit ein. Diese wahren Schatzkammern reichen von Seltenen Erden, Edelmetallen (Platin, Gold, Silber), Eisenerz und Nicht-Eisenmetallen (Nickel, Kupfer), Industriemineralen (Phosphat) bis hin zu Edelsteinen (z.B. Diamanten) (vgl. BGR 2014). Beispielsweise lagern unter dem grönländischen Eisschild zahlreiche Vorkommen an natürlichen Rohstoffen wie z.B. Seltenen Erden, die mit der Schmelze des Inlandseises zunehmend frei gelegt werden. Schätzungen zufolge handelt es sich um eine der größten bis jetzt entdeckten Lagerstätten der Erde (vgl. BGR 2014). Grönland verspricht sich von einem potenziellen Abbau eine zunehmende finanzielle Unabhängigkeit von Dänemark sowie vom Fisch- und Krabbenexport, der neben dem Klimawandel unter starker Überfischung leidet (vgl. Rüttinger et al. 2015). Besonders der für den Abbau anvisierte Standort Kvanefjeld verfügt neben den Seltenen Erden über einen hohen Anteil an Uran (228 000 t). Im Sommer 2015 gab Grönland die Genehmigungsphase für den umstrittenen Abbau bekannt und einigte sich mit Dänemark über den Uranexport (vgl. Nuklearforum Schweiz 2016). Entscheidend für den endgültigen Vertragsabschluss mit den Abbaufirmen wird sein, ob es im letzten Moment noch zu einem Referendum über die Weiterführung der Abbauvorhaben kommt. Die Gegner des Uranabbaus befürchten, neben den ökologischen Auswirkungen, nicht von den zusätzlichen Arbeitsplätzen zu profitieren, da die Jobs u.a. an Gastarbeiter vergeben werden dürfen (vgl. Rüttinger et al. 2015). Die Chancen und Risiken des Bergbaus in bisher unerschlossenen Gebieten der Arktis beschränken sich dabei jedoch nicht allein auf Grönland, sondern finden in mehreren Ländern in der Region statt.

### **Treiberin des Klimawandels: Rückkopplungseffekte im Klimasystem**

Im Gebiet um den Nordpol sind nicht nur die Auswirkungen des Klimawandels besonders groß; sie führen hier auch auf besondere Weise zu einer weiteren Verstärkung der Erderwärmung. Der Verlust an Eisoberfläche löst über den Eis-Albedo-Effekt Rückkopplungsprozesse auf das globale und regionale Klima aus. Die Albedo bemisst den Anteil an Strahlung, der von einer Oberfläche zurück in die Atmosphäre gestrahlt wird. Sie ist stark von der Farbe und Struktur einer Oberfläche abhängig. Helle, von Eis und Schnee bedeckte Oberflächen reflektieren einen großen Teil der einfallenden Sonnenstrahlung, das heißt, sie besitzen eine hohe Albedo. Durch den Rückstrahlungseffekt leistet das arktische Eis einen wichtigen Beitrag zur Temperaturregulie-

rung unseres Planeten. Im Gegensatz dazu besitzt die dunkle Oberfläche des Ozeans eine geringe Albedo, da diese den großen Teil der einfallenden Sonnenstrahlung nicht reflektiert, sondern absorbiert. Die zurückgehende Meereisausdehnung legt immer mehr Ozeanfläche frei und lässt deshalb die Albedo der arktischen Oberfläche sinken. Durch die vermehrte Absorption der Sonneneinstrahlung kommt es zu weitreichenden Veränderungen im Strahlungshaushalt, und der Temperaturanstieg wird abermals verstärkt (vgl. Bargali 2008). Durch diesen Rückkopplungseffekt entsteht letztendlich ein sich selbst verstärkender Prozess von zunehmender Eisschmelze und ansteigenden Temperaturen, der die »arktische Amplifikation« antreibt, also die überproportionale Erwärmung des arktischen Klimas.

Das Schmelzen des arktischen Meereises gilt deshalb als einer der »Kippelemente« der Erderwärmung: Solche Bestandteile des Erdsystems können durch den menschlich verursachten Treibhausgasausstoß und darauf folgende selbstverstärkende Prozesse mehr oder weniger abrupt in einen neuen, meist unumkehrbaren Zustand versetzt werden (vgl. PIK 2016). Das arktische Meereis gilt als das sensibelste Kippelement, da es schon bei 0,5–2°C Erwärmung ausgelöst wird (vgl. Flachland 2010). Es wird allerdings als reversibel betrachtet (vgl. Wassmann und Lenton 2012). Neben dem innerarktischen Rückkopplungseffekt, der einen indirekten Einfluss auf die globale Temperaturregulierung hat, lässt sich in der Arktis ein weiteres Kippelement mit unmittelbarer globaler Bedeutung identifizieren: das erwartete Schmelzen der Permafrostböden des arktischen Festlandes. Die tauenden Böden gefährden einerseits die lokale Infrastruktur in Form der Zerstörung von Straßen und Siedlungen, da sich der ehemals feste Boden senkt oder in eine instabile Sumpflandschaft verwandelt. Darüber hinaus werden große Mengen an ehemals im Boden gespeichertem Methan freigesetzt werden, dessen Klimawirkung jene von Kohlenstoffdioxid bei weitem übersteigt (vgl. IPCC 2007). Demzufolge kann das durch die tauenden Permafrostböden freigesetzte Methan zu einem irreversiblen globalen Rückkopplungseffekt führen und den Treibhauseffekt verstärken. Die Temperaturempfindlichkeit der Kippelemente gilt als ein Grund, warum sich die Weltgemeinschaft auf eine Begrenzung der Erwärmung auf 2°C verständigt hat, um einen »gefährlichen Klimawandel« zu vermeiden (vgl. Bentz-Hözl 2014). Jüngere Studien kommen allerdings zu dem Schluss, dass bereits bei einem Temperaturanstieg um 1,5°C signifikante Mengen sibirischen Permafrosts auftauen könnten (vgl. Vaks et al. 2013).

### **Treiberin des Klimawandels: Anthropogener Rückkopplungseffekt**

Durch den Klimawandel und die mit ihm verbundenen Schmelze des Eises wachsen, wie beschrieben, die Mög-

lichkeiten hinsichtlich des Ressourcenabbaus in der Arktis. Bereits in den vergangenen Jahrzehnten kamen rund 25% der weltweiten Produktion von Gas und 10% der weltweiten Produktion von Öl aus den arktischen Gebieten (vgl. Łuszczuk et al. 2015). Der Abbau der energetischen Ressourcen beschränkte sich dabei überwiegend auf das Festland und auf küstennahe Gebiete. Das weitere nördliche Vordringen der Ressourcenausbeutung auf dem Meeresgrund des arktischen Ozeans stellt dabei nicht nur ein hohes Risiko für das Ökosystem dar. Die Verbrennung von fossilen Rohstoffen ist mit einem Ausstoß von Kohlenstoffdioxid verbunden, der wiederum den Klimawandel verstärkt und das arktische Eis zusätzlich unter Druck setzt. So besteht neben den oben beschriebenen physischen Rückkopplungseffekten auch ein anthropogen verursachter Rückkopplungseffekt. Hinsichtlich des Übereinkommens von Paris aus dem Jahr 2015 mit der Absicht, die Klimaerwärmung auf 2°C zu beschränken, erscheint die Diskussion um den Abbau fossiler Ressourcen in der Arktis paradox (zu den mit dem 2°C-Ziel vereinbaren Abbaumengen und -orten vgl. McGlade und Ekins 2015). Dennoch ist es auch wichtig, die Situation der Bewohner der Arktis zu beachten. In vielen arktischen Staaten haben die indigenen Völker inzwischen weitreichende Landrechte und sind somit in der Lage, über Ressourcenabbau und Pipelines zu verhandeln (vgl. Wright und White 2012). In Kanada beispielsweise haben sie eine führende Rolle im Kampf gegen Pipelines eingenommen, die über mehr als 1 100 Kilometer von Ölsandfeldern nach British Columbia führen sollten (vgl. Stonington 2015). Auf der anderen Seite bedroht unter anderem der Klimawandel die traditionellen Lebensgrundlagen der Ureinwohner, so dass die Beteiligung an Ölfeldern oder Pipelines für sie (wie auch für die weitere arktische Bevölkerung) eine dringend benötigte ökonomische Chance ist (vgl. Anderson, Schneider und Kayseas 2008). Sie nehmen also als stark Betroffene des Klimawandels implizit seine Verstärkung in Kauf. Ob allerdings die lokale Bevölkerung ökonomisch von Öl- und Gasbohrungen tief im arktischen Ozean profitieren kann, ist eine andere Frage (für ein positives Beispiel vgl. Łuszczuk et al. 2015).

### Politische Situation: Konflikt oder Kooperation?

Die arktischen Länder verfügen über ein spezifisches Kooperationsforum, den Arktischen Rat. Gegründet 1996, hat er das Ziel, die zwischenstaatliche Zusammenarbeit vor allem bei nachhaltiger Entwicklung und Umweltschutz zu fördern, und das unter Einbezug von indigenen Gruppen (sechs Organisationen der indigenen Bevölkerung sind »ständige Mitglieder« des Arktischen Rates und müssen vor jeder Entscheidung des Rates konsultiert werden). Die von den Arbeitsgruppen des Arktischen Rates erstellten Berichte und ihre Empfehlungen, z.B. zum Klimawandel oder zum menschlichen Entwicklungsstand in der Arktis, fanden brei-

te Beachtung. Der Arktische Rat hat kein Mandat zu Sicherheitsthemen und beruhte zu Beginn nur auf einer gemeinsamen Erklärung. Inzwischen hat er aber zwei bindende Abkommen abgeschlossen, die die Meeranrainer zu gemeinsamen Standards und Kooperation verpflichten: das Abkommen über Such- und Rettungseinsätze in der Arktis und das Abkommen zu Ölunfällen und Verschmutzungen in der Arktis (vgl. Molenaar et al. 2014). Nicht zuletzt aufgrund des gestiegenen Schifffahrtsaufkommens engagierte sich der Arktische Rat darüber hinaus als spezieller Akteur bei der Entwicklung und Verabschiedung des »Polar Codes« im Rahmen der Vereinten Nationen. Dieser erweitert die Sicherheits- und Umweltschutzverpflichtungen für Schiffsbetreiber unter dem Schifffahrtsrecht der International Maritime Organisation (IMO), sobald sie arktische Gewässer erreichen, und wird voraussichtlich 2017 in Kraft treten. Insbesondere vielen Umweltorganisationen gehen die Bestimmungen in dem Vertragswerk allerdings nicht weit genug (vgl. Transport & Environment 2014).

Das gestiegene Interesse an arktischer Entwicklung von außerhalb der Arktis spiegelt sich in den Bewerbungen von immer mehr Staaten, Staatenverbänden und Nichtregierungsorganisationen um den Beobachterstatus beim Arktischen Rat. Zu den derzeitigen Beobachtern gehören beispielsweise Deutschland, Polen und China sowie die »International Union for Conservation of Nature« (IUCN) und das »United Nations Development Programme« (UNDP) (vgl. Arctic Council 2016). Die Bewerbung der Europäischen Union wurde abgelehnt, was häufig auf das Einfuhrverbot von Seehundprodukten in die EU zurückgeführt wird (das insbesondere von kanadischer Seite kritisiert wurde), auch wenn dem wohl eher ein allgemeines Unwohlsein mit der Rolle und Agenda der EU als internationaler Akteur zugrunde liegt (vgl. Stępień und Koivurova 2015).

Innerhalb seines Mandats gilt der Arktische Rat als recht gut funktionierendes Forum, dem es gelingt, sehr diverse Akteure zuverlässig an einen Tisch zu bringen. Die Frage nach der Inanspruchnahme der noch staatenlosen Gebiete des arktischen Ozeans – der Ressourcenabbau erweckt ein ertragsreiches Versprechen für die angrenzenden Staaten – wird jedoch auf multinationaler Ebene verhandelt, im Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (United Nations Convention for the Law of the Sea, UNCLOS). Dieses spricht jedem Land eine 200-Meilen-Zone zu. Diese Zone umfasst die Distanz von der Küste auf den arktischen Ozean und definiert den Raum, über den der jeweilige Anrainerstaat Gebietsansprüche erheben darf. Das zirkumpolare Gebiet um den Nordpol ist demzufolge staatenlos. Ein Land kann außerhalb der definierten 200-Meilen-Zone Gebietsansprüche stellen, insofern es in der Lage ist, durch wissenschaftliche geologische Daten zu beweisen, dass sein Kontinentalsockel über die definierte Zone hinausläuft. In den Bemühungen der Anrainerstaaten

um den Zuspruch der arktischen Gebiete im Rahmen der sogenannten Festlandssockelkommission erlangt der Lomonossov-Rücken große Aufmerksamkeit. Das unterseeische Rückensystem erstreckt sich durch das Nordpolarmeer von Grönland über den Nordpol bis zu den russisch-neusibirischen Inseln. Dabei nimmt der Rücken eine Länge von über 1 800 Kilometer und eine Breite von bis zu 200 Kilometer ein. Obwohl zahlreiche Geologen ausschließen, dass unter dem Lomonossov-Rücken Öl- oder Gasvorkommen liegen könnten, nimmt das Gebiet eine zentrale Rolle in der Diskussion um den Zuspruch der Gebietsrechte ein. Russland betrachtet das Gebirge auf dem Meeresgrund als Fortlauf des asiatischen Kontinents, Grönland hingegen betrachtet es als unterseeischen Fortsatz des grönländischen Schildes (vgl. Greenpeace 2013). Auch andere Anrainerstaaten haben bereits Anträge bei den Vereinten Nationen für Gebietsansprüche in den arktischen Gewässern gestellt.

Viele Beobachter sehen in dem Streit um arktische unterseeische Gebiete ein großes geopolitisches Konfliktpotenzial. Die Seerechtsrahmenkonvention kommt den Staaten zwar gelegen, um ihre Ansprüche zu stellen; allerdings sind ihr zum einen die USA nicht beigetreten und zum anderen hat die dazugehörige Festlandssockelkommission (Commission on the Limits of the Continental Shelf, CLCS) kein Mandat, um bei überlappenden Ansprüchen zu entscheiden (vgl. Wilson 2016). Es liegt also in diesem Fall bei den Parteien selbst, eine Einigung zu finden. Es gibt zuversichtliche Stimmen, die darauf verweisen, dass hinter den offiziellen Ansprüchen gegenüber der CLCS bei jedem Staat sehr unterschiedliche Interessen stehen, die sich wahrscheinlich ausgleichen lassen. Unter Berücksichtigung aller inner- und außerarktischer Interessen läge demzufolge das größte Konfrontationspotenzial in den Beziehungen zwischen der russischen Regierung und ausländischen Firmen, die an Förderungsrechten interessiert sind (vgl. Keil 2015). Andererseits wird aufgrund der undurchsichtigen Lage unter UNCLOS und dem daraus resultierenden geopolitischen Risiko häufig eine erweiterte Rolle für den Arktischen Rat gefordert, bis hin zu der eines Sicherheitsakteurs mit militärischer Kooperation und auf Basis eines »Arktisvertrags«. Die Mitglieder des Arktischen Rates selbst scheinen allerdings eher an einer inkrementellen Aufwertung seiner Rolle interessiert zu sein und verweisen darauf, dass 95% der arktischen Bodenschätze innerhalb nationaler Grenzen liegen (vgl. Wilson 2016).

Von einem »arktischen Goldrausch« zu sprechen, scheint vor diesem Hintergrund tatsächlich übertrieben. Und im Hinblick auf die Klimaziele der Weltgemeinschaft ist es ohnehin fragwürdig, Kohlenwasserstoffe aus dem Boden zu holen, deren Verbrennung die Atmosphäre nicht mehr verkraften kann. Die Arktis als Getriebene des Klimawandels braucht hier womöglich Druck und Hilfe der internationalen

Gemeinschaft, um nicht durch fossile Ressourcenausbeutung noch weiter zur Klimatreiberin zu werden.

## Literatur

Alfred-Wegener-Institut (2016), »Der Arktis droht ein Meereisverlust wie im Negativrekordjahr 2012«, Presseartikel, 21. April.

Alfred-Wegener-Institut (2014), »Meereisportal«, verfügbar unter: <http://www.meereisportal.de/>.

Anderson, R., B. Schneider und B. Kayseas (2008), »Indigenous Peoples' Land And Resource Rights«, Research Paper for the National Centre for First Nations Governance, verfügbar unter: [http://fngovernance.org/nfcng\\_research/robert\\_anderson.pdf](http://fngovernance.org/nfcng_research/robert_anderson.pdf).

Arctic Council (2016), *About us: Observers*, verfügbar unter: <http://www.arctic-council.org/index.php/en/about-us/arctic-council/observers>.

Bargali, R. (2008), *Antarctic Ecosystems: Environmental Contamination, Climate Change and Human Impact*, Springer, Berlin, Heidelberg.

Bentz-Hözl, J. (2014), *Der Weltklimavertrag. Verantwortung der internationalen Gemeinschaft im Kampf gegen den Klimawandel*, Springer, Wiesbaden.

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) (2014), »Das mineralische Rohstoffpotenzial der Arktis«, verfügbar unter: [http://www.bgr.bund.de/DE/Gemeinsames/Produkte/Downloads/Commodity\\_Top\\_News/Rohstoffwirtschaft/41\\_mineralisches-rohstoffpotenzial-arktis.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](http://www.bgr.bund.de/DE/Gemeinsames/Produkte/Downloads/Commodity_Top_News/Rohstoffwirtschaft/41_mineralisches-rohstoffpotenzial-arktis.pdf?__blob=publicationFile&v=6).

Conley, A.H., D.L. Pumphrey, T.M. Toland und M. David (2013), *Arctic Economics in the 21st Century. The Benefits and Costs of Cold*, verfügbar unter: [https://csis-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/legacy\\_files/files/publication/130710\\_Conley\\_ArcticEconomics\\_WEB.pdf](https://csis-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/legacy_files/files/publication/130710_Conley_ArcticEconomics_WEB.pdf).

Flachsland, C. (2010), *Towards a Global Carbon Market? Linking Systems, Adding Sectors*, Diss. Berlin, online verfügbar unter [https://deposition.tu-berlin.de/bitstream/11303/2972/1/Dokument\\_40.pdf](https://deposition.tu-berlin.de/bitstream/11303/2972/1/Dokument_40.pdf)

Gautier, D.L., K.J. Bird, R.R. Charpentier, A. Grantz, D.W. Houseknecht, T.R. Klett, T.E. Moore, J.K. Pitman, C.J. Schenk, J.H. Schuenemeyer, K. Sørensen, M.E. Tennyson, Z.C. Valin und C.J. Wandrey (2009), »Assessment of Undiscovered Oil and Gas in Arctic«, *Science* 324(5931), 1175–1179.

Greenpeace (2013), »Kalter Krieg«, *Greenpeace Magazin* (4).

IPCC (2007), »Fourth Assessment Report: Climate Change 2007: Working Group 1: The Physical Science Basis«, online verfügbar unter: [https://www.ipcc.ch/publications\\_and\\_data/publications\\_and\\_data\\_reports.shtml#1](https://www.ipcc.ch/publications_and_data/publications_and_data_reports.shtml#1).

Keil, K. (2013), »The Arctic: A new region of conflict? The case of oil and gas«, *Cooperation and Conflict* 49(2), 162–190.

Lasserre, F. und S. Pelletier (2011), »Polar super seaways? Maritime transport in the Arctic: an analysis of shipowners' intentions«, *Journal of Transport Geography* 19, 1456–1473.

Lewis, I. (2015), »Shell concedes defeat in the Arctic«, *Petroleum Economist* 82(9), 54–55.

Łuszczuk, M., D. Justus, J. Thomas, C. Klok und F. Gerber (2015), »Arctic Offshore Hydrocarbons and the European Union: More Constraints and Less Opportunities«, in: A. Stępień, P. Kankaanpää und T. Koivuova (Hrsg.), *The Changing Arctic and the European Union*, Brill & Nijhoff, Leiden.

McGlade, C. und P. Ekins (2015), »The geographical distribution of fossil fuels unused when limiting global warming to 2°C«, *Nature* No. 517 *Research Letter*.

Mettiäinen, I. (2013), »Climate Change Turn in the Regional Development Strategies of an Arctic Region, Case Finnish Lapland«, *Yearbook of Polar Law* 5(1), 143–183.

Molenaar, E., T. Koivurova, E. Tedsen, A. Reid und K. Hossain (2014), »Introduction to the Arctic«, in: E. Tedsen, S. Cavaliere und R.A. Kraemer (Hrsg.), *Arctic Marine Governance. Opportunities for Transatlantic Cooperation*, Springer, Heidelberg, 3–19.

National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA) (2014), »Arctic Report Card«, verfügbar unter: <http://www.arctic.noaa.gov/report14/>.

Nuklearforum Schweiz (2016), »Dänemark und Grönland einigen sich über Uranexport«, verfügbar unter: <http://www.nuklearforum.ch/de/aktuell/e-bulletin/daenemark-und-groenland-einigen-sich-ueber-uranexport>.

Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) (2016), »Kippelemente – Achillesfersen im Erdsystem«, verfügbar unter: <https://www.pik-potsdam.de/services/infotek/kippelemente>

Rüttinger, L., R. Treimer, G. Tiess, L. Griestop, F. Schüler und J. Wittrock (2015), *Fallstudie zu Umwelt- und Sozialauswirkungen. Gewinnung Seltener Erden in Grönland, Kvanefjeld*, verfügbar unter: [http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/dokumente/umsoress\\_fallstudie\\_seltene\\_erden\\_mountainpass\\_adelphi.pdf](http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/dokumente/umsoress_fallstudie_seltene_erden_mountainpass_adelphi.pdf).

Sander, G., J. Gille, A. Stepień, T. Koivurova, J. Thomas, J.-C. Gascard und D. Justus (2015), »Changes in Arctic Maritime Transport«, in: A. Stepień, P. Kankaanpää und T. Koivurova (Hrsg.), *The Changing Arctic and the European Union*, Brill & Nijhoff, Leiden.

Stepień, A. und T. Koivurova (2015), »The Making of a Coherent Arctic Policy for the European Union: Anxieties, Contradictions and Possible Future Pathways«, in: A. Stepień, P. Kankaanpää und T. Koivurova (Hrsg.), *The Changing Arctic and the European Union*, Brill & Nijhoff, Leiden.

Stepień, A., P. Kankaanpää und T. Koivurova (2015), »Introduction: Understanding Arctic Change through Assessments and Stakeholder Engagement«, in: A. Stepień, P. Kankaanpää und T. Koivurova (Hrsg.), *The Changing Arctic and the European Union*, Brill & Nijhoff, Leiden.

Stonington, J. (2015), »Indigenous Canadians take leading role in battle against tar sands pipeline«, *The Guardian*, verfügbar unter: <http://www.theguardian.com/world/2015/oct/18/canada-indigenous-first-nations-tar-sands-pipeline-oil>.

Strahlendorf, M., S. Duyck, J. Gille, A. Leonenko, M. von Schickfus, A. Stepień und J. Thomas (2015), »Climate Change in the Arctic«, in: A. Stepień, P. Kankaanpää und T. Koivurova (Hrsg.), *The Changing Arctic and the European Union*, Brill & Nijhoff, Leiden.

Transport & Environment (2014), »New Polar Code 'too weak' to protect polar environments«, verfügbar unter: <https://www.transportenvironment.org/news/new-polar-code-%E2%80%99too-weak%E2%80%99-protect-polar-environments>.

USGS (2008), *Circum-Arctic Resource Appraisal: Estimates of Undiscovered Oil and Gas North of the Arctic Circle*, verfügbar unter: <http://pubs.usgs.gov/fs/2008/3049/fs2008-3049.pdf>.

Vaks, A., O. S. Gutareva, S.F.M. Breitenbach, E. Avirmed, A.J. Mason, A.L. Thomas, A.V. Osinzev, A.M. Kononov, G.M. Henderson (2013), »Speleothems Reveal 500,000-Year History of Siberian Permafrost«, *Science* 340(6129), 183–186.

Wang, M. und J. Overland (2012), »A sea ice free summer Arctic within 30 years: An update from CMIP5 models«, *Geophysical research letters* 39(18).

Wassmann, P. und T. Lenton (2012), »Arctic Tipping Points in an Earth System Perspective«, *AMBIO* 41, 1–9.

Wilson, P. (2016), »Society, steward or security actor? Three visions of the Arctic Council«, *Cooperation and Conflict* 51(1), 55–74.

Wood-Donnelly, C. (2016), »From whale to crude oil: lessons from the North American Arctic«, *Energy Research & Social Science* 16, 132–140.

Wright, L. und J. White (2012), »Developing Oil and Gas Resources On or Near Indigenous Lands in Canada: An Overview of Laws, Treaties, Regulations and Agreements«, *The International Indigenous Policy Journal* 3(2).

Young, O.R. und N. Einarsson (2004), »Introduction«, in: *Arctic Human Development Report*, Stefansson Arctic Institute, Akureyri.

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft bleibt positiv. Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft sank von 106,7 Punkten im März auf 106,6 Punkte im April. Die Unternehmen waren zwar etwas weniger zufrieden mit ihrer aktuellen Geschäftslage. Ihre Erwartungen hellten sich aber weiter auf. Die deutsche Wirtschaft bleibt in einem moderaten Aufschwung. Der minimale Rückgang war auf den Handel zurückzuführen. In beiden Handelsstufen gaben sowohl die aktuelle Geschäftslage als auch die Erwartungen nach. In den anderen Bereichen hingegen verbesserte sich das Geschäftsklima.

Die deutschen Unternehmen planen, wieder mehr Personal einzustellen. Nach zuletzt drei Rückgängen in Folge stieg das ifo Beschäftigungsbarometer von 107,4 im März auf 108,1 Punkte im April. Auch in der Industrie erholte sich das Barometer nach zuletzt drei Rückgängen in Folge wieder. Dies war vor allem auf die Konsum- und Investitionsgüterhersteller zurückzuführen. Aufgrund voller Auftragsbücher stellen die Bauunternehmer weiterhin Personal ein, wenn auch etwas weniger stark als zuletzt. Gleiches gilt für den Handel. Die Dienstleistungsunternehmen dagegen planen, wieder verstärkt auf Mitarbeitersuche zu gehen.

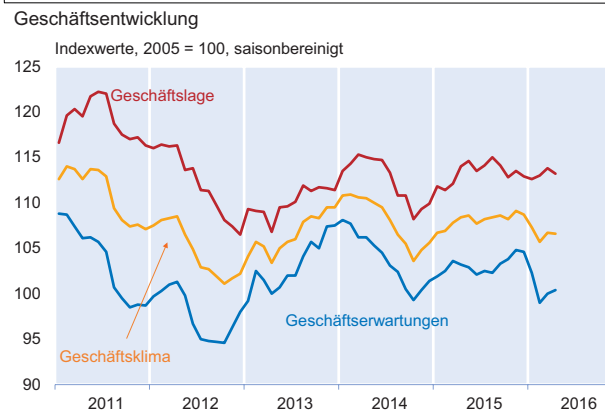
Die **Kredithürde** für die gewerbliche Wirtschaft ist im April von 15,2 auf 14,2% gefallen. Das ist ein neuer historischer Tiefstand. Damit hat sich das Finanzierungsumfeld für deutsche Unternehmen noch einmal verbessert. Die Industrie erreichte mit 12,5% ebenfalls einen neuen Rekord. Dies war insbesondere auf die verbesserten Kreditbedingungen für die mittleren Unternehmen zurückzuführen. Aber auch die Großfirmen berichteten von einem erleichterten Zugang zu Bankkrediten. Nur bei den kleinen Firmen stieg die Kredithürde leicht an. Auch im Bauhauptgewerbe gaben so wenig Firmen wie nie an, Probleme beim Zugang zu Krediten zu haben. Im Handel sank die Kredithürde nach dem starken Anstieg im März auf 14,9%.

Die ifo **Exportserwartungen** sanken von 6,3 im Vormonat auf 4,0 Saldenpunkte im April. Die schwache weltwirtschaftliche Dynamik bremst damit weiterhin das Exportwachstum. Deutlich pessimistischer gegenüber dem Vormonat waren die Unternehmen in der Autobranche. Auch aus der Papier- und der Druckbranche meldeten weniger Unternehmen anstehende Exportsteigerungen. Eine deutliche Verbesserung hingegen berichteten vor allem Unternehmen aus der chemischen Industrie. Dort stiegen die Erwartungen auf den höchsten Stand seit Dezember 2014.

Im **Verarbeitenden Gewerbe** hat sich das Geschäftsklima erneut verbessert. Während die Industriefirmen ihre Ein-

<sup>1</sup> Die ausführlichen Ergebnisse des ifo Konjunkturtests, Ergebnisse von Unternehmensbefragungen in den anderen EU-Ländern sowie des Ifo World Economic Survey (WES) werden in den »ifo Konjunkturperspektiven« veröffentlicht. Die Zeitschrift kann zum Preis von 75,- EUR/Jahr abonniert werden.

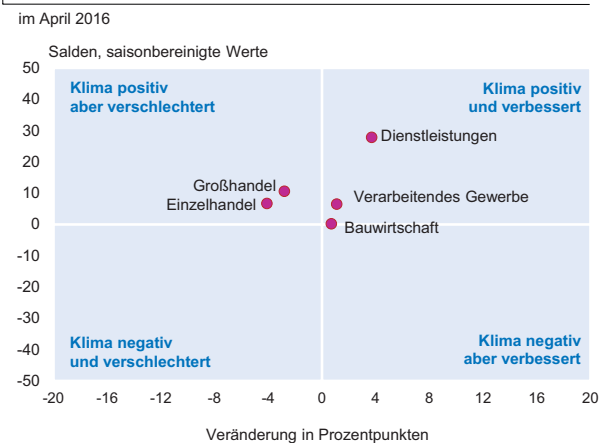
**Abb. 1**  
**Gewerbliche Wirtschaft<sup>a)</sup>**



a) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.

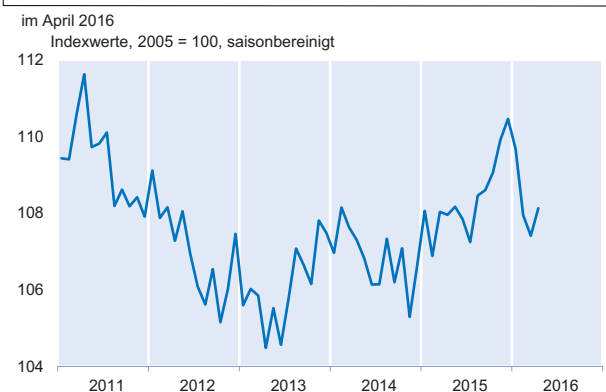
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abb. 2**  
**Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abb. 3**  
**ifo Beschäftigungsbarometer Deutschland**  
**Deutsche Wirtschaft<sup>a)</sup>**



a) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel, Dienstleistungssektor.

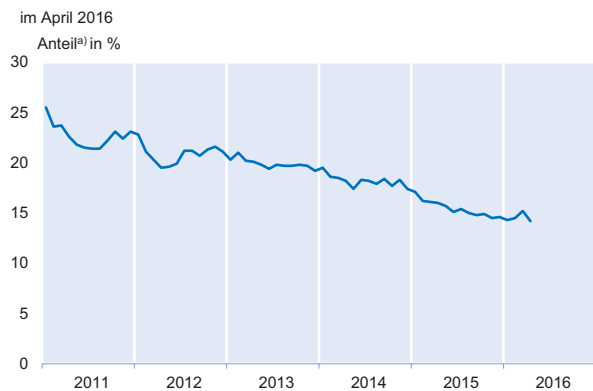
Quelle: ifo Konjunkturtest.



schätzungen zur aktuellen Lage leicht zurücknahmen, blickten sie wieder etwas optimistischer auf die kommenden Monate. Die Produktionspläne wurden deutlich nach oben korrigiert. Die Kapazitätsauslastung sank hingegen um 0,7 Prozentpunkte auf 84,4%, insgesamt blieb die Auslastung aber einen Prozentpunkt über dem langfristigen Durchschnitt. Im Vorleistungsgütergewerbe verbesserte sich das Klima ebenfalls. Die Testteilnehmer zeigten sich erneut zufriedener mit ihrer momentanen Geschäftssituation und waren weniger zurückhaltend hinsichtlich ihrer Geschäftsperspektiven für die kommenden Monate. Die Produktion soll in nächster Zeit weiter ausgeweitet werden. Die Kapazitätsauslastung blieb unverändert bei 83,2%. Der Klimaindikator im Investitionsgüterbereich stieg abermals. Die aktuelle Lage wurde günstiger bewertet, und die pessimistischen Stimmen hinsichtlich der zukünftigen Erwartungen nahmen per saldo weiter ab. Die Produktionspläne wurden deutlich angehoben. Vom Auslandsgeschäft wurden nur mehr leichte Impulse erwartet. Die Kapazitätsauslastung sank auf 87,9%. Der Geschäftsklimaindikator in der Konsumgüterindustrie sank merklich. Die überaus positive Einschätzung der derzeitigen Lage nahm sichtlich ab. Ebenso wurde die zukünftige Geschäftsentwicklung wieder zurückhaltend bewertet. Die Unternehmen erwarteten geringere Zuwächse im Exportgeschäft. Die Kapazitätsauslastung sank etwas unter das Vorjahresniveau. Im Ernährungsgewerbe trübte sich das Geschäftsklima wieder ein. Die positiven Urteile zur momentanen Lage wurden deutlich zurückgenommen. Hinsichtlich der Geschäftsentwicklung nahmen die negativen Stimmen ab. Vom Ausland wurden nur mehr leichte Impulse erwartet. Die Kapazitätsauslastung ist sichtlich gesunken (74,5%). Im Fahrzeugbau verbesserte sich das Geschäftsklima erneut. Mehr Umfrageteilnehmer zeigten sich zufrieden mit ihrer momentanen Situation. Obwohl mit leichten Abschwächungen auf dem Auslandsmarkt gerechnet wurde, erwarteten die Unternehmen wieder eine positive Entwicklung für die kommenden Monate. Bei weiterhin zu geringen Beständen an Fertigwaren wurden die Produktionspläne deutlich angehoben.

Im **Bauhauptgewerbe** drehte der Geschäftsklimaindex wieder in den positiven Bereich. Dies war vor allem auf deutlich bessere Lageurteile zurückzuführen. Für die kommenden Monate waren die Baufirmen jedoch etwas weniger optimistisch als zuletzt. Die Geräteausnutzung ging im April zwar leicht zurück, mit 76,2% war der Maschinenpark aber weiterhin sehr gut ausgelastet. Vor einem Jahr lag dieser Wert bei 72,4%. Vier von zehn Baufirmen berichteten über Produktionsbeeinträchtigungen (April 2015: 49%). So meldeten 23% der Befragungsteilnehmer Behinderungen aufgrund ungünstiger Witterungseinflüsse (April 2015: 27%). Auftragsmangel beeinträchtigte ein Fünftel der befragten Baufirmen – nach 25% vor Jahresfrist. Nach den Ergebnissen der Sonderfrage im April hatte in den vergangenen sechs Monaten die Hälfte der befragten Unterneh-

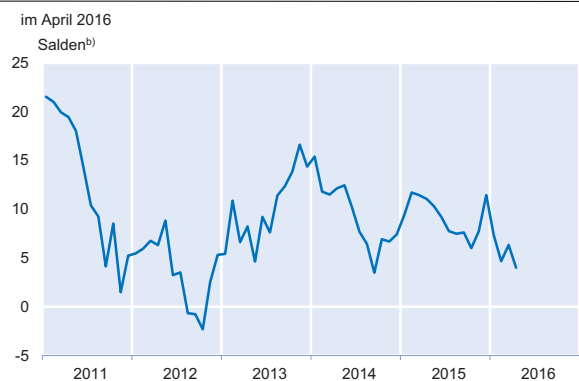
**Abb. 4**  
**Kredithürde – gewerbliche Wirtschaft**



<sup>a)</sup> Anteil der Unternehmen, die angeben, die Kreditvergabe sei restriktiv.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abb. 5**  
**Exportserwartungen – Verarbeitendes Gewerbe<sup>a)</sup>**

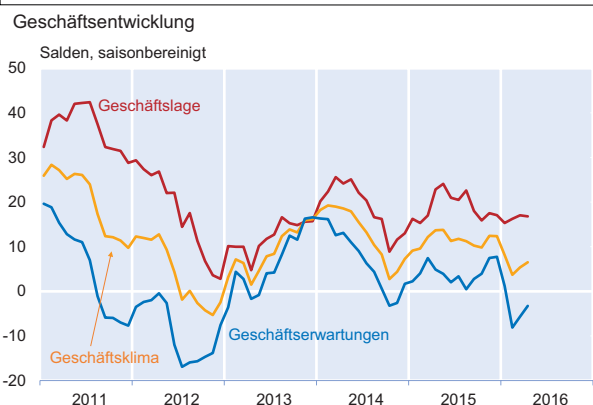


<sup>a)</sup> Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

<sup>b)</sup> Aus den Prozentsätzen der Meldungen über zu- und abnehmende Exportgeschäfte.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abb. 6**  
**Verarbeitendes Gewerbe**

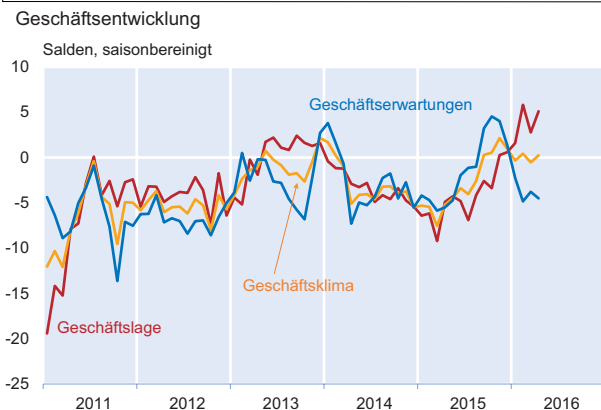


Quelle: ifo Konjunkturtest.

men (April 2015: 55%) mit speziellen Schwierigkeiten zu kämpfen: 28% der Befragten beklagten die säumige Zahlungsweise der Auftraggeber, 15% die Abwerbung von Arbeitskräften (April 2015: 12%) und 6% Auftragsstornierungen. Ferner berichteten insgesamt 37% der teilnehmenden Baufirmen über Verletzungen der Bestimmungen der »Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen« (VOB). So bemängelten 31% die Zuschlagserteilung auf das billigste und nicht auf das wirtschaftlich annehmbarste Angebot. Zudem beanstandeten 16% der Firmen Baubehinderungen durch den Auftraggeber (April 2015: 19%). Die verzögerte Bauabnahme des Bauherrn machte ferner 9% der Befragten zu schaffen. Im Tiefbau verbesserte sich das Geschäftsklima. Beide Komponenten wurden von den Baufirmen nach oben korrigiert. Die Geräteauslastung stieg minimal auf 75,7%. Im Hochbau stieg der Geschäftsklimaindex minimal. Während die aktuelle Lage wieder besser eingeschätzt wurde, trübten sich die Erwartungen etwas ein. Die Kapazitätsauslastung blieb nahezu unverändert bei 76,8%.

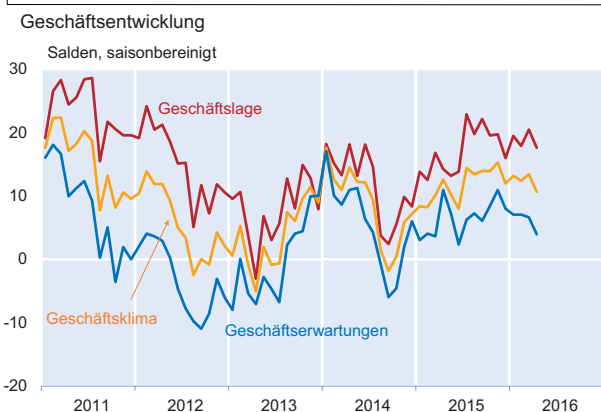
Der Geschäftsklimaindikator des **Großhandels** ist im April merklich gefallen. Die befragten Firmen berichteten von Umsatzeinbußen und schätzten die Geschäftsperspektiven weniger positiv ein als im Vormonat. Bei gestiegenen Lagerüberhängen planten die Großhändler wieder häufiger Zurückhaltung bei der Ordervergabe. Die Verkaufspreise dürften weniger häufig steigen. Im Produktionsverbundhandel hat der Klimaindikator nachgegeben. Zwar wurden die Geschäftsaussichten minimal positiver beurteilt als im Vormonat. Mit ihrer aktuellen Geschäftslage waren die befragten Händler jedoch weniger häufig zufrieden als zuletzt und planten Zurückhaltung sowohl bei der Ordervergabe als auch bei der Personalentwicklung. Im Nahrungs- und Genussmittelgroßhandel verbesserte sich das Geschäftsklima erneut, sowohl die aktuelle Geschäftslage als auch die Zukunftsaussichten wurden positiver eingeschätzt. Die befragten Händler zeigten sich in bester Orderlaune und planten, die Mitarbeiterzahl zu erhöhen. Im Konsumgüterbereich wurde sowohl die aktuelle als auch die zu erwartende Geschäftslage weniger günstig als im Vormonat eingeschätzt, wodurch sich der Geschäftsklimaindikator sichtlich verschlechterte. Die Verkaufspreise blieben nahezu unverändert, während die Lagerüberhänge wieder anstiegen. Im Gebrauchsgüterbereich zeigten sich die Großhändler mit ihrem aktuellen Geschäftsverlauf zufrieden. Sie konnten den Optimismus jedoch nicht auf die kommenden Monate übertragen, so dass der Geschäftsklimaindikator sank. Angesichts voller Lager ist mit einer stärkeren Zurückhaltung bei der Ordervergabe zu rechnen. Die zukünftige Beschäftigtenzahl dürfte leicht rückläufig sein. Die Großhändler im Verbrauchsgüterbereich waren weniger zufrieden mit ihrem aktuellen Geschäftsverlauf und blickten der nahen Zukunft nur noch vereinzelt optimistisch entgegen, so dass sich das Geschäftsklima deutlich verschlechterte.

**Abb. 7**  
**Bauhauptgewerbe**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abb. 8**  
**Großhandel**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

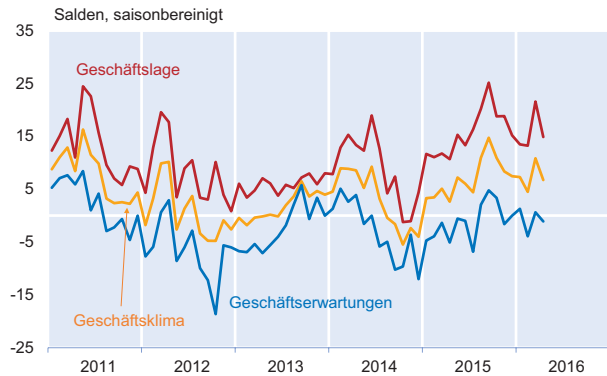
Der Geschäftsklimaindikator für den **Einzelhandel** ist im April merklich gesunken, blieb aber im positiven Bereich. Die befragten Firmen beurteilten ihre derzeitige Geschäftslage weniger günstig, zudem äußerten sie sich wieder skeptisch in Bezug auf den weiteren Geschäftsverlauf. Sowohl die Order- als auch die Personalpläne waren auf Kürzungen ausgerichtet. Im Gebrauchsgüterbereich hat sich das Geschäftsklima abgekühlt. Angesichts der schlechten Umsatzentwicklung waren die Testteilnehmer weniger zufrieden mit ihrer momentanen Lage. Die Skepsis bezüglich der Geschäftsaussichten hat sich ebenfalls verstärkt. Demzufolge planten die Firmen, ihre Ordertätigkeit weiter einzuschränken. Die Firmen beabsichtigten, die Preise moderat anzuheben. Im Verbrauchsgüterbereich hat sich das Geschäftsklima nach der Aufhellung im Vormonat wieder eingetrübt. Angesichts der Umsatzverluste stuften die Händler ihre momentane Geschäftslage als nicht mehr so gut ein. Auch die Erwartungen fielen skeptischer aus. Die Personalplanungen sahen eine weitere Reduzierung der Mitarbeiterzahl vor. Preisanhebungen waren häufiger vorgesehen. Im Nahrungs- und Genussmitteleinzelhandel wurde die aktuel-

le Geschäftslage nicht mehr ganz so vorzüglich bewertet wie im März. Die Erwartungen sind nahezu unverändert optimistisch geblieben. Trotzdem wollten die Einzelhändler weniger Bestellungen tätigen, auch wird mit einem Rückgang der Verkaufspreise gerechnet. Die Einstellung zusätzlicher Mitarbeiter wurde nicht mehr so häufig wie bisher geplant. Im Kfz-Einzelhandel fiel die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage angesichts der negativen Umsatzentwicklung weniger positiv aus als zuletzt. Auch die Einschätzungen der Perspektiven für die nächsten Monate waren wesentlich pessimistischer.

Im **Dienstleistungssektor** verbesserte sich die Stimmung. Der Indikator stieg nach drei Rückgängen in Folge von 24,1 auf 27,8 Saldenpunkte. Die Einschätzungen zur aktuellen Lage wurden merklich nach oben korrigiert. Auch die Erwartungen für die kommenden Monate sind wieder optimistischer als im März. Es dürfte zunehmend neues Personal eingestellt werden, jedoch sahen sich 20% der Firmen mit Fachkräftemangel konfrontiert. Die Kapazitätsauslastung lag mit 85,3% genau auf dem Vorquartalswert. Im Bereich der Reisebüros und Reiseveranstalter blickten die Firmen weniger pessimistisch auf die nahe Zukunft. Die Geschäftslage fiel hingegen ungünstiger aus. Insgesamt verbesserte sich das Geschäftsklima, blieb aber im negativen Bereich. Wirtschaftsprüfer, Rechts- und Steuerberater blickten zunehmend zuversichtlich auf die zu erwartenden Entwicklungen der kommenden Monate. Da jedoch die aktuelle Lage nicht mehr ganz so günstig ausfiel wie zuletzt, gab der Klimaindikator nach. Der Personalbestand dürfte vielerorts angehoben werden. Die einzige nennenswerte Geschäftsbehinderung war Fachkräftemangel. Im Bereich der Unternehmens- und Public-Relations-Beratungen stieg der Klimaindikator aufgrund sich verbessernder Geschäftsaussichten. Aber auch die Lage wurde günstiger beurteilt, wenn auch nur marginal. Lediglich 24% der Unternehmen berichteten von einer Behinderung ihrer Geschäftstätigkeit. Häufigste Nennung war unzureichende Nachfrage. In der Werbebranche stieg der Klimaindikator auf den höchsten Wert seit einem halben Jahr. Beide Teilkomponenten wurden günstiger beurteilt als zuletzt. Die Personalplanungen wurden sichtbar auf Expansion ausgerichtet. Nur halb so viele Unternehmen wie im Vorquartal meldeten eine Behinderung der Geschäftstätigkeit. Unzureichende Nachfrage wurde am häufigsten angegeben (25%).

**Abb. 9**  
**Einzelhandel**

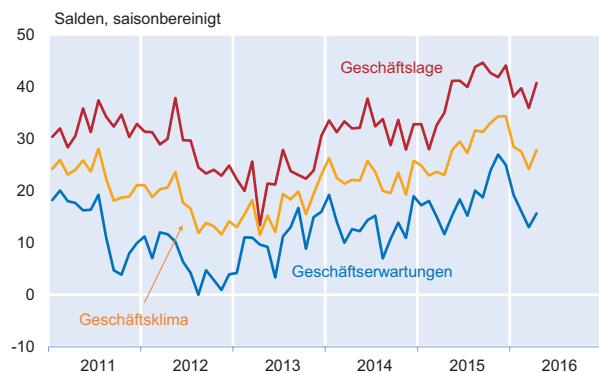
Geschäftsentwicklung



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abb. 10**  
**Dienstleistungen**

Geschäftsentwicklung



Quelle: ifo Konjunkturtest.

# Kostenlose Online-Informationendienste der CESifo-Gruppe München



Der **ifo Newsletter** berichtet jeweils am Monatsende in deutscher Sprache über neue Forschungsergebnisse, wichtige Publikationen, ausgewählte Veranstaltungen, Personalien, Termine und vieles mehr aus dem ifo Institut.

## **CESifo** Forum

Der **CESifo Forum Newsletter** informiert vierteljährlich über das Erscheinen einer neuen Ausgabe der Zeitschrift CESifo Forum.

## **CESifo** **DICE REPORT** Journal for Institutional Comparisons

Der **CESifo DICE Report Newsletter** informiert vierteljährlich über das Erscheinen einer neuen Ausgabe der Zeitschrift CESifo DICE Report.

## **CESifo** **WORLD ECONOMIC SURVEY**

Der **CESifo World Economic Survey Newsletter** informiert vierteljährlich über das Erscheinen einer neuen Ausgabe der Zeitschrift CESifo World Economic Survey.

## **CESifo**

Der **CESifo Newsletter** berichtet unter anderem über alle CESifo-Veranstaltungen, liefert eine kurze Zusammenfassung der zuletzt erschienenen CESifo Working Papers, informiert über wichtige Neuigkeiten aus dem ifo Institut und über die Gäste der CESifo-Gruppe.

## **ifo** Institut Niederlassung Dresden

Der **ifo Dresden Newsletter** ist ein Service der ifo Niederlassung Dresden, der regelmäßig über aktuelle Publikationen und Veranstaltungen der Niederlassung berichtet. Er wird alle zwei Monate jeweils zum Erscheinen der Zeitschrift "ifo Dresden berichtet" verschickt.

Auf unserer Homepage [www.cesifo-group.de](http://www.cesifo-group.de) haben Sie die Möglichkeit, die hier aufgeführten Newsletter zu abonnieren.



## ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung

- 45 *Determinants of Firm Innovation – Evidence from German Panel Data.*  
Von S. Kipar. 156 S. 2012. € 23,-
- 46 *Human Capital, Technology Diffusion and Economic Growth – Evidence from Prussian Census Data.*  
Von E. Hornung. 200 S. 2012. € 20,-
- 47 *Business Fluctuations, Job Flows and Trade Unions. Dynamics in the Economy.*  
Von B. Schirwitz. 185 S. 2013. € 23,-
- 48 *Gravity Model Applications and Macroeconomic Perspectives. Five Empirical Essays in International Economics.*  
Von J.K. Gröschl, 204 S. 2013. € 20,-
- 49 *Trade Climate Policy and Carbon Leakage: Theory and Empirical Evidence.*  
Von R. Aichele. 248 S. 2013. € 20,-
- 50 *Institutional Determinants of Student Achievement – Microeconometric Evidence.*  
Von S. Link. 193 S. 2013. € 20,-
- 51 *Nachfrageorientierte Innovationspolitik: Bestandsaufnahme und ökonomische Bewertung.*  
Von O. Falck, S. Wiederhold. 136 S. 2013. € 20,-
- 52 *Nonresponse in Business Tendency Surveys: Theoretical Discourse and Empirical Evidence.*  
Von Chr. Seiler. 166 S. 2013. € 20,-
- 53 *Empirical Essays in the Economics of Ageing and the Economics of Innovation.*  
Von J. Reinkowski. 141 S. 2013. € 21,-
- 54 *Lohnrisiko und Altersarmut im Sozialstaat.*  
Von W. Nagl. 127 S. 2014. € 20,-
- 55 *Essays on International Trade and Development.*  
Von B. Heid. 214 S. 2014. € 20,-
- 56 *Essays on Offshoring, Wage Inequality and Innovation.*  
Von S. Benz. 140. S. 2014. € 20,-
- 57 *Microeconometric Evaluations of Education Policies.*  
Von B. Siegler. ca. 100 S. 2015. € 20,-
- 58 *Essays on the Integration of New Energy Sources into Existing Energy Systems.*  
Von L. Röpke. 145 S. 2014. € 20,-
- 59 *The Rents of Banking – A Public Choice Approach to Bank Regulation.*  
Von F. Buck. 235 S. 2015. € 20,-
- 60 *Investment in ITC: Determinants and Economic Implications.*  
Von N. Fabritz. 129 S. 2015. € 20,-
- 61 *Microeconometric Analyses on Economic Consequences of Selective Migration.*  
Von J. Ruhose. 202 S. 2015. € 20,-
- 62 *Climate Policy and the Intertemporal Supply of Fossil Resources.*  
Von C. Beermann. 170 S. 2015. € 20,-
- 63 *Empirical Studies on Public Debt and Fiscal Transfers.*  
Von M.J. Reischmann. 191 S. 2015. € 20,-
- 64 *Corporate Governance und Unternehmenserfolg.*  
Von J. Steinbrecher. 220 S. 2016. € 20,-
- 65 *Economic Growth and Business Cycle Forecasting at the Regional Level.*  
Von R. Lehmann. 160 S. 2016. € 20,-
- 66 *The Sovereign Default Problem in the Eurozone.*  
Why limited liability resulted in excessive debt accumulation and how insurance can counteract.  
Von N.K. Arnold. 169 S. 2016. € 20,-
- 67 *Wealth and Politics: Studies on Inter Vivos Transfers and Partisan Effects.*  
Von Ch. Schinke. 212 S. 2016. € 20,-



**ifo Institut**

**im Internet:**

**<http://www.cesifo-group.de>**

